



Zeitschrift der **GEW**/ Hessen

für Erziehung, Bildung, Forschung

61. Jahr

Heft 3

März 2008



Hessen hat gewählt

- gegen Studiengebühren - für Mitbestimmung -
- gegen U-plus und G8 - für Arbeitszeitverkürzung -
- gegen sozialen Kahlschlag - für Mindestlöhne -
- gegen Tarifpolitik nach Gutsherrenart -
- für längeres gemeinsames Lernen - gegen Roland Koch -

**GEW-Kreisverbände Schwalm-Eder und Waldeck-Frankenberg
Grund- und Förderschultag
„Jeden mitnehmen,
keinen zurücklassen!“**

**18. April, 10-16 Uhr
Kurhaus Bad Wildungen**

9.30 Uhr: Anreise und Anmeldung
10.00 Uhr: Begrüßung
10.30 Uhr: Referat und Aussprache
Professor Eiko Jürgens, Universität Bielefeld:
„Förderpläne, pädagogische Diagnostik und adaptiver Unterricht: Qualitätsstandards für eine neue Lernkultur“

Ab 14 Uhr gibt es im Schulgebäude am Breiten Hagen eine Lehrmittelausstellung und zahlreiche Workshops unter anderem zu folgenden Themen: Effiziente Elterngespräche, Umgang mit verhaltensauffälligen Kindern, Lernen mit Bewegung, Bildungsplan von 0 bis 10, Therapeutische Sprachförderung, Veränderter Schulanfang und Erstellung von Förderplänen

Programme und Anmeldungen: Helmut Schmidt-Biermann, Mittelstr.11, 34549 Ederthal, Tel. 05623-2213, Fax: -935274, gew@schulebreiterhagen.de, weitere Infos unter www.schulebreiterhagen.de (> Links)

**Personalratswahlen
am 6. und 7. Mai 2008**

Die Personalratswahlen in allen Dienststellen des Landes Hessen sind auch Thema der nächsten Ausgabe der HLZ. Sie erscheint im April 2008, Redaktionsschluss ist am 10. März.

• *Alle Informationen für Wahlvorstände, Wählerinnen und Wähler und Personalräte unter www.gew-hessen.de*

LIV-Tag in Kassel

**Samstag, 26. April 2008
Martin-Luther-King-Schule
Kassel, Schillerstr. 4-6**

9.30 Uhr: Anmeldung und Stehcafe
10.00 Uhr: Begrüßung
10.30-12 Uhr: Referat und Aussprache
Vom Referendariat ins Prekariat? Einstellungschancen, Beschäftigungsverhältnisse und Arbeitsbedingungen junger Lehrerinnen und Lehrer (mit Heike Lühmann, Hauptpersonalrat, Marcus Kourdji, Junge GEW Nordhessen, N. N., Hessisches Kultusministerium, Mathias Lomb, Jugendbildungsreferent der GEW Nordhessen)

12.30-15.30 Uhr: Themenforen
Forum 1: Stressmanagement und Entspannung im Schulalltag
Forum 2: Stimm- und Sprechbildung
Forum 3: Selbst-, Zeit- und Zielmanagement
Forum 4: Rhetorik und Körpersprache

Anmeldung unter Angabe des gewünschten Forums per Post, Fax oder Mail an die GEW Nordhessen, Friedrich-Engels-Str. 26, 34117 Kassel, Tel. 0561-771783, Fax: -776283, bezirk@gew-nordhessen.de, www.gew-nordhessen.de

**Ganztagsschulverband Hessen
Lern- und Lebensraum
Ganztagschule**

**7. Mai 2008, 9-16 Uhr
Freie Waldorfschule Frankfurt**
Hauptreferent der diesjährigen Jahrestagung des Ganztagsschulverbands ist der Architekt Olaf Hübner.

Anmeldungen: GTV Hessen, c/o IGS Hermann Ehlers, Tempelhofer Straße 57, 65205 Wiesbaden-Erbenheim, Tel. 0611-97890, Fax: -97897887, guido.seelmann-eggebert@wiesbaden.de

Aus dem Inhalt

Rubriken

- S. 4 Spot(t)light
- S. 5 Meldungen
- S. 28 Hochschulen
- S. 31 Einer von uns: Rainer Roth
- S. 32 Bücher: Ware Bildung
- S. 33 Recht und Rechtsberatung
- S. 34 Iea-Fortbildung
- S. 35 Magazin

Titelthema: Hessen hat gewählt

- S. 6 Erklärung der GEW Hessen
- S. 7 Im Gespräch mit Jochen Nagel, Carmen Ludwig u. Karola Stötzel

- S. 10 Wahlkampfsplitter
- S. 12 Die Zusagen vor der Wahl
- S. 14 Ende der Überheblichkeit?
- S. 15 Karin Wolff tritt ab
- S. 16 Schulleiter: Sturm im Wasserglas

Einzelbeiträge

- S. 17 Geistiges Eigentum
- S. 18 Referenzrahmen Schulqualität
- S. 20 Von Dietzenbach nach Nicaragua
- S. 21 Gudrun Pausewang wird 80
- S. 22 Hochbegabung - eine Entgegnung
- S. 23 Mediation durch Senioren
- S. 24 Bibel und Bio-Unterricht
- S. 26 Rechtsextremismus in Hessen
- S. 30 Hartz-Tribunal in Frankfurt



Zeitschrift der GEW Hessen
für Erziehung, Bildung, Forschung
ISSN 0935-0489

I M P R E S S U M

Herausgeber:

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Hessen
Zimmerweg 12
60325 Frankfurt/Main
Telefon (0 69) 9 71 29 30
Fax (0 69) 9 7 12 93 93
E-Mail: info@gew-hessen.de
Homepage: www.gew-hessen.de

Verantwortlicher Redakteur:

Harald Freiling
Klingenger Str. 13
60599 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 63 62 69
Fax (0 69) 6 31 37 75
E-Mail: freiling.hlz@t-online.de

Mitarbeit:

Christoph Baumann (Bildung), Joachim Euler (Aus- und Fortbildung), Ulrich Heinz (Hochschule), Ulla Hess (Mitbestimmung), Michael Köditz (Sozialpädagogik), Annette Loycke (Recht), Carmen Ludwig (Studium), Karin Schübler (Bildung), Andreas Staets (Hochschule), Karola Stötzel (Weiterbildung), Gerd Turk (Tarifpolitik und Gewerkschaften)

Gestaltung:

Michael Heckert, Harald Knöfel

Titelthema: Harald Freiling

Illustrationen:

Harald Knöfel (Titel), Peter Baldus (S. 11, 16), Dieter Tonn (S. 20, 22, 23), Ruth Ullenboom (S. 4)

Fotos:

Arbeiterfotografie (S. 27), Barbara Dietz-Becker (S. 7), Thomas Eilers (S. 6), Harald Freiling (S. 29), Ravensburger Verlag (S. 21), Nico Schmidt (S. 25), Adam Zalesski (S. 30)

Verlag:

Mensch und Leben Verlagsgesellschaft mbH
Niederstedter Weg 5
61348 Bad Homburg

Anzeigenverwaltung:

Mensch und Leben Verlagsgesellschaft mbH
Edith Hestert
Postfach 19 44
61289 Bad Homburg
Telefon (06172) 95 83-0, Fax: (06172) 9583-21
E-Mail: mlverlag@wsth.de

Erfüllungsort und Gerichtsstand:

Bad Homburg

Bezugspreis:

Jahresabonnement 12,90 Euro (9 Ausgaben, einschließlich Porto); Einzelheft 1,50 Euro. Die Kosten sind für die Mitglieder der GEW Hessen im Beitrag enthalten.

Zuschriften:

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder wird keine Haftung übernommen. Im Falle einer Veröffentlichung behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der GEW oder der Redaktion übereinstimmen.

Redaktionsschluss:

Jeweils am 5. des Vormonats

Nachdruck:

Fotomechanische Wiedergabe, sonstige Vervielfältigungen sowie Übersetzungen des Text- und Anzeigenteils, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion und des Verlages.

Druck:

Druckerei und Verlag Gutenberg Riemann GmbH
Werner-Heisenberg-Str. 7, 34123 Kassel

Es gibt eine Mehrheit

Nach dem amtlichen Endergebnis der Landtagswahl trennen die SPD und Koch-Herausforderin Andrea Ypsilanti 3.511 Stimmen von der CDU. Das entspricht 0,1 % der Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen. Und doch kann man bei diesem Foto-Finish nur schwerlich von einem „Patt“ sprechen. Es gibt in Hessen eine Mehrheit: eine Mehrheit gegen Studiengebühren, eine Mehrheit für die Einführung gesetzlicher Mindestlöhne, eine Mehrheit für mehr soziale Gerechtigkeit, eine Mehrheit gegen Atomkraft, eine Mehrheit für eine neue Schulreform hin zu mehr gemeinsamem Lernen und weniger Auslesedruck und eine Mehrheit für die Rückkehr Hessens in die Tarifgemeinschaft der Länder. Diese Mehrheit ist keine Zufallsmehrheit, sondern eine Mehrheit nach einem ungewöhnlich politischen Wahlkampf. Carmen Ludwig hat recht, dass nach langen Jahrzehnten weich gespülter Wahlkämpfe, in denen die „Volksparteien“ kaum noch unterscheidbar waren, wieder gegensätzliche Positionen in wichtigen gesellschaftlichen Fragen erkennbar waren (HLZ S. 7). Die Debatte über die Mindestlöhne, über Lohndrückerei und Armut in unserer Gesellschaft ist dafür ein Beispiel. Die Menschen, die zur Wahl gegangen sind, hatten, so formulierte es Karola Stötzel im selben HLZ-Gespräch, wieder eine kleine Hoffnung, „dass sich etwas ändern kann“. Diese Hoffnung darf nicht enttäuscht werden. Vor diesem Hintergrund wäre eine große Koalition in Hessen neben der schwarzen Ampel der „worst case“, weil sich nichts verändern und damit die abgewählte Politik der sozialen Kälte und der bildungspolitischen Betonmischer fortgesetzt werden könnte.

Und der 27. Januar hat noch etwas anderes gezeigt: Nicht nur in den Meinungsumfragen und persönlichen Sympathiewerten gibt es eine Mehrheit gegen Roland Koch. „Koch hat überzogen“, meint Jochen Nagel zum Wahlkampf der CDU (S. 7). Aber es war kein taktischer, handwerklicher Fehlgriff, der Koch unterlaufen ist, sondern eine schonungslose Offenlegung seines politischen Fundaments. Seinen Wahlsieg von 1999 hatte Roland Koch der Kampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft zu verdanken. Ein zweites Mal verfiel diese Masche nicht. Seine mangelnde Glaubwürdigkeit machte ihm einen Strich durch die Rechnung. Die meisten Wählerinnen und Wähler, auch viele Stammwähler der CDU, waren davon überzeugt, dass es Koch nicht darum geht,

Lösungen für das Problem der Jugendgewalt zu diskutieren, sondern im Wahlkampf Ressentiments und Stimmungen auszunutzen und zu schüren.

Mehr als 45.000 Menschen, die 2003 in Wiesbaden gegen den sozialen Kahlschlag der Regierung Koch demonstrierten, 70.000 Unterschriften, die im Herbst 2004 in wenigen Wochen gegen das neue Schulgesetz, gegen G8, größere Klassen und weniger Durchlässigkeit gesammelt wurden, 70.000 amtlich beglaubigte Unterschriften für die Verfassungsklage gegen Studiengebühren wurden dagegen mit der Ein-Stimmen-Mehrheit der CDU im Landtag vom Tisch gewischt. Und die rechthaberische Begründung, die Karin Wolff für ihren Rücktritt gab, zeigt, dass die CDU-Oberen die Entscheidung der Wählerinnen und Wähler gegen die Politik nach Gutsherrenart noch lange nicht verstanden haben.

Die BILD-Zeitung war das Sprachrohr für Kochs einfache Wahrheiten: „Dem Älteren den Platz im Bus anzubieten oder beim Tragen der Einkaufstasche behilflich zu sein“, müsse wieder selbstverständlich sein, Höflichkeit müsse wieder „in“ werden, Tugenden und Traditionen müssten gepflegt werden. Weil dem niemand ernsthaft widersprechen wird, muss das alte Feindbild bedient werden: „Für manche Zeitgenossen passen diese angeblich altbackenen Sprüche nicht mehr in unsere Welt.“ Da sind sie, die Lehrerinnen und Lehrer, die Kuschelpädagogen, die Achtundsechziger, die Sozialpädagogen. Während die sich aber am nächsten Tag wieder mit dem verhaltensauffälligen oder kriminellen Jugendlichen befassen müssen, sich schon immer für genau die von Koch vermeintlich gepachteten Werte aufreiben, sitzt Roland Koch in der sicheren Trutzburg am Wiesbadener Koch-Brunnen. Aber nicht mehr lange.

H. Freiling



Harald Freiling,
HLZ-Redakteur

Meine Lieblingsbeschäftigung

„Kommst du mit an den Schlachtensee?“, fragt mein Sozialpartner und schnürt seine Joggingsschuhe. „Nein, ich kann nicht, ich muss noch Vollkornbrot backen, ein Buch für meinen Literaturzirkel lesen, einen rumänischen Volkstanz üben, mit dem Hund zur Gruppentherapie und“ Mein Sozialpartner sieht mich mitfühlend an. Er ist kein Lehrer, sondern hat einen ordentlichen Beruf!*

Er ahnt nicht, dass ich mich seit Tagen auf dieses Wochenende freue, ach was, die Stunden geradezu gierig herbeisehne, in denen ich mich meiner Lieblingsbeschäftigung hingeben kann. Ich stelle das Telefon ab und lasse die Jalousien herunter, koche drei Kannen Kaffee und suche unterm Sofa aufgeregt nach den Aufsätzen. Dort verstecke ich Klassenarbeiten immer, weil ich Angst habe, dass mein Freund oder meine Putzfrau heimlich anfangen zu korrigieren. Die meisten Menschen beneiden einen Lehrer aus tiefstem Herzen um dieses Vergnügen. Am liebsten rissen sie einem die Aufsatzhefte aus der Hand, wenn man aus der Schule kommt. Des-

halb benutze ich zum Abtransport immer große Müllsäcke und gehe durch den Hinterausgang zum Parkplatz. Meine Mutter ist seit Jahren pensioniert, leidet aber als ehemalige Lehrerin an schweren Entzugserscheinungen und fragt ständig, ob sie beim Korrigieren helfen dürfe. Da aber ihr Blutdruck vor Freude steigt, wenn sie Rotstifte nur sieht, hat ihr Arzt ihr jede Betätigung in dieser Hinsicht untersagt. Zum Glück. Ich möchte meine Aufsätze mit niemandem teilen!

Frohlich pfeifend lege ich alle Fassungen des Dudens zurecht, die in den letzten Jahren erschienen sind, reiche sie mit einem Synonym- und einem Russischlexikon an und sortiere meine Filzstifte. Ich korrigiere bunt, Grammatikfehler in Rottönen, Ausdrucks- und Wiederholungsfehler in Gold und Silber. Meine Schüler haben eine ausführliche Legende und sehen immer gespannt nach, was meine Farbwahl bedeutet.

Ich lasse mir Zeit. Wann hat man als Lehrerin schon soviel Spaß wie beim Korrigieren? Pro Aufsatz gönne ich mir mindestens 30 Minuten. Die Texte, die sich mühelos entziffern lassen und pro Seite nur acht Fehler enthalten, lege ich

desinteressiert zur

Seite. So etwas fordert mich nicht.

Ich beginne gerne mit Leif-Thores Texten.

Der Junge schreibt nicht unter acht Seiten, und mindestens jedes zweite Wort ist falsch. Wie ein Archäologe entziffere ich mit der

Lupe kryptische Buchstaben und hole die verborgenen Botschaften ans Tageslicht.

Damit Leif-Thore selber versteht, was er

geschrieben hat, tippe ich für ihn eine korrigierte Fassung auf dem Computer. Das dauert zwei Stunden. Ich recke mich zufrieden. Ähnlich amüsant läuft es mit Chantals Aufsatz. Ihr Vater und ich tragen einen heimlichen Wettbewerb aus: Wer kennt die deutsche Rechtschreibung besser? Ich könnte wetten, dass er daheim schon unruhig auf- und abläuft und darauf wartet, dass Chantal endlich ihren Aufsatz heimbringt. Dann überprüft ihr Vater stundenlang meine Korrekturen, sucht im Internet nach Alternativen und Verwaltungsgerichtsurteilen und bringt sie mir triumphierend in die Schule. Es ist eine Lust, sich mit ihm um semantische Varianten zu duellieren! Für ihn halte ich immer meine zwei Springstunden am Dienstag frei. Manchmal dauert unser kleiner Wettkampf auch länger. Seit diesen neuen Regelungen ums Zusammen- und Getrenntschreiben brauchen wir einfach mehr Zeit, uns auszutauschen. Dann bekommen meine Schüler eine Stillbeschäftigung.

Ein Highlight besonderer Art stellen auch die Texte meiner russischen Schülerinnen dar. Sie können nur wenig Deutsch und suchen im Lexikon zielsicher die Wörter heraus, die überhaupt nicht passen. Da braucht es viel Scharfsinn und Intuition, um den Inhalt zu eruieren.

Zeit für die Tagesschau. Stolz lege ich die Fineliner aus der Hand und spüre befriedigt leisen Verkrampfungen in den Fingern nach. Fünf Aufsätze in acht Stunden. Das soll mir mal einer nachmachen! Wie es aussieht, kann ich mein Vergnügen noch bis Mitternacht ausdehnen. Manche Kollegen haben sehr kleine Deutschkurse und sind schon nach kurzer Zeit mit den Korrekturen fertig. Die kommen montags meist missmutig und unerfüllt in die Schule und fragen neidisch nach, wie viele Aufsätze man noch hätte. Manche Kollegen haben durch ihre Fächerkombination gar keine Klausuren oder Tests. Was machen diese bedauernswerten Geschöpfe eigentlich in den Schulferien?

Gabriele Frydrych

*) Bitte keine Leserbriefe schreiben! Das ist aus einem Kommentar, den ich unlängst im Radio hörte. Da hieß es, im Bundestag säßen nur Beamte und Lehrer. Leute mit „richtigen Berufen“ würden lieber in die freie Wirtschaft gehen, wo sie mehr verdienen. Der Sender ist bei mir um die Ecke. Ich wollte eigentlich losgehen und die Journalistin erwürgen, aber ich saß gerade beim Korrigieren und konnte mich einfach nicht vom Schreibtisch losreißen!



Mitgliederentwicklung der GEW Hessen

Neun bildungspolitisch weniger erfreuliche Jahre können durchaus auch zu erfreulichen Ergebnissen beitragen. Offenbar wurde die GEW Hessen auch in der Regierungszeit Koch als bildungspolitisch kompetente Organisation wahrgenommen, möglicherweise sogar als heimliche „Bildungsopposition“. Denn die Mitgliederentwicklung war in der zunächst vierjährigen Regierungszeit einer CDU-FDP-Koalition und sodann in der fünfjährigen einer CDU-Alleinherrschaft insgesamt beachtenswert.

Es gab in dieser Zeit 974 mehr Mitglieder, allein in den letzten fünf Jahren 682, was einem Mitgliederzuwachs von 3,2 % entspricht. Am 31. Dezember 2007 waren 21.645 Menschen eingeschriebene Mitglieder. Die hessische Lehrgewerkschaft dürfte damit einen Spitzenplatz unter allen deutschen Gewerkschaften einnehmen. GEW-Landesvorsitzender *Jochen Nagel* wertete diese Entwicklung „als Ergebnis unserer konsequenten Arbeit für die Interessen der Beschäftigten und für eine bessere, soziale Bildungspolitik.“

Dass 2007 fast 110 Studierende zur GEW Hessen stießen, ist auch auf die gewerkschaftliche Unterstützung für den Kampf gegen die Studiengebühren zurückzuführen. Nie zuvor in den letzten 30 Jahren seit Beginn einer differenzierten Auswertung der Mitgliederentwicklung gab es so viele Neuzugänge von Lehrkräften im Vorbereitungsdienst (LiV): Mehr als ein halbes Tausend, exakt 502 LiV wurden im vergangenen Jahr Mitglieder der GEW. Im Jahr zuvor waren es 331, sodass im Zeitraum der beiden Jahre, seit das Hessische Lehrerbildungsgesetz (HLbG) mit zugehöriger Umsetzungsverordnung (UVO) in Kraft gesetzt wurde, insgesamt 833 von rund 4.500 LiV – das sind 18,5 % – sich gewerkschaftlich organisiert haben. Eine kaum von der Hand zu weisende Vermutung für dieses Ergebnis: die kontinuierliche Unterstützung der LiV durch die GEW Hessen für ihren Kampf zur Novellierung von HLbG und UVO.

Hinsichtlich der Mitgliederentwicklung hat die Wiesbadener CDU-Regierung der hessischen GEW nicht geschadet: Es war eine gute Zeit mit einem Rekordergebnis im Jahre 2007.

Joachim Euler

GEW fordert kommunalen Schulfonds

Mit einer gemeinsamen Unterschriftensammlung wollen GEW, Gesamtpersonalrat, Städtelternbeirat und Stadtschülerrat in Frankfurt ihrer Forderung nach einem „kommunalen Schulfonds“ Nachdruck verleihen: „Wir hoffen, dass wir damit eine Diskussion über die Armut von Kindern und Jugendlichen in Frankfurt anregen und den Magistrat der Stadt Frankfurt zum Umdenken bewegen können.“ Oberbürgermeisterin Petra Roth hatte die Notwendigkeit eines Schulfonds für bedürftige Kinder und Jugendliche zwar anerkannt, will die Finanzierung jedoch Fördervereinen und privaten Sponsoren überlassen. In Frankfurt leben 12.000 Kinder unter 14 Jahren von monatlich 208 Euro für Ernährung, Kleidung, Wohnung, Bildung und Freizeitgestaltung. Schulkosten sind nicht in den Regelsätzen nach Hartz IV enthalten, lediglich ein Zuschuss für private Schreibwaren in Höhe von jährlich 20 Euro.

Girls'Day – Mädchen-Zukunftstag 2008

Am 24. April 2008 ist Girls'Day – Mädchen-Zukunftstag! Unternehmen, Hochschulen, Forschungszentren und weitere Einrichtungen öffnen am Mädchen-Zukunftstag ihre Türen und ermöglichen Schülerinnen ab Klasse 5 einen Einblick in Technik, IT, Handwerk, Ingenieur- und Naturwissenschaften. Mit dem Aktionstag haben etwa 650.000 Mädchen bereits Berufe entdecken können, in denen Frauen bisher noch unterrepräsentiert sind. Jedes fünfte Unternehmen erhält mittlerweile Bewerbungen von jungen Frauen aufgrund des Mädchen-Zukunftstags. Acht Prozent haben bereits ehemalige Girls'Day-Teilnehmerinnen eingestellt – sehr viel angesichts der Tatsache, dass der Großteil der Mädchen erst 15 Jahre oder jünger ist.

Mit der Aktion „Neue Wege für Jungs“ können auch Jungen von spezifischen Angeboten profitieren. Seit 2004 bietet das Service-Büro Unterstützung für alle, die Veranstaltungen für Jungen in den Bereichen Berufs- und Lebensplanung, soziale Kompetenzen und neue Rollenbilder machen möchten.

• Weitere Infos unter www.girls-day.de und www.neue-wege-fuer-jungs.de

Streikaufruf für Beschäftigte der Kommunen

Die GEW Hessen ruft die hessischen Tarifbeschäftigten in den Kommunen dazu auf, sich an den Warnstreikaktionen der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes im Rahmen der Tarifrunde 2008 zu beteiligen. Um eine Geschlossenheit des gewerkschaftlichen Vorgehens sicherzustellen, wird die Arbeitskampfleitung der GEW Hessen ihre Mitglieder gemäß den bundesweiten Verabredungen in den Einrichtungen und Bereichen zur Beteiligung an Streikaktionen auffordern, in denen ver.di ebenfalls Warnstreiks durchführt.

Weitere Informationen gehen den GEW-Kolleginnen und GEW-Kollegen in kommunalen Bildungseinrichtungen direkt zu. Ausführliche Informationen über den Stand der Tarifverhandlungen und die Forderungen der GEW findet man in der GEW-Zeitschrift „E&W“ und auf der Homepage der GEW www.gew.de oder www.gew-hessen.de.

DGB Hessen begrüßt Vergabegesetz

Am 1. Januar trat das im Dezember 2007 verabschiedete Vergabegesetz, das auf eine Initiative des DGB zurückgeht, in Kraft. Damit können öffentliche Aufträge etwa im Baubereich nur noch an Unternehmen vergeben werden, die sich an geltende Tarifverträge halten. Insgesamt arbeiten 150.000 Menschen in den Branchen, die das Gesetz erfasst. Nach Auffassung des DGB Hessen werden damit in den betroffenen Branchen „vernünftige Rahmenbedingungen für einen fairen Wettbewerb um öffentliche Aufträge geschaffen.“ *Kai Eicker-Wolf* vom DGB Hessen hob besonders positiv hervor, „dass das Tariftreugesetz nicht nur für das Land gilt, sondern auch Kommunen und Landkreise verbindlich einbezogen werden.“

Unzufrieden ist der DGB mit den vorgesehenen Sanktionen, die hinter den Regelungen anderer Bundesländer zurückbleiben. Außerdem seien zu wenige Branchen in das Vergabegesetz einbezogen worden. Es sei nicht einzu sehen, warum etwa der Entsorgungsbereich oder der Bildungssektor, in denen ein ruinöser Dumpingwettbewerb herrsche, nicht einbezogen würden.

GEW Hessen: Zusagen einhalten

Der GEW-Landesvorstand diskutierte in seiner Sitzung am 31. Januar 2008 in Kassel das Ergebnis der Landtagswahl und beschloss die folgende Erklärung:

Die politische Ausrichtung bei den Themen Bildung und soziale Gerechtigkeit hat zu den erdrutschartigen Stimmenverlusten der CDU bei der Landtagswahl in Hessen geführt (minus 12%). Bei den jungen Wählerinnen und Wählern sowie in der Elterngeneration lagen die Stimmenverluste sogar noch weit darüber. Selbst unter den Anhängern der CDU war nur noch eine Minderheit der Meinung, dass die hessische CDU unter Ministerpräsident Koch und Kultusministerin Karin Wolff eine gute Bildungspolitik betrieben hatte. Auch der Umgang mit den Beschäftigten des Landes, die Beamten- und Tarifpolitik nach Gutsherrenart, hat mit großer Sicherheit zur Abwahl der CDU beigetragen.

In diesem Ergebnis sehen wir eine Bestätigung unserer politischen Linie und sind erfreut, dass auch unsere Aufklärungsarbeit Früchte getragen hat. Gemeinsam mit vielen anderen haben wir bereits unmittelbar nach der letzten Wahl mit einer Großdemonstration gegen Kochs Politik des sozialen Kahlschlags Position bezogen. Gemeinsam mit Eltern, Studierenden sowie Schülerinnen und Schülern haben wir uns politisch gegen die zunehmende Verschlechterung der Arbeits- und Lernbedingungen in den Bildungseinrichtungen, gegen Studiengebühren, gegen Deprofessionalisierung, gegen Verdichtung von Lernprozessen und gegen Privatisierung und zunehmende Verbetriebswirtschaftlichung von Bildungseinrichtungen engagiert. Gemeinsam mit dem DGB und den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes haben wir für Tarifautonomie, Beamtenrechte und einen Tarifvertrag,

der Hessens Beschäftigte nicht schlechter stellt als die der anderen Bundesländer, gekämpft und gestreikt.

Wir sind sehr erfreut, dass die hessischen Wählerinnen und Wähler weder der erneuten migrantenfeindlichen Stimmungsmache noch den „Law-and-Order-Parolen“ von Ministerpräsident Koch auf den Leim gegangen sind. Wir stehen für eine deutliche Verbesserung von Integration und Prävention, deren Vernachlässigung mit zu dem in der Geschichte der Bundesrepublik wohl ziemlich einmaligen Stimmeneinbruch von Ministerpräsident Koch beigetragen hat. Wir fordern die neu gewählten Abgeordneten des hessischen Landtags auf, jetzt Konsequenzen aus dem Wahlergebnis zu ziehen und die Weichen für eine sozialere Politik insgesamt und damit auch für eine bessere, soziale Bildungspolitik zu stellen.

Gemeinsam mit dem Bündnis „Recht auf gute Bildung für alle“ fordern wir weiterhin eine grundlegende Neuorientierung hin zu einer gegenwartsgerechten und zukunftsorientierten Bildungspolitik, bei der alle Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen – unabhängig von ihrer sozialen Herkunft – nach besten Möglichkeiten gefördert werden und damit auch dem sozialen Auseinanderdriften der Gesellschaft durch ein integrierendes Bildungswesen entgegengewirkt wird. „Gute Bildung für alle“ braucht vor allem Zeit, Zeit und nochmals Zeit, und sie braucht Raum, Gestaltungsmöglichkeiten und Vielfalt. Deshalb muss mehr Freiraum zum selbstbestimmten Lernen gegeben werden. Dringend erforderlich sind kleinere Gruppen und Klassen, bessere Arbeits- und Lernbedingungen für die im Bildungsbereich Tätigen, eine bessere materielle Ausstattung, längeres gemeinsames Lernen, Gebührenfreiheit in allen Bildungseinrichtungen, Verwirklichung der Lernmittelfreiheit und der Ausbau demokratischer Beteiligungsrechte für alle direkt Betroffenen!

Gemeinsam mit dem DGB und den anderen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes fordern wir weiterhin die Rückkehr des Landes Hessen in die Tarifgemeinschaft der Länder, die Übertragung des Tarifvertrags auf die Beamtinnen und Beamten sowie eine demokratische Weiterentwicklung der Rechte der Beschäftigten auch im öffentlichen Dienst.

Das Ergebnis der Landtagswahl hat Mehrheiten für eine an diesen Forderungen orientierte Politik erbracht. Wir erwarten, dass gegebene inhaltliche und materielle Zusagen eingehalten und die Chancen für eine bessere, soziale Bildungspolitik genutzt werden.



GEW klebt Plakate in Wiesbaden

Mit Plakaten am Busbahnhof in der Landeshauptstadt Wiesbaden mischte sich der GEW-Kreisverband Wiesbaden in die Landtagswahl ein. Kollegen des Kreisvorstands gestalteten drei Plakatwände mit Karikaturen von Thomas Plaßmann zu den Themen „Gemeinsames Lernen für alle“; „Mehr Geld für gesunde Lernbedingungen in kleinen Klassen“ und „Für den Ausbau von echten Ganztagschulen“. Mit sichtlichem Vergnügen schritten Thomas Eilers, Michael Zeitz und Matthias Bender zur Tat (Foto von links nach rechts).



„Quittung für unsoziale Politik“

Im Gespräch mit Karola Stötzel, Jochen Nagel und Carmen Ludwig

Zwei Wochen nach der Landtagswahl sprach HLZ-Redakteur Harald Freiling mit dem GEW-Landesvorsitzenden Jochen Nagel und den beiden stellvertretenden Vorsitzenden Karola Stötzel (Foto links) und Carmen Ludwig (Foto rechts) über das Wahlergebnis und die Herausforderungen für die GEW.

HLZ: Was hat nach eurer Auffassung zu den hohen Stimmenverlusten der CDU geführt?

Jochen, Carmen und Karola (wie aus einem Mund): Die Bildungspolitik...

Carmen: Es gab eine breite öffentliche Wahrnehmung, dass die bildungspolitische Bilanz der Regierung Koch sehr schlecht war, sowohl im Schulbereich als auch im Hochschulbereich. Die zweite Ursache sehe ich in der Kampagne zur Jugendkriminalität, die ausgesprochen ausländerfeindlich geführt wurde. Das ist in der Öffentlichkeit sehr wohl wahr genommen worden.

Jochen: Koch hat offensichtlich noch nicht begriffen, dass das Thema Soziale Gerechtigkeit in der Gesellschaft wieder eine ganz andere Relevanz hat. Er kam so in die Defensive, wurde ab Herbst zunehmend nervös und hat deshalb überzogen. Eine weitere Ursache sehe ich in dem Umgang mit den Beschäftigten, gerade auch mit den Beamtinnen und Beamten, bei denen die CDU viele Stimmen verloren hat.

Carmen: Dazu kommen die hohen Verluste der CDU bei den jungen Wählerinnen und Wählern. Sie nehmen verstärkt wahr, dass Kochs Politik Bildungswege abschneidet und sozial ausgrenzt. Das ist ausgesprochen negativ honoriert worden.

Karola: Negativ honoriert worden ist vor allem auch die unsoziale Politik der Regierung Koch, das Sparpaket Düstere Zukunft, das viele Arbeitsplätze gekostet hat, der Austritt aus der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TDL). Das Tarif-treuegesetz, das Koch auf Drängen des DGB noch vor der Wahl auf den Weg gebracht hat, war eine späte, eine viel zu

späte Einsicht, dass man Politik nicht nur gegen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer betreiben kann.

HLZ: Noch einmal zur Bildungspolitik. In den Medien ging es zum Schluss fast nur noch um G8. Gut, das Schreckgespenst der „Zwangseinheitsschule“ hat wenig bewirkt. Aber kann man das Wahlergebnis vor diesem Hintergrund wirklich als eine Abstimmung für das längere gemeinsame Lernen und gegen die strikte Dreigliedrigkeit interpretieren? Kommen hier nicht auch viele Ängste von bürgerlichen Eltern zum Ausdruck, die gar nichts gegen die frühe Auslese, sehr viel aber gegen einen zu großen Druck auf ihre Kinder haben?

Jochen: Sicher, die Kritik an G8 kann man nicht für eine grundsätzliche Wende in der Schulpolitik vereinnahmen. Viele Kritiker an der CDU-Schulpolitik sind einfach zu Hause geblieben. Man darf nicht vergessen, dass die CDU vor allem an die Gruppe der Nichtwähler verloren hat. Eine große Rolle spielt auch die Kritik an der Unterrichtsgarantie plus (U-plus), und die kann man auch nicht bei allen mit unserer grundsätzlichen Ablehnung einer Deprofessionalisierung gleichsetzen ...

HLZ: ... da hat doch sicher auch die stümperhafte und übereilte Umsetzung eine Rolle gespielt, die Wolff das Etikett der „Pannenministerin“ einbrachte...

Jochen: ... wobei man nicht übersehen darf, dass U-plus mit Sicherheit in der Staatskanzlei geboren wurde, es sollte das Top-Thema sein, um die Wahl zu gewinnen. Und da hat die GEW – ganz unbescheiden – einen erklecklichen Anteil daran, dass diese Rechnung nicht aufging.

Karola: Ich denke schon, dass man das Wahlergebnis auch grundlegender interpretieren kann. Eltern spüren den verschärften selektiven Druck des Schulsystems, die erschwerte Durchlässigkeit und machen sich Sorgen um die Bildungschancen ihrer Kinder. Bildung wird für immer mehr Menschen immer wichtiger.

Jochen: Ja, von daher ging es schon um die grundsätzliche Kompetenz dieser Landesregierung in der Bildungspolitik. Und nach seriösen Umfragen gibt es durchaus eine gesellschaftliche Mehrheit für längeres gemeinsames Lernen, wenn man nicht gerade wie FORSA manipulativ nach der Zustimmung zu einer „Einheitsschule“ fragt.

Carmen: Bei G8 kamen sicher die beiden Komponenten zusammen, die Angst vor dem hohen Leistungsdruck auf das einzelne Kind, der die durch die Wahl des gymnasialen Bildungswegs erhofften Chancen zunichte machen könnte, und die geringere Durchlässigkeit, so dass andere Bildungswege weiter an Attraktion verlieren.

HLZ: *Wie beurteilt ihr die Rolle der GEW im Wahlkampf und ihren Anteil an dem Wahlergebnis?*

Carmen: Für mich war die Auseinandersetzung um die Studiengebühren ein wichtiges Thema, bei dem die GEW Bündnisse mit den Studierenden geschlossen hat und zusammen mit dem DGB mit der Verfassungsklage von unten einen großen Erfolg gelandet hat. So wurde im Vorfeld der Wahl deutlich, dass ein großer Teil der Bevölkerung die Studiengebühren ablehnt, aber auch, dass die Landesregierung nicht nur in dieser Frage ein höchst problematisches Verhältnis zur Verfassung hat. Und daran hat die GEW einen erheblichen Anteil. Auch die

Diskussion um die Stiftungsuniversität Frankfurt wurde von der GEW genutzt, um grundsätzliche Fragen der Unabhängigkeit von Forschung und Lehre und der Privatisierung von Bildung in die Öffentlichkeit zu tragen.

Jochen: Ich will die Frage nicht auf den Wahlkampf reduzieren. Die GEW hat die Debatten während der gesamten Legislaturperiode geführt und alle Kraft darauf verwendet, gesellschaftliche Bündnisse zu organisieren, Bündnisse mit Eltern, Schülerinnen und Schülern und Studierenden. 2004 haben wir in diesem Bündnis in wenigen Wochen 70.000 Unterschriften gegen das neue Schulgesetz mit G8 und anderen Verschlechterungen gesammelt, die von der CDU im Hochgefühl ihrer gerade errungenen absoluten Mehrheit vollständig ignoriert wurden. Dazu kommt das Bündnis der DGB-Gewerkschaften mit den Kirchen und sozialen Initiativen gegen den sozialen Kahlschlag und die enge und gute Kooperation im DGB mit den anderen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes. Die GEW hat in der Auseinandersetzung mit der Bildungspolitik immer klar darauf gesetzt, Aufklärung zu betreiben und Alternativen aufzuzeigen. Bei U-plus waren wir diejenigen, die ganz breit die Gefahren der Deprofessionalisierung aufgezeigt haben. Und auch bei G8 haben wir von Anfang an deutlich gemacht, dass dieser Weg ein falscher ist.

HLZ: *... und dabei hat die GEW auch die Begriffe gesetzt: von der „Operation Düstere Zukunft“ über die „Unterrichtsgarantie bluff“ bis zur „Politik nach Gutsherrenart“.*

Jochen: Ja, das zeigt ja auch, dass wir die parlamentarische Opposition schon teilweise zum Jagen tragen mussten, deren Kritik an U-plus oder an den Studiengebühren am Anfang doch eher sehr verhalten war. Dass wir heute von Frau Ypsilanti klare Zusagen zur Abschaffung von G8, zur Ab-

schaffung der Studiengebühren, zur Rücknahme der Pflichtstundenerhöhung und auch zur Rückkehr in die TdL haben, ist ja nicht ohne Druck zustande gekommen.

Karola: Insgesamt kommt uns zugute, dass wir in den ganzen letzten Jahren als GEW Hessen eine klare politische Linie gefahren haben. Ein Beispiel aus dem Weiterbildungsbereich: Durch die Vorfeldarbeit haben wir erreicht, dass der Gesetzentwurf der SPD für ein Tarifreuegesetz anders als der von Herrn Koch die Beschäftigten in der Weiterbildung einschließt, um der Ausweitung prekärer Beschäftigung, um dem Lohndumping und der Lohndrückerei der privaten Träger einen Riegel vorzuschieben. Die SPD merkt zunehmend, dass sie die schlimmsten Auswirkungen der Agenda-Politik der Regierung Schröder abmildern muss, um wieder gesellschaftliche Mehrheiten zu gewinnen. Frau Ypsilanti's frühes Nein zur Hartz-Politik machte sie an dieser Stelle auch persönlich glaubwürdig.

HLZ: *Ich möchte noch einmal auf die Kampagne zur Jugendgewalt zurückkommen, die ihr als einen entscheidenden Fehler Kochs beschrieben habt. Ist es denn nicht so, dass es durchaus eine breite Mehrheit für härtere und schnellere Strafen gegen kriminelle Jugendliche gibt?*

Karola: Ja, ich war auch bis zum Schluss nicht sicher, ob die Kampagne nicht doch zieht. Aber offensichtlich haben die Wählerinnen und Wähler in Hessen gelernt, nicht erneut auf eine ausländerfeindliche Kampagne hereinzufallen. Endgültig überzogen hatte Koch mit der Forderung, das Alter für die Strafmündigkeit herabzusetzen.

Jochen: Kochs Nervosität war ja schon früher erkennbar, als er nämlich mit dem Thema Soziale Gerechtigkeit in die Defensive geraten ist. Denkt mal an die Phantom-Diskussion über ein Burka-Verbot an hessischen Schulen! Von einem Ministerpräsidenten erwartet die Bevölkerung ein ausgleichenderes Auftreten und nicht Scharfmacherei. Und außerdem hat man Koch zu Recht unterstellt, dass er für die Lösung der beschriebenen Probleme kein substanzielles Konzept hat. Die Zahlen über die Dauer der Jugendstrafverfahren in Hessen haben das belegt, genauso wie die Zahlen über die Streichung von Stellen bei der Polizei und der kompletten Zuschüsse für die präventive Arbeit in sozialen Brennpunkten. Ich war mir deshalb schon recht früh sicher, dass die Kampagne ein Schuss in den Ofen wird. Und es ist doch ein gutes Zeichen, dass man mit solchen Themen keine Wahl gewinnen kann.

HLZ: *Aber Kochs Wahlkampf-Mantra, man müsse tabulos über das gesellschaftliche Thema Jugendgewalt sprechen, hat ihm doch auch viel Zustimmung eingebracht.*

Carmen: Aber er hat das Thema doch nur benutzt. Viele Leute haben gemerkt, dass es ihm gar nicht um Problemlösung geht, um sinnvolle Vorschläge, sondern dass viel Hilflosigkeit durchschimmerte.

Jochen: Es geht den Kritikern der Kampagne auch gar nicht darum, dass Koch irgendein Tabu gebrochen hat. Es geht um die offene Ausländerfeindlichkeit, obwohl alle Praktiker genauso wie die Wissenschaftler wissen, dass es kein Problem von Migrantinnen und Migranten ist, sondern eine Frage des sozialen Status.

Karola: Ich sehe das genauso. Wir wollen keine Tabus aufbauen, sondern Lösungen diskutieren. Und die Wählerinnen und Wähler haben gemerkt, dass Herr Koch nur Schein-



Carmen Ludwig:

„Endlich wurde ein Wahlkampf wieder einmal inhaltlich geführt.“

lösungen angeboten hat. Wir diskutieren als Gewerkschaften schon lange über eine andere Politik, die Jugendliche ernst nimmt, dass sie gebraucht werden, dass man ihnen Ausbildungsplätze statt Hoffnungslosigkeit bietet.

Jochen: Denkt mal an die aktuelle DGB-Forderung nach einem Grundrecht auf Ausbildung, die die GEW Hessen auf den Weg gebracht hat, an unsere Aufklärungskampagne „Ein Hartz für Kinder“ gegen die frühe Ausgrenzung und Perspektivlosigkeit von Kindern, die wir später teuer bezahlen müssen. Kochs Fehler waren nicht einfach handwerkliche Fehler, sondern wurzeln in einer Politik der sozialen Kälte.

Carmen: Wir haben über eine andere Komponente dieses Wahlkampfes noch gar nicht gesprochen. Was mir aufgefallen ist und in Erinnerung bleiben wird, ist die Tatsache, dass der Wahlkampf endlich wieder inhaltlich geführt wurde, dass gegensätzliche Positionen von Parteien in wichtigen gesellschaftlichen Fragen erkennbar waren, dass sich die SPD getraut hat, mit erkennbaren Alternativen zur herrschenden Politik auch nach außen zu gehen ...

Jochen: ... Ypsilantis Forderung nach Mindestlöhnen und Wiedereinführung der Vermögenssteuer ist dafür ein gutes Beispiel.

Karola: Ja, bei den Menschen, die zur Wahl gegangen sind, gab es erst mal wieder eine kleine Hoffnung, dass sich etwas ändern kann. Diese Hoffnung darf nun natürlich nicht enttäuscht werden, wenn man will, dass die Demokratie wieder lebendiger wird. Jetzt muss man die Glaubwürdigkeit zurück ins politische Geschäft holen, die Wahlversprechen auch einlösen.

HLZ: Und wie geht es jetzt weiter in Hessen ...

Jochen: Ich will mich jetzt nicht an der Koalitionsarithmetik beteiligen, da wir heute nicht wissen, was sich nach der Wahl in Hamburg und bis zum Erscheinen der HLZ noch tut. Die zentrale strategische Option der GEW ist die Weiterentwicklung, Verfestigung und Vertiefung unserer Bündnisarbeit. Mit Eltern, Schülerinnen, Schülern und Studierenden haben wir das Bündnis „Recht auf gute Bildung für alle“ fester geschmiedet, und wir werden uns als Bündnis jetzt auch in die Debatten einmischen und Gespräche mit den Parteien führen. Es gibt gemeinsame Positionen, und wir werden uns nicht auseinanderdividieren lassen. Das ist die Voraussetzung dafür, dass sich in den Parlamenten etwas tut. Näher zusammengerückt sind auch die DGB-Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, und auch da liegen unsere Forderungen auf dem Tisch. Für unsere zentralen Forderungen an eine neue Landesregierung gibt es eine Mehrheit im Landtag: von der Rücknahme von G8 über die Abschaffung der Studiengebühren bis zur Rückkehr Hessens in die TdL und zur Fortführung der Altersteilzeitregelungen.

Karola: In den nächsten Wochen sind die Tarifaueinsetzungen für die kommunalen Beschäftigten eine Möglichkeit, Fragen der sozialen Gerechtigkeit aktuell zu halten. Und die gehen wir gemeinsam mit ver.di beispielsweise für die Erzieherinnen und Erzieher mit großem Kampfmut an.

Carmen: Ich setze auch an den Hochschulen auf dieses Bündnis. Es wird keine Eintagsfliege sein, weil Studierende und Gewerkschaften in der Tat in den Kämpfen der letzten Jahre näher zusammengerückt sind. Die Landes-Asten-Konferenz steht hinter diesem Bündnis. Und mit dem Wegfall des Hochschulrahmengesetzes gibt es auch viele neue Aufgaben.

Für die Beschäftigten an den hessischen Hochschulen wird es dabei um die Auswirkungen der Föderalismusreform und die Arbeitsbedingungen gehen. Da werden wir uns einmischen.

Jochen: Das Bündnis ist kein parteipolitisches Zweckbündnis im Vorfeld der Landtagswahl, wie es die CDU beispielsweise mit den persönlichen Angriffen auf die Vorsitzende des Landeselternbeirats suggerieren wollte, sondern ist schon lange mit Leben erfüllt. Die GEW hat Schülerdemonstrationen genauso unterstützt wie die Aktionen der Elternbeiräte. Viele Studierende haben an den GEW-Veranstaltungen gegen U-plus teilgenommen, so dass sich Chancen für eine fortschrittliche Bildungspolitik ergeben, wenn dieses Bündnis zusammenhält.

Carmen: Wir werden also nicht darauf setzen, dass es die Parteien schon richten werden, sondern weiter für Öffentlichkeit streiten.

Jochen: Trotzdem werden wir als Bündnis, genauso wie dies der DGB tut, Gespräche mit den Parteien über brennende Fragen führen, die jetzt in Kürze dringend gelöst werden müssen, um die Hoffnungen nicht zu enttäuschen. Dazu gehören für uns auch die grundsätzlichen Fragen der Arbeitsbedingungen der Profis in den Bildungseinrichtungen, die Klassen- und Kursgrößen, die Sicherstellung eines qualifizierten Vertretungsunterrichts und die Wiederherstellung und Erweiterung der Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten, der Lernenden und der Eltern. Und es führt in der Frage der Finanzierung der Maßnahmen auch kein Weg daran vorbei, die Einnahmeseite der öffentlichen Haushalte wieder in den Blick zu nehmen und über Vermögens- und Erbschaftsteuer zu streiten. Sonst führen wir in den nächsten fünf Jahren eine Diskussion nach dem Muster: „Wir würden gern etwas ändern, aber wir können es nicht bezahlen.“

HLZ: Wie groß sind eure Hoffnungen, dass sich diese Forderungen auch durchsetzen lassen?

Karola: Ich war froh, dass Andrea Ypsilanti im Wahlkampf klare Positionen bezogen hat, dass sie die Fragen der sozialen Gerechtigkeit, auch einer sozialen Bildungs- und Tarifpolitik, die Themen Vermögenssteuer, Mindestlohn und Kinderarmut mutig aufgegriffen und nach vorne gebracht hat. Jetzt hoffe ich, dass sie das nötige Standing hat, um diese Debatten weiter voranzubringen, auch in der Bundespolitik, und dass der Kompromiss nicht zu mager ausfallen wird. Für einen echten Politikwechsel, wie wir ihn uns wünschen, wird der Weg lang, hart und steinig.

Jochen: Aber die Hoffnung stirbt zuletzt. Auf jeden Fall wird es keine Änderung geben, wenn wir nicht weiter Druck machen.

HLZ: Mit diesem Wahlergebnis sind wir doch ein ganzes Stück weiter als vor einem halben Jahr, als nur die Frage war, mit welchen Mehrheiten Koch im Amt bestätigt wird. Da sollten wir als GEW stolz sein, zu diesem Stimmungswechsel ein Stück beigetragen zu haben. Ich danke euch für das Gespräch.

Jochen Nagel:
„Beim Thema Soziale Gerechtigkeit geriet Koch in die Defensive und wurde nervös.“



Karola Stötzel:
„Jetzt muss man die Glaubwürdigkeit zurück ins politische Geschäft holen.“



Wahlkampf-Splitter: Vorher und nachher

Der Brandstifter als Feuerwehrmann

In der Debatte um die Einführung von gesetzlichen Mindestlöhnen machte sich *Roland Koch* zum Vorkämpfer der Tarifautonomie: Der Staat dürfe nicht zum Schiedsrichter über Lohnverhandlungen werden, denn „Tarifvertragsparteien, Gewerkschaften und Arbeitgeber wissen sehr viel besser, was in einer Branche der richtige Lohn ist, um die Beschäftigung zu sichern.“ (Deutschlandfunk, 27. 12. 2007).

Von „Heuchelei“ sprach daraufhin der hessische DGB-Vorsitzende *Stefan Körzell*: „Kein anderer Ministerpräsident in der Bundesrepublik hat so schamlos in die Tarifautonomie eingegriffen. Wenn Koch jetzt vor der Einmischung des Staates in die Lohnfindung warnt, ist dies so ähnlich, als wenn der Brandstifter als Feuerwehrmann auftritt.“ Einmalig in der deutschen Nachkriegsgeschichte und vermeintlich rechtzeitig vor der Landtagswahl hatte Koch gesetzliche Regelungen zur Festsetzung der Einkommen der Tarifbeschäftigten des Landes Hessen auf den Weg gebracht.

Wie haltet ihr es mit Demokratie und Rechtsstaat?

Ende Dezember 2007 stellte die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung *Maria Böhmer* (CDU) eine Studie vor, die über die religiösen und politischen Einstellungen der rund drei Millionen Muslime in Deutschland Auskunft geben soll. „Immerhin 14 Prozent“, so berichtet die FAZ am 23. 12. 2007, „hätten ein distanziertes Verhältnis zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und/oder eine hohe Akzeptanz von politisch-religiös motivierter Gewalt. (...) Etwa 12 Prozent könne man gar als ‚islamisch-autoritaristisch‘ bezeichnen - ein Etikett, das eine ‚starke moralische Kritik an der westlichen Demokratie‘ ebenso einschließt wie ‚eine starke Befürwortung von Todesstrafe und von Körperstrafen‘.“

Da lohnt sich doch auch ein Blick in die deutsche Mehrheitsgesellschaft. Nach einer 2007 veröffentlichten Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung wünscht sich jeder vierte Deutsche eine einzige Partei, die die „Volksgemeinschaft“ verkörpert. In einigen Regionen vertrete fast jeder zweite Bürger ausländischerfeindliche Einstellungen. Ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild haben der Studie zufolge knapp neun Prozent der Menschen in Deutschland. Und fast 18 Prozent stimmen der Aussage zu: „Wie in der Natur sollte sich auch in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.“

Mehr Schulpsychologinnen und Schulpsychologen

In einer gemeinsamen Erklärung sprachen sich der Landeselternbeirat Hessen, die Landeschülervertretung und der Landesausländerbeirat (agah) gegen Erziehungscamps und härtere Strafen aus. Diese seien wenig hilfreich zur Bekämpfung der Jugendgewalt. Stattdessen forderten die Gremien frühe Integration und mehr Prävention: „Wir brauchen mehr Schulpsychologen, die sich um Gewaltprävention kümmern, um Lern- und Verhaltensprobleme einzelner Schülerinnen und Schüler sowie um die Beratung von Lehrkräften und Eltern. Im Rahmen eines Sofortprogramms ist die Zahl der Schulpsychologen, Sozialpädagogen und Schulsozialarbeiter drastisch zu erhöhen.“

CDU-Wahlplakate vor Offenbacher Gymnasien

Der GEW-Kreisvorstand Offenbach-Stadt unterstützte den Protest des Stadtelternteils gegen die Wahlplakate der CDU vor den Offenbacher Gymnasien. Die CDU wolle Angst vor einer „Zwangseinheitsschule“ verbreiten. Die CDU suggeriere außerdem auf ihren Plakaten, auf denen der Name der jeweiligen Schule eingesetzt ist, dass sich diese Schule selbst für die Forderung „Gymnasium statt Einheitsschule“ ausgesprochen hätte, was nicht der Fall ist. Außerdem solle der Eindruck erweckt werden, die Schule würde bei einer Wahlniederlage der CDU aufgelöst. Der Kreisvorstand der GEW Offenbach bezeichnete dieses Vorgehen als „unlauter und demagogisch“.

Schützenhilfe

Hans-Jürgen Irmer, schulpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, lud am 17. und 18. Januar 2008 seine Kollegen aus den anderen Länderparlamenten nach Wetzlar ein, sicher auch um sie mit der aktuellen Ausgabe des Wetzlar-Kuriers und seiner CDL-Postille zu versorgen (siehe S.11). Zehn Tage vor der Wahl in Hessen erneuerten sie ihre heiligen Eide zur Bekämpfung der „von der Bundes-SPD und SPD-Landesverbänden geplanten Zwangs-Einheitsschule für alle Kinder“, die „mit Hilfe der kommunistischen Linkspartei gegen den Willen der Bevölkerungsmehrheit“ durchgesetzt werden solle. Man unterstütze dagegen „die hessische CDU in ihrem Kampf für eine begabungsgerechte und leistungsorientierte Förderung der Schülerinnen und Schüler in differenzierten Bildungsgängen.“ Der Lernstand der Schülerinnen und Schüler an Integrierten Gesamtschulen liege „im Durchschnitt drei Lernjahre hinter dem von deutschen Gymnasien.“

GEW-Vorsitzender *Jochen Nagel* verwies dagegen auf die jüngste PISA-Studie: Danach benötigen die Kinder ungelerner Arbeiter knapp 20 Prozent mehr Kompetenzpunkte für eine Gymnasialempfehlung als Akademikerkinder. Wie man dies als „begabungsgerecht und leistungsorientiert“ bezeichnen könne, bleibe das Geheimnis der CDU. Ein wirklicher Vergleich, was Schulsysteme leisten, sei nur auf dem Hintergrund der Sozialstruktur der einzelnen Schulen möglich.

Bußgeld gegen Holocaust-Gedenken angedroht

Der GEW-Kreisverband Kassel forderte den Kasseler Oberbürgermeister auf, das gemeinsame Plakat der GEW Hessen, des Landesverbands der jüdischen Gemeinden und des Landesverbands der Sinti und Roma zum Jahrestag der Befreiung des KZ Auschwitz am 27. Januar auch in den Wahllokalen der Stadt Kassel aufzuhängen. OB *Bertram Hilgen* (SPD) ließ eine Stellungnahme des Landeswahlleiters einholen, der den Aushang des Plakats zum nationalen Holocaust-Gedenktag untersagte. Begründet werde dies damit, „dass auf dem Plakat die Initiatoren genannt werden, denen zum Teil eine bestimmte politische Ausrichtung zugeordnet werden kann.“ Damit stelle der Aushang innerhalb der Bannzone eine Wählerbeeinflussung dar, „die gesetzlich verboten ist und mit hohen Bußgeldern geahndet werden kann.“

BILD reimt: Warum die Finnen immer gewinnen

„Warum gewinnen immer die Finnen?“, fragte BILD am 5. Dezember 2007 in einem Artikel zur gerade veröffentlichten neuen PISA-Studie. „Weil sie alle Schüler bis zum 16. Lebensjahr in einer Schule unterrichten“, lautete die einfache und schlichte Antwort von BILD-Autor Dirk Hoeren. Ob BILD doch was mit BILDung zu tun hat?

NPD ist hoch erfreut, Zentralrat rüffelt Koch

„Wir halten, was Koch verspricht: Kriminelle Ausländer und Asylbetrüger raus!“ (Presseerklärung der NPD vom 16. 1. 2008).

Im Streit über den Umgang mit jungen ausländischen Gewalttätern warf Stephan Kramer, Generalsekretär des Zentralrats der Juden, Koch vor, sein Wahlkampf unterscheidet sich „kaum noch von dem der NPD“. Kramer warnte davor, Vorurteile gegenüber Ausländern zu schüren. Es gebe bereits „erste Anzeichen, dass vor allem die NPD und andere rechtsextreme Gruppen die Debatte nutzen.“ (Die WELT vom 8. 1. 2008)

Juniorwahl: SPD und Grüne vorn, CDU abgeschlagen

Im Rahmen des Projekts „Juniorwahl“ beschäftigten sich im Vorfeld der hessischen Landtagswahl wieder viele Schülerinnen und Schüler mit den Parteiprogrammen. 3.213 Schülerinnen und Schüler der 10. Klassen gaben ihre Stimmen ab. Dabei bekamen SPD (42 %) und Grüne (14,7 %) eine klare absolute Mehrheit. Weit abgeschlagen landeten CDU (17,4 %) und FDP (6,1 %) auf den Plätzen 3 und 4. Überdurchschnittlich gut schnitten NPD (5,4 %), Piraten-Partei (3,8 %) und Tierschutzpartei (3,1 %) ab. Im Gegensatz zur Erwachsenenwahl verfehlte die LINKE mit 3,4 % den Einzug in den Landtag.

CDU-Bildungspolitiker durchgefallen

Überdurchschnittliche Verluste führen prominente Bildungspolitikerinnen und Bildungspolitiker der CDU ein: Hans-Jürgen Irmer, schulpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion (-13,3 %), Dr. Christean Wagner, Kultusminister von 1987 bis 1991 (-15,2 %), und auch die amtierende Kultusministerin Karin Wolff (-12,2 %) verloren ihre Wahlkreise Lahn-Dill II, Marburg-Biedenkopf I und Darmstadt-Stadt II an ihre SPD-Konkurrentinnen. Da halfen dem Hardliner Hans-Jürgen Irmer weder sein rechtsorientiertes Anzeigenblatt Wetzlar-Kurier (Auflage 106.000) noch die erste und vermutlich letzte Ausgabe einer mit „Schule aktuell“ betitelten Wahlkampfschrift der Arbeitsgemeinschaft Christlich-Demokratischer Lehrer in Hessen (ACDL), der Irmer lange vorstand. Sein Kampfartikel gegen die „rot-rot-grüne Einheitsschule“ fand offensichtlich nur wenig Widerhall.

„Koch hat gemacht Wahlkampf wie Bembel leer. Koch hat fertig.“ (Leserbrief in der FR vom 5. 2. 2008)

Wolffs Nibelungen-Treue

Eine Woche schwieg Karin Wolff. Dann äußerte sie sich im Darmstädter Echo zu Überlegungen, dass Roland Koch seinen Platz zugunsten eines eher konsensfähigen CDU-Politikers



räumen könnte: „Das ist völlig ausgeschlossen. Roland Koch ist derjenige, der Hessen nach vorn gebracht hat. Er bleibt der Steuermann. Er ist, diplomatisch gesprochen, einer der besseren Ministerpräsidenten in dieser Republik – in Wahrheit ist er der beste.“

Selbstkritik nur hinter vorgehaltener Hand

„Nur leise sprechen Christdemokraten über Probleme, die nicht vom Wahlkampf herrühren. So habe man den Beschäftigten im öffentlichen Dienst vielleicht zu viel zugemutet, etwa die Verlängerung der Arbeitszeit auf 42 Stunden. Ähnliches gilt für Eltern und die Schulpolitik. Insbesondere die holprige Einführung des Turbo-Abiturs hat Ärger verursacht.“ (FR über die Sitzung des CDU-Landesausschusses am 30. 1. 2008 in Hofheim)

Integrationspolitik kein Wahlkampfthema

„Integrationspolitik muss über Parteigrenzen hinweg erfolgen. Integrationspolitik ist so fundamental für die Zukunft unseres Landes, dass sie nicht zum Wahlkampfthema degradiert werden darf.“ (Ole von Beust und 16 weitere Politikerinnen und Politiker von CDU und CSU, Die Zeit vom 31. 1. 2008)

Wir nehmen Sie beim Wort!

Grußworte an die Delegiertenversammlung der GEW Hessen (Dezember 2008)

SPD

„Arbeitszeitverkürzung für Lehrkräfte“

Gerade die Bildungs- und Schulpolitik wird in Hessen in diesen Tagen und Wochen wieder heiß diskutiert. Das landespolitische Kernthema rückt durch die Veröffentlichung der IGLU- und der PISA-Studie noch stärker in den Fokus. Beide Studien bestätigen, dass die Chancen-Ungerechtigkeit bei der Bildung dramatisch ist.

In Hessen hat die Politik der Landesregierung häufig Anlass zu kontroversen Diskussionen geliefert: Unterrichtsgarantie plus, die Verkürzung des gymnasialen Bildungsgangs und die damit verbundene faktische Abschaffung der Förderstufen, die fragwürdige „Ganztagschulentwicklung“ und nicht zuletzt die mit der „Operation düstere Zukunft“ verbundene weitere Erhöhung der Arbeitsbelastung der Lehrkräfte sind nur wenige Stichworte, die bei Eltern, Schülerinnen und Schülern sowie Lehrkräften zu Empörung geführt haben.

In der Tat ist die Zeit in Hessen reif für eine andere Bildungspolitik. Die SPD hat sich vorgenommen, ab dem nächsten Frühjahr diese andere Bildungspolitik auch umzusetzen. Wir wollen die frühe Bildung durch eine Aufwertung des Bildungsauftrags in der Kindertageseinrichtung sowie die flächendeckende Einführung der Schuleingangsstufe stärken. Dafür werden wir ein Budget von 125 Millionen Euro zur Verfügung stellen.

Wir wollen das Lernen in heterogenen Gruppen, das gemeinsame Lernen ausbauen, Querversetzung und Sitzbleiben zugunsten einer individuellen Förderung der Kinder abschaffen. Wir wollen Ganztagschulen einrichten, die die-

sen Namen auch verdienen. Dafür wollen wir ein Budget von rund 100 Millionen Euro beziehungsweise 2.000 Stellen aufbauen, denn ohne die notwendigen Ressourcen wird das nicht möglich sein. (...)

Mit den Veränderungen, die sich die SPD vorgenommen hat, wollen wir auch die Arbeitsbedingungen in den Schulen verbessern. Wir wollen die personelle Situation an den Schulen verbessern. Wir wollen kleinere Klassen. In einem ersten Schritt werden wir die Möglichkeit, die Klassenobergrenzen zu überschreiten, streichen.

Und schließlich gilt für die SPD: Es gibt kein Tariffiktat. Und wir wollen zum alten Grundsatz zurückkehren, dass das Beamtenrecht dem Tarifrecht folgt, nicht umgekehrt. Das heißt auch: Wir nehmen die 42-Stunden-Woche für Beamtinnen und Beamte zurück. Davon werden auch die Lehrerinnen und Lehrer profitieren. Ab dem Schuljahresbeginn 2010/11 wollen wir die Arbeitszeitverkürzung für Lehrerinnen und Lehrer realisieren. Hinzu kommt, dass wir die Möglichkeit der Altersteilzeit für Lehrerinnen und Lehrer nach dem Block- sowie dem Teilzeitmodell vollumfänglich in der kommenden Wahlperiode bereithalten wollen.

Wie Sie sehen, hat sich die SPD viel vorgenommen. Da wir immer wieder in den Gesprächen mit der GEW feststellen können, dass wir an vielen Stellen bildungspolitisch Konsens haben, würden wir uns sehr freuen, wenn wir diese gemeinsamen Vorstellungen ab dem Frühjahr 2008 umsetzen könnten.

Andrea Ypsilanti, SPD

DIE LINKE. „Zurück in die Tarifgemeinschaft“

Die Vorwahlkampfzeit ist geprägt von heftigen politischen Auseinandersetzungen. Während sich Regierung und Opposition im Landtag rhetorisch gegenseitig in die Zange nehmen, kämpfen auf den Straßen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für höhere Löhne und gegen geplante Mehrarbeit. In diesen Tagen legen die Beschäftigten des hessischen Einzelhandels die Arbeit nieder, um unter den von der Regierung Koch liberalisierten Ladenöffnungszeiten wenigstens einen annehmbaren Tarifabschluss zu erkämpfen.

Auch für die Landesbeschäftigten gehen die Auseinandersetzungen weiter. Der von der CDU eingebrachte Gesetzentwurf zur Einkommensanpassung für die Tarifbeschäftigten in Hessen ist ein nicht hinnehmbarer Angriff auf die Tarifautonomie. Anstatt Tarifverhandlungen zu führen, soll den Beschäftigten der Lohn diktiert werden, den die Landesregierung für angemessen hält.

Besonders drastisch ist die Situation im Bildungsbereich. Mit dem Projekt „Verlässliche Schule“ oder auch „Unterrichtsgarantie plus“ hat die Koch-Regierung einen massiven An-

griff auf die Standards von Arbeitsverträgen und Bezahlung pädagogischer Arbeit gestartet. Anstatt das Bildungssystem auf eine solide finanzielle Grundlage zu stellen, wird die Belastung der Lehrkräfte permanent gesteigert. Zusätzlich wird der Einsatz von Billigpersonal ausgeweitet: Prekäre Arbeitsverhältnisse und miserable Bezahlung sind die Folge dieser Entwicklung.

Wir kritisieren mit euch den eingebrachten Gesetzentwurf zur Einkommensanpassung und die Auswirkungen der „Unterrichtsgarantie plus“. Wir stehen an eurer Seite im Kampf gegen das unsägliche Lohndiktat Roland Kochs und die verheerenden Entwicklungen an den hessischen Schulen und Hochschulen.

Wir wollen aber auch nach der Landtagswahl am 27. Januar gemeinsam mit euch den Kampf darum führen, dass Hessen in die Tarifgemeinschaft der Länder zurückkehrt. Dann werden reguläre Tarifverhandlungen wieder möglich sein. Lasst uns gemeinsam dafür kämpfen!

Ulrike Eifler, DIE LINKE. Hessen



„Gutes Geld für gute Arbeit“

Wir GRÜNE sind der Ansicht, dass es ein „Weiter so“ der bisherigen Politik weder in der Bildungspolitik noch in der Tarifpolitik geben darf.

Wir brauchen an unseren Schulen endlich eine neue Aufbruchstimmung und die Befreiung von Bürokratie, Bevormundung und Gängelung aus dem Kultusministerium. Unter Stress und Hektik können gute Schulen nicht gelingen. Die Schulen brauchen endlich wieder Luft zum Atmen, um sich individuell um ihre Schülerinnen und Schüler kümmern zu können. Dafür ist eine bessere personelle und finanzielle Unterstützung für die Schulen unerlässlich. Wir wollen wieder mehr in Bildung investieren, denn die Zukunft unserer Kinder muss uns etwas wert sein. Dazu gehören für uns die Stärkung der frühkindlichen Bildung, die Einführung der flexiblen Eingangsstufe, kleinere Klassen, echte Ganztagschulen, die mehr sind als eine pädagogische Mittagsbetreuung, aber auch längeres gemeinsames Lernen nach unserem Modell der „Neuen Schule“, Ausbau der Schulsozial-

arbeit und die Verbesserung der Fortbildung und des Unterstützungssystems für Lehrerinnen und Lehrer.

Ein „Weiter so“ der bisherigen Politik darf es aber auch in der Tarifpolitik nicht geben. Gutes Geld für gute Arbeit und einen fairen Umgang mit den Landesbediensteten muss es auch endlich wieder in Hessen geben. Mit der Personalpolitik nach Gutsherrenart wollen wir Schluss machen. Gehaltsdikate per Gesetz anstelle von Tarifverhandlungen lehnen wir entschieden ab. Wir stehen für die Rückkehr in die Tarifgemeinschaft der Länder und den Grundsatz „Besoldungsrecht folgt Tarifrecht“. Die Arbeitszeitverlängerung der Regierung Koch, die auch die Arbeitsbelastung für Lehrerinnen und Lehrer nochmals erhöht hat, werden wir rückgängig machen.

Ich hoffe, dass wir ab dem 27. Januar in unterschiedlichen Rollen, aber mit vielen gemeinsamen Zielen für einen neuen bildungspolitischen Aufbruch in Hessen sorgen können.

Tarek Al-Wazir, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



DGB Hessen: Dem Wählervotum folgen

Der DGB-Bezirk Hessen-Thüringen hat an alle Parteien im künftigen Landtag appelliert, dem Wählervotum zu folgen und an einem sozialen und gerechten Hessen zu arbeiten. Er warnte die Parteien vor vorschnellen Zu- und Absagen über die Bildung von Koalitionen. „Zuerst muss sorgfältig geprüft werden, welche Inhalte miteinander durchsetzbar sind“, sagte DGB-Vorsitzender *Stefan Körzell* im Auftrag des Bezirksvorstands. Dabei bleibe der DGB seiner Linie treu: „Wer mit den hessischen Gewerkschaften zukünftig zusammenarbeiten will, muss auf die Forderungen der hessischen DGB-Gewerkschaften eingehen. Wir wollen, dass die Belange der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Hessen eine gewichtige Rolle spielen.“

Aus Sicht des DGB Hessen sind die wichtigsten Themen der nächsten Jahre „gute Arbeit“, Bildung und Ausbildung und soziale Gerechtigkeit. Der Abbau von Arbeitnehmerrechten sei der falsche Weg, um im globalen Wettbewerb zu bestehen. Vielmehr müssten einheitliche Tarif-, Qualitäts- und Sozialstandards die Grundlage für Innovation und Beschäftigung sein. Für den DGB Hessen gehöre dazu untrennbar die Einführung gesetzlicher Mindestlöhne in Branchen ohne Tarifvertrag. Die künftige Landesregierung müsse eine entsprechende Bundesratsinitiative anstoßen beziehungsweise unterstützen, fordert der DGB. Ferner müssten die Landesbeschäftigten wieder an der Gehaltsentwicklung der Beschäftigten in anderen Bundesländern teilhaben. Deshalb müsse Hessen wieder in die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) zurückkehren. Unabhängig sei, dass das Hessische Vergabegesetz auf weitere Branchen ausgeweitet werde, damit auch dort bei öffentlichen Aufträgen Tariflöhne gezahlt würden.

Hessen brauche eine zukunftsorientierte Industriepolitik zur Stabilisierung der hessischen Industrie und der Arbeitsplätze. Der DGB bietet der künftigen Landesregierung an,

beim ökologischen Wandel eines industriell orientierten Flächenlandes konstruktiv mitzuwirken. Hessen könne bundesweit damit zu einem beispielgebenden Vorbild werden.

Beim Thema Bildung und Ausbildung erwartet der DGB die sofortige Abschaffung der Studiengebühren und eine Ausbildungsinitiative, die noch 2008 greift und für mehr Ausbildungsplätze sorgt. Für Kinder müssten Programme zur frühkindlichen Entwicklung und der Ausbau von Ganztagschulen aufgelegt werden. An den hessischen Gymnasien müsse „G8“ sofort wieder zurückgenommen werden.

Als entscheidend für den Erfolg einer zukünftigen Landesregierung betrachtet der DGB die Umsetzung sozialer Gerechtigkeit in Hessen. Eine Politik, die Kinder aus sozialen Gründen ausgrenze, mache sich an der nächsten Generation schuldig und verbaue die Zukunft eines Landes. „Wir brauchen eine Wiedererhebung der Vermögensteuer, damit wir in die Zukunft investieren können“, heißt es. Ein regelmäßig erstellter Armuts- und Reichtumsbericht könne konkrete Daten liefern, wie Armut in Hessen wirksam bekämpft werden kann.

(Pressemitteilung vom 31.1.2008)

Gewerkschafter: Knapp 50 Prozent für SPD

Zweitstimmen bei der Landtagswahl in Hessen vom 27. Januar 2008 (in Prozent)

Alle WählerInnen: ■ SPD ■ CDU ■ Die Linke ■ Grüne ■ FDP ■ Andere

36,7 36,8 5,1 7,5 9,4 4,5

Quelle: Vorläufiges amtliches Endergebnis der Landtagswahl 2008 / Landeswahlleiter Hessen

Gewerkschaftsmitglieder*:

49 24 9 7 6 4

gewerkschaftlich organisierte ArbeiterInnen*:

50 24 12 4 5 6

gewerkschaftlich organisierte Angestellte*:

47 26 9 9 6 4

*Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften auch z. B. Beamtenschaft)

Quelle: Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim

Ende der Überheblichkeit?

Zum Scheitern der konservativen Bildungspolitik

Neun „Wolff-Jahre“! Nicht nur die zahlreichen verkorksten „Reformen“ sind zu analysieren. Auch auf das politische Verhalten und den Beamtenapparat müssen die Scheinwerfer gerichtet werden. Kritik und Aufarbeitung darf sich nicht nur auf *Karin Wolff* konzentrieren, die als Vize-Ministerpräsidentin vorübergehend als Nachfolgerin von *Roland Koch* wegen seiner Hauptstadt-Ambitionen gehandelt wurde. Unklar ist zurzeit lediglich, wie lange *Koch* noch auf seinem Präsidentensessel kleben wird. Für CDU-Schulministerin *Karin Wolff* hat sich in der dritten Woche nach dem Wahldebakel ihre Zukunft geklärt: Abgang! Ihr Abschiedsbrief vom 13. Februar 2008 an den Ministerpräsidenten ist ohne jede Spur von Selbstkritik und Selbstzweifel und die Fortsetzung eines kommunikativen Desasters. Noch eine Woche nach der verlorenen Hessenwahl verkündete Wolff vor den Leiterinnen und Leitern der Staatlichen Schulämter, die „erfolgreich begonnenen Bildungsreformen“ würden konsequent fortgesetzt werden. Auch hier keine Spur einer Analyse, keine Nachdenklichkeit bei einer Ministerin, die wesentlich für die Niederlage ihrer Partei und damit für den Regierungsverlust mitverantwortlich ist. Ihre halsstarrige Politik wurde nicht einmal von einem Fünftel der hessischen Wählerinnen und Wähler akzeptiert und nur noch von einem Viertel des CDU-Klientels goutiert.

Ignoranz und Missachtung

Parallel zu den Verdrängungen an der obersten Spitze des Hauses etablierte sich knapp darunter eine in der Geschichte der hessischen Bildungspolitik nie dagewesene Ignoranz, auch gegenüber dem Hauptpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer (HPRL) und seiner GEW-Mehrheit. Zur Erinnerung: Bei der letzten allgemeinen Personalratswahl im Mai 2004 hatte die GEW mehr als 60 % aller Stimmen gewonnen. Frühere Staatssekretärinnen und Staatssekretäre wie *Dr. Burghard Vilmar*, *Dr. Burghard Lenz*, *Dorothee Vorbeck*, *Christiane Böck/Schmerbach* (alle SPD) oder *Heinz Lauterbach* und *Dr. Hartmut Müller-Kinet* (alle CDU) sahen in der GEW immer eine Gesprächspartnerin, die – trotz Meinungsverschiedenheit und Interessensgegensätzen – die Schul- und Bildungspolitik mitgestalten und weiterentwickeln will. Ganz anders der letzte Staatssekretär in der Alleinregierung Koch, der offensichtlich die GEW und den HPRL als Gegner betrachtete, die es zu besiegen galt. Auch wenn einige Entscheidungen vorab in der Staatskanzlei getroffen wurden, so haben doch Ministerin und Staatssekretär dieses in der hessischen Bildungspolitik einzigartige Debakel politisch und operational zu verantworten, das beispielhaft durch die Stichworte NVS, SAP, LUSD, G8, Unterrichtsgarantie Plus, Reform des Referendariats gekennzeichnet ist. Die Folgen: Hyperbürokratie, Vermüllungssyndrome, galaktische Zahlen- und Datenfriedhöfe, Dequalifizierung und Entprofessionalisierung des Lehrerberufs, Prüfungsmarathon in Schule und Lehrerausbildung und damit staatlich institutionalisierter Dauerstress, Arbeitsverdichtung

und Arbeitszeiterhöhung, Verschwendung von Millionenbeträgen in betriebswirtschaftliche Controllingsysteme, Reduzierung der Bildungs- und Erziehungsaufgaben auf outputorientierte Ergebnissteuerung mittels Kennziffern und und und! Ein Scherbenhaufen!

Uniformierung und Standardisierung

Das politische „Brauchtum“, das in einer vormaligen Regierungspartei organisierte oder ihr nahe stehende Personal schnellstmöglich durch „eigene Leute“ zu ersetzen, erfuhr in den letzten fünf Jahren der CDU-Alleinherrschaft eine vollkommen neue Dimension. Bis zum Ende der CDU/FDP-Koalition im Jahre 2003 galt noch das ungeschriebene und weitestgehend praktizierte „Gesetz“, frei werdende Stellen im Ministerium und in den nachgeordneten Behörden im Verhältnis von etwa 2:1 zu besetzen: zwei Drittel mit Personen, die auf der Seite der Regierungspartei sind, ein Drittel mit Menschen in Distanz zu ihr. Das galt prinzipiell auch bei Konkurrenzbewerbungen. Seit 2004 wurde aber nicht nur „durchregiert“, sondern auch die Personalpolitik voll eingeschwärzt. Papierene Kompetenzen, nicht jedoch reflektierte Erfahrungen und nachgewiesene berufliche Qualitäten waren von nun an gefragt.

Der auch äußerlich erkennbaren Uniformierung (durchgestyltes schwarzes Outfit bei den männlichen „jungen Wilden“, schwarzer Business-Anzug bei noch jüngeren Frauen) entsprach die Gestaltung der Sitzungen in stets gleich strukturierten Tagungsabläufen. Zunächst die Begrüßung per PowerPoint-Präsentation (PPP) oder auf einer Flip-Chart mit Sonnenschein, nicht selten mit dem dezenten Hinweis ergänzt, für den bereit gestellten Kaffee 50 Cent auf dem Unterteller zu hinterlegen. Danach PPP, in der Regel mit zehn bis 20 Folien, mit jeweils mehr als fünf Zeilen, die dynamisch eingeflogen wurden.

Danach die stets wiederkehrende obligatorische Frage: „Gibt's noch Fragen?“ Und: „Wir bitten um konstruktive Kritik!“ Fragen blieben zunehmend aus. Wozu auch, da diese, wenn schon keinen Diskurs, so doch eine Diskussion erfordert hätten. Die war aber politisch nicht mehr erwünscht, da der heimliche politische Lehrplan „durchregieren“ hieß. Und die erforderliche Zeit war in der Tagesplanung ohnehin nicht vorgesehen. Mitschreiben ebenfalls unmöglich, wofür der pausenlose Zeittakt sorgte. Als Ersatz wurde die Zusendung der PPP-Folien per E-Mail angeboten, quasi ein formalisiertes Protokoll. Weil der private E-Mail-Briefkasten zunehmend jedoch mit den Megabytes-PPP-Protokollen, die sich bei wachsender Menge durch schrumpfende inhaltliche Qualitäten auswiesen, verstopft wurde, folgte – so in zahlreichen Gesprächen artikuliert – eine ganz normale Reaktion: Tippen der Spam- oder Mülltaste.

Hoffnungslos auch alle Bemühungen, die Flut der Hochglanzbroschüren, an denen möglicherweise der CDU nahe stehende Firmen nicht schlecht verdienten, einzudäm-

men. Zeit zum Lesen, zur Auseinandersetzung und zur Umsetzung fehlte. Die Broschüren, denen eine gewisse Sprachunfertigkeit nicht abgesprochen werden konnte, erforderten in den meisten Fällen das bekannte Schicksal: Ablage Mülltonne. Diese vielen kleinen Steinchen ergaben ein großes Mosaik mit der Inschrift: Scheitern. Spätestens 2006 (mit G8, Unterrichtsgarantie Plus, Lehrerbildungsgesetz) nahm die Identifikation mit der neuen Bildungspolitik hessenweit ab. Die Loyalität gegenüber der Kultusministerin und der Regierung schwand bis tief ins liberal-konservative Lager.

Strafaktionen und Spaltungsprozesse

Angesichts der stümperhaften Ausgestaltung des Projekts Unterrichtsgarantie Plus, das auch ein Beitrag zur Wahlniederlage der CDU war, im Prinzip eine „Unterrichtsgarantie Murks“, wie Bündnis 90/Die Grünen formulierte, wunderte kaum, dass landauf landab fundamentale Kritik daran geübt wurde. Schulleiterinnen und Schulleiter, die nach interner Kritik diese auch öffentlich äußerten, wurden gemäßregelt, sollten zum Dienst in die Staatlichen Schulämter abkommandiert werden, um das hessische Dienstrecht eingebläut zu bekommen. Andere werden bis heute disziplinarrechtlich verfolgt, die Fälle sind immer noch nicht abgeschlossen: Man wollte und will Härte, ein Exempel statuieren. Freunde schuf man sich nicht, fast nur Feinde. Heraus kam ein Flop, der mit den Landtagswahlen 2008 beendet ist.

Zum einen führten diese Strafaktionen zu Solidaritätsbekundungen im Schulbereich, zum anderen konnte *Wolff* auch in der Öffentlichkeit damit kaum punkten. Im Gegenteil: Sie erfuhr nur Unverständnis. Um die Distanz zu ihrem „Führungspersonal“, den Schulleiterinnen und Schulleitern, nicht zu groß werden zu lassen, mussten diese an einem Samstag auf Staatskosten in der Höchster Jahrhunderthalle (bei Frankfurt) zwangsverpflichtet antreten (Foto rechts) und staatstragende und zugleich CDU-parteilich gefärbte Doktrinen der Ministerin und des Ministerpräsidenten über sich ergehen lassen. Die Spaltung der Beschäftigten an Schulen und Studienseminaren wurde bewusst eingeleitet und weiterhin massiv betrieben. Die Dienststellen sollen nicht mehr kollegial geleitet, sondern durch Leitung „geführt“ werden. Führungsschulungen und Führungcoaching stehen ganz oben auf der „Agenda“ des Ministeriums. Der faktische Einfluss der zahlreichen Steuerungsgruppen auf schulische Gestaltungs- und Entscheidungsprozesse ist mittlerweile größer als der von rechtlich verankerten Gremien wie Personalrat und Konferenzen. Dieser strategisch angelegte Spaltungsprozess wurde flankiert von zahllosen Unterstützungs-, Begleitungs- und Koordinierungsgruppen mit zeitlich begrenzten oder Daueraufgaben, die quasi in einem rechtsfreien Raum agierten und sich zunehmend „selbstreferenziell“ organisierten, koordinierten und verwalteten. Folge: Der bürokratische „Wasserkopf“ in der hessischen Bildungsverwaltung wucherte zu einer bislang einzigartigen Größe, einem Mammut nicht unähnlich!

Meine Empfehlungen für die neue Regierung: Weniger Form, mehr Inhalte! Weniger Führung, mehr Beteiligung! Weniger Zeit für Organisation, mehr Zeit für Diskussion und Reflexion! Rückbau der Administration, Rückkehr zu den „Kerngeschäften“! Weniger Geld für SAP, mehr Geld für Unterricht!

Joachim Euler



Demonstrant mit Ministerin, Jahrhunderthalle Frankfurt-Höchst (März 2007)

Karin Wolff tritt ab

In ihrem Schreiben an Ministerpräsident Roland Koch, dem sie zugleich „für eine großartige Zusammenarbeit und stets wunderbare Unterstützung“ dankt, erklärte Kultusministerin Karin Wolff am 13. Februar, ihre „Entscheidung, nicht mehr für eine neue Legislaturperiode für das Kultusressort zur Verfügung zu stehen“, sei „seit einiger Zeit gereift“. Zu ihren Erfolgen, die „im zeitlichen Abstand auch öffentlich angemessen gewürdigt“ würden, zählt sie unter anderem, „dass hessische Abschlüsse nicht mehr Gegenstand des Spotts, sondern der Anerkennung“ seien und „hessische Schülerinnen und Schüler heute wesentlich bessere Chancen auf einen Abschluss und offene Türen zu weiteren Anschlüssen haben“.

Weiter lobt sie „eine volle Unterrichtsversorgung und verlässliche Vertretung“, einen „Kultur- und Mentalitätswandel“ hin zu einer eigenverantwortlichen Schule mit „transparenter Evaluation“, eine bessere „Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund“ und eine „bessere Lösung des Zusammenhangs zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg“ (!).

Das „unbestreitbar hohe Tempo“ der Veränderungen sei „in Kombination zu anderen Maßnahmen als Belastung empfunden worden“. Bei „aller Selbstdisziplin“ betrachte sie manche Vorwürfe „als ungerecht“. Ihr Ausscheiden aus einer nach der Konstituierung des Landtags nur noch geschäftsführenden Regierung erfolge mit „Rücksicht auf die eigene Person“ und solle „eine Chance eröffnen, mit einem neuen ‚Kopf‘ im Bildungsbereich wieder stärker auf die Sache bezogen agieren zu können.“

Eine Entscheidung Kochs, wen er mit der Leitung des Kultusressorts betraut, lag bei Redaktionsschluss der HLZ noch nicht vor. Im Gespräch waren unter anderem Sozialministerin *Lautenschläger* und Justizminister *Banzer*, auch eine Übernahme durch Koch selbst, den heimlichen Weichensteller der CDU-Schulpolitik, wurde nicht ausgeschlossen.

Aufstand der Angepassten

Die Schulleiter und das längere gemeinsame Lernen

Weitblick bewiesen zehn hessische Schulleiterinnen und Schulleiter, die – so die Frankfurter Neue Presse – drei Tage vor der Landtagswahl den „Aufstand probten“. Wer nur die Überschrift las, konnte meinen, dass sie sich – wenn auch etwas spät – gegen die herrschende Landesregierung wandten. Aber weit gefehlt! Tatsächlich richtete sich ihr Protest – in vorausschauender Klarheit – gegen eine zukünftige Landesregierung unter der Führung von *Andrea Ypsilanti*, die alle Errungenschaften der Kochschen Schulpolitik beseitigen werde. „Brachial soll das gesamte Schulsystem gekippt werden“, unkte der Frankfurter Realschulleiter *Manfred Timpe*, der für den DLH im Hauptpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer sitzt. Vor einer Abschaffung des achtklassigen Gymnasiums warnte *Jürgen Scheuermann*, Leiter des Karl-Rehbein-Gymnasiums und CDU-Stadtverordneter in Hanau. Mit überzeugender Schlichtheit begründete *Anna Maria Dörr*, Leiterin der Kopernikus-Schule in Freigericht, warum das gegliederte Schulwesen naturgegeben ist: „Man kann nicht aus jedem Ackergälchen ein Springpferd machen, aber man kann es kaputt ackern.“ Auch nach neun Jahren Koch und Wolff sieht sie ihre kooperative Gesamtschule noch immer von Feinden umgeben, „eine Fluchtburg vor den integrierten Gesamtschulen im Umkreis“.

In die Warnung vor dem Gespenst einer ominösen „Einheitsschule“ stimmten auch *Matthias Höhl*, Leiter des Rabanus-Maurus-Gymnasiums in Fulda, *Joachim Ackva*, Leiter der kirchlichen Marienschule in Limburg, und *Michael Gehrig*, Leiter der privaten Frankfurter Anna-Schmidt-Schule, ein. Weil zehn Schulleiterinnen und Schulleiter kaum repräsentativ für rund 2.000 hessische Schulen sind, erklärte Gehrig, dass sie zusammen „rund 13.000 Schüler vertreten.“ Ein wirklich aufschlussreicher Einblick in das Selbstbild dieser Damen und Herren, die sich anmaßen, die bildungspolitischen Positionen ihrer Schülerinnen und Schüler und damit auch deren Eltern gleich mit zu vertreten!

Der „Aufstand“ blieb ein Sturm im Wasserglas. Lediglich Oberstudiendirektor *Volker Rüber*, Vorsitzender des hessischen Landesverbandes der Bundesvereinigung der Oberstudiendirektoren, begrüßte die Aktion, ebenso gab es natürlich Beifall von CDU und FDP.

Zahlreiche Schulleiterinnen und Schulleiter ließen diese CDU-Wahlkampfhilfe nicht unkommentiert. Die Zeitungen, die den Reaktionären viele Spalten mit Foto und Kommentar eingeräumt hatten, ignorierten ihre Entgegnungen weitgehend. Der Arbeitskreis Frankfurter Gesamtschuldirektoren warf den Schulleitern, die sich im Interesse der CDU-Schulpolitik zu Wort gemeldet hatten, vor, „ihre dienstliche Stellung für einen öffentlichen Wahlkampfauftritt“ zu missbrauchen: „Ihre Aussagen sind unqualifiziert und in ihrer Interessenlage allzu leicht durchschaubar. Es geht ihnen um den Erhalt des dreigliedrigen Schulsystems und die Sicherung von Bildungsprivilegien für Kinder aus gut-bürgerlichem Elternhaus. Wir haben es mit einem Versuch zu tun, einer offensichtlich verbrauchten und schon lange nicht mehr glaubwürdigen Regierung beizustehen, die nach unseren Erfahrungen ihrer Fürsorgepflicht gerade auch gegenüber den Lehrkräften und Schulleitungen und vor allem den Schülerinnen und Schülern nicht mehr nachkommt.“

Alfred Harnischfeger, Sprecher der Initiative „Pro IGS“ im Kreis Groß-Gerau und im Main-Taunus-Kreis, und *Hiltrud Werkmann*, Vorsitzende des Arbeitskreises Hessischer Gesamtschuldirektoren, dem rund 150 Schulleiterinnen und Schulleiter angehören, verteidigten das Konzept von *Andrea Ypsilanti*: „Das Programm von Frau Ypsilanti fordert mehr Integration und längeres gemeinsames Lernen und will von überforderten Kindern den Leistungsdruck nehmen, der durch die Verkürzung der gymnasialen Bildungszeit entstand.“ Die Kritik an G8 werde von der übergroßen Mehrheit der Leiterinnen und Leiter der hessischen Gymnasien geteilt.

Der Gesamtschule eine „Absenkung des Niveaus“ vorzuwerfen, sei unkollegial und verletzend gegenüber hunderten von Schulleitungen, die für ein integriertes System eintreten oder Verantwortung tragen. Qualitätsverbesserung erreiche man nur „auf der Grundlage wissenschaftlicher und pädagogischer Erkenntnisse und im Einvernehmen mit den Betroffenen“, nicht aber „mit Parteipolemik und Wahlkampfgelöse“.

Christoph Baumann



Das geistige „Eigentum“

Nicht nur für Lehrer und Schülerinnen ein Problem

Dürfen Lehrerinnen und Lehrer für ihre Kurse Zeitungs-Karikaturen kopieren? Darf eine Schülerin in ihrer Präsentation Musik aus dem Internet verwenden? Solche Fragen entstehen, da das Urheberrecht insbesondere die Verbreitung und die Wiedergabe von persönlichen geistigen Schöpfungen regelt. Solche Schöpfungen können Bilder, Texte und Filme sein, aber auch pantomimische Darstellungen oder Werke der Tanzkunst. Gerade Lehrkräfte sind darauf angewiesen in ihrem Unterricht Werke zu benutzen, die von anderen geschaffen worden sind, also dem Urheberrecht unterliegen. Deshalb gibt es Ausnahmen speziell für den Schulunterricht. Sie schränken die Rechte des Urhebers ein und erlauben zum Beispiel einem Deutschlehrer, ein Gedicht aus einem Gedichtband zu kopieren und in seiner Klasse zu verteilen.

Viele Fragen bleiben jedoch offen. Ist die Filmvorführung während einer Unterrichtsstunde eine öffentliche oder eine private Veranstaltung? Sollte es eine öffentliche Wiedergabe sein, dann verstößt jede Lehrerin, die ihren Schülern einen Film zeigt, gegen das Urheberrecht. Verlage und Unterhaltungsindustrie drängen auf diese Deutung, doch die juristische Diskussion ist bisher nicht klar. Mehr Infos für Lehrerinnen und Lehrer findet man unter www.ights.info.

Solche Rechtsfragen leiten zu der viel grundsätzlicheren Frage über, ob kulturelle Güter und Güter, die der Bildung dienen, nicht generell möglichst vielen Menschen zur Verfügung stehen sollten. Schülerinnen und Schüler nutzen verstärkt neue Verbreitungswege für Medien und betreiben das „Filesharing“ in Internet-Tauschbörsen. Bei dieser Methode werden Dateien (wie Filme und Musikstücke) in einem Netzwerk über das Internet getauscht. Jeder Nutzer dieses Netzwerkes kann Dateien anbieten und kann von jedem anderen Nutzer Dateien erlangen. Da alle Nutzer gleichzeitig auch als Anbieter fungieren, steht ein enorm reichhaltiges Angebot an Kulturgütern schnell und günstig zur Verfügung. Doch auch

diese Nutzer verstoßen gegen das Urheberrecht. Die Unterhaltungsindustrie drängt wegen vermeintlicher Einnahmeverluste auf eine rigorose Verfolgung der „Filesharer“ und auf die Verschärfung des Urheberrechts. Dabei werden die gigantischen Chancen, die solche Netzwerke für die Verbreitung von Kulturgütern bieten, und alternative Möglichkeiten für die Bezahlung der Rechteinhaber ignoriert. Eine dieser Alternativen ist unter dem Namen „Kultur-Flatrate“ bekannt. Das Konzept sieht eine Pauschalabgabe auf Internetzugänge vor. Aus dieser Abgabe könnten dann die Kulturschaffenden entlohnt werden, ohne dass die Tauschbörsen im Netz verboten werden müssen (www.fair-sharing.de).

Auch in anderen Bereichen werden geistige Eigentumsrechte immer weiter verstärkt. Der „Schutz des geistigen Eigentums“ führt zur Privatisierung von Wissen, das insbesondere im Gesundheitsbereich große Schäden anrichtet. Da Patentinhaber die Preise bestimmen können, sind Pharma-Konzerne in der Lage, hohe Preise zu diktieren und Medikamente für große Teile der Weltbevölkerung unerschwinglich zu machen – zum Beispiel für AIDS-Kranke in Afrika. In Entwicklungsländern könnten „kopierte“ Medikamente Menschenleben retten, wenn internationale Abkommen den Handel mit ihnen nicht verbieten würden. Auch hier gibt es Alternativen wie staatlich finanzierte Fonds, aus denen Forscher bezahlt werden, die ihr Wissen der Allgemeinheit zur Verfügung stellen. Im Rahmen der Weltgesundheitsorganisation wird bereits über ein solches alternatives System für Medikamente beraten. Millionen Menschen, die heute an behandelbaren Krankheiten sterben, könnten gerettet werden.

Petra Buhr und Tom Grassmann
Netzwerk Freies Wissen

- weitere Informationen auf der Website des Netzwerks Freies Wissen (www.wissensallmende.de), Anfragen zu Schulvorträgen an Tom Grassmann (tom@wissensallmende.de)



lea-Fortbildung zum Thema Internet, freies Wissen und Netzwerkökonomien – Urheberrecht in der digitalen Welt

mit Petra Buhr, Netzwerk Freies Wissen
Donnerstag, 17. April 2008, 15-18 Uhr
Zimmerweg 12, 60325 Frankfurt

Wissen als virtuelles Öl des 21. Jahrhunderts: Was haben Urheberrecht und Patente auf Medikamente gemeinsam?

mit Petra Buhr, Netzwerk Freies Wissen
Freitag, 18. April 2008, 10-17 Uhr
Zimmerweg 12, 60325 Frankfurt

Richtigstellung: Lamboy-Kids an der Gebeschus-Schule

In dem Beitrag von *Hartmut Barth-Engelbart* „Kultur und Wissen – Musik macht Kinder intelligenter und sozial kompetenter“ (HLZ 1-2/2008) wurde die Hanauer Gebeschus-Grundschule im sozialen Brennpunkt Lamboy mit der benachbarten Tümpelgartenschule verwechselt. Auch wenn GEW-Kollege Barth-Engelbart die Arbeit „nicht nur der Musik- & Kunst-Kolleginnen in der Hanauer Tümpelgartenschule“ auf Grund vieler gemeinsamer Auftritte sehr schätzt, legt er doch Wert auf den Tatbestand: „Die Lamboy-Kids kommen von der Gebeschus-Grundschule, waren dort der oft bis zu 120-köpfige Grundschulchor mit Kindern aus bis zu 30 Nationalitäten.“ Zur Erfolgsbilanz der Lamboy-Kids gehören zahllose Konzerte und ein eigenes Liederbuch.

Hartmut Barth-Engelbart arbeitet zur Zeit an einem Buch über die Projekte und Erfolge der Lamboy-Kids mit vielfältigen Anregungen für einen kreativen Musikunterricht (HLZ 1-2/2008).

- Weitere Infos und Vorbestellungen: E-Mail an barth-engelbart@web.de oder im Internet unter www.barth-engelbart.de.vu/



Referenzrahmen Schulqualität

Das Messen hat unter Pädagogen keinen guten Ruf

Schülerinnen und Schüler, Eltern und Lehrkräfte träumen von guten Schulen; viele „machen“ sie. Was gute Schulen ausmacht, dazu kann fast jeder etwas sagen. Merkmale „guter Schulen“ sind mittlerweile auch durch die empirische Bildungsforschung, durch Forschungen und Diskussionen in hoher Übereinstimmung in den wesentlichen Fragen genauer bestimmt worden.

Vor dem Hintergrund dieser Erkenntnisse entstand der „Hessische Referenzrahmen Schulqualität“ (HRS), der einen gemeinsamen Rahmen für die Betrachtung, Erfassung und Beurteilung von konkreter Schulqualität der einzelnen Schule und ihrer Wirksamkeit bieten will.

Was ist das Neue? Welche Möglichkeiten bietet der HRS? Was verbirgt sich hinter dem zur Zeit in der Lehrerschaft umstrittensten Aspekt von guter Schule, den „Ergebnissen und Wirkungen“? Es soll im weiteren Verlauf des Textes aber auch darum gehen, wie Prozesse in der Schule im HRS beschrieben werden, die bestimmten Qualitätsstandards entsprechen, und welche Möglichkeiten der HRS für die interne und externe Evaluation bietet.

Verantwortung für Ergebnisse und Wirkungen

„Ergebnisse und Wirkungen“ von Schulen sind – unabhängig vom Referenzrahmen – weit stärker ein Thema als noch in den letzten 30 Jahren. Gutgemeinte Absichten und entsprechende Konzepte wurden – auch in Hessen – oftmals als Qualität gesehen, ohne dass tatsächlich geprüft wurde, was denn aus gut gemeinten Absichten und Konzepten am Ende der Schulzeit für den einzelnen Schüler oder die einzelne Schülerin als Lernertrag blieb. Der Blick auf „Ergebnisse und Wirkungen“, der auch im HRS enthalten ist, bedeutet, dass die in der Schule Arbeitenden mehr Verantwortung für das übernehmen, was ihre Schülerinnen und Schüler am Ende der Schulzeit ganz konkret „mitnehmen“. Dazu gehört, dass Ergebnisse und Wirkungen „gemessen“ und evaluiert werden müssen.

Nun genießt das „Messen“ im pädagogischen Kontext nicht überall einen guten Ruf. Obwohl die Beurteilung und Bewertung von Schülerleistungen, die Rückmeldung zumeist in Form einer Ziffernote, ein „Hauptgeschäft“ von Lehrerinnen und Lehrern ist, sehen viele von ihnen das Messen der Ergebnisse von Schule als problematisch an.

Dass sich Schulen und damit auch die Lehrkräfte im Zuge der „empirischen Wende“ in der Bildungspolitik mit Ergebnissen und Wirkungen beschäftigen müssen, ist nicht neu. Das Beurteilen von Ergebnissen ist eigene Alltagsarbeit. Nachvollziehbar ist die Befürchtung, dass komplexe Prozesse, wie sie in Bildung und Erziehung ablaufen, allein auf messbare Daten reduziert werden könnten. Dies wäre in der Tat eine gefährliche und beängstigende Vorstellung. Selbstverständlich gehören soziales Verhalten und Verantwortung, gehören lebenswichtige, übergreifende Kompetenzen zum Erwerb von Fachkompetenz dazu, und dies auch noch mit möglichst nachhaltiger Wirkung.

Wer den Qualitätsbereich VII des HRS gelesen hat, wird feststellen, dass es dort eben nicht, wie bisweilen behauptet, „nur“ um messbare Ergebnisse geht, sondern auch um überfachliche Kompetenzen, den persönlichen Potenzialen entsprechende Bildungslaufbahnen, um Einverständnis und Akzeptanz, um den erzieherischen Auftrag von Schule, der weit über die reine Schulzeit hinaus nachhaltige Wirkungen entfalten soll.

Lieselotte Gebelein-Hammer hält es zu recht für „zu wenig“, wenn Bildungsstandards nur das Ziel verfolgen, „fachliche Kompetenzen zu sichern, damit Jugendliche sich ohne Probleme in das Berufsleben einfädeln können“ (HLZ 9/2007).

Angesichts der hohen Zahl von Schülerinnen und Schülern ohne Abschluss oder mit unzureichenden fachlichen Kompetenzen ist es aber auch nicht zulässig, die „fachlichen Kompetenzen“ gegen Herausforderungen der Zukunft wie den Klimawandel auszuspielen.

Voraussetzungen und Bedingungen berücksichtigen

Wie die Erträge zu erreichen sind und wie Prozesse gestaltet sein müssen, damit sich Erfolge in den verschiedenen Kompetenz- und Erziehungsbereichen einstellen, wird im HRS in den Qualitätsbereichen II bis VI beschrieben (Entwicklungsziele und Strategien, Führung und Management, Professionalität der Lehrkräfte, Schulkultur sowie Lehren und Lernen). Diese komplexen Prozesse, Zusammenhänge und Aspekte werden im HRS aus analytischen Gründen in getrennten Qualitätsbereichen dargestellt. Weil Schulen ihre je eigenen Voraussetzungen und Bedingungen haben, geht es im Qualitätsbereich I „Voraussetzungen und Bedingungen“ um bildungspolitische und rechtliche Voraussetzungen, personelle und sächliche Ressourcen, Bildungsangebote am Schulstandort, Schülerschaft und Schulumfeld und externe Unterstützung. Für eine faire Beurteilung im Qualitätsbereich VII „Ergebnisse und Wirkungen“ ist die Berücksichtigung dieser Faktoren notwendig. Wie eine Schule die in den Qualitätsbereichen II bis VI beschriebenen Prozesse gestaltet, wirkt jedoch ganz entscheidend auf die Erträge der Bildungsarbeit ein.

Weil Schülerinnen und Schüler in ihrer Verschiedenheit und Einmaligkeit wahrgenommen werden müssen, formuliert der HRS im Qualitätsbereich VI, der das Zentrum des Qualitätsrahmens darstellt, wesentliche Kriterien für einen solchen Blick auf die einzelnen Lernenden. Damit Lehren und Lernen als gemeinsame Leistung von Lehrenden und Lernenden gesehen werden können, wird nicht nur das Handeln der Lehrkräfte betrachtet, vielmehr werden zudem die Wirkungen auf die Schülerinnen und Schüler in den Blick genommen. Im Einzelnen geht es um

- den Aufbau von fachlichen und überfachlichen Kompetenzen,
- strukturierte und transparente Lehr- und Lernprozesse,
- den Umgang mit heterogenen Lernvoraussetzungen und
- ein lernförderliches Klima.

Die Qualitätsbereiche II bis V haben eine „dienende Funktion“. Die Frage heißt, etwas vereinfacht formuliert: Wie unterstützen Schulprogrammarbeit, Schulleitung, Fortbildung und Kooperation der Lehrkräfte sowie die Gestaltung des Schullebens die Unterrichtsarbeit und das Lernen der Schülerinnen und Schüler? Wie gelingt es, dass eine Schule als Gemeinschaftsleistung stärker als zuvor der Heterogenität ihrer Schülerschaft Rechnung trägt und ein Arbeits- und Lernklima schafft, das entwicklungsförderlich ist und allen zu einem angemessenen Bildungsabschluss verhilft?

Bestandsaufnahme und Entwicklungsplanung

Der HRS entstand in der Planungsphase zum Aufbau der externen Evaluation (Schulinspektion) innerhalb des damals neu gegründeten Instituts für Qualitätsentwicklung (IQ) in Wiesbaden. Er kann jedoch auch für die interne Evaluation und für Ausbildungszwecke eine hilfreiche Rolle spielen. Wie auch in anderen Bundesländern und anderen europäischen Staaten orientierte sich die Arbeitsgruppe an empirischen Befunden, welche Merkmale für Schulgüte galten und gelten. Bislang war die Einschätzung darüber, was eine gute Schule sei, in das Belieben von Einzelnen gestellt. Zwischen den Beteiligten und den verschiedenen Institutionen der Bildungsverwaltung gab es keine gemeinsame „Sprache“, wenn es um die Einschätzung von Schulen und den Stand ihrer inneren Entwicklung ging. Die international und national weit anerkannte Gliederung in verschiedenen Qualitätsbereiche entspricht den leitenden Aspekten der Schulqualitätsforschung. Mit den genannten Qualitätsbereichen wurde ein Orientierungsrahmen geschaffen, innerhalb dessen das Gelingen von Leitungs-, Organisations-, Kooperations- sowie Lehr- und Lernprozessen an Hand von Kriterien beschrieben wird. Wie der HRS verwendet wird und welchen Nutzen er für die Weiterentwicklung der Einzelschule sowie darüber hinaus im gesamten Bildungsbereich haben wird, hängt entscheidend von den Akteuren ab. Indem er die wesentlichen Variablen für das Gelingen von Schule beschreibt, kann er für die Evaluation, und zwar für die interne und externe gleichermaßen, ein Orientierungsrahmen für eine Bestandsaufnahme, aber auch für die zukünftige

Entwicklungsplanung sein. Für eine Schule lohnt es sich, im Rahmen ihrer Schulprogrammarbeit die einzelnen Bereiche näher in den Blick zu nehmen: Wie ist es bei uns um die Unterrichtskultur bestellt, um das Lehren und Lernen? Wie kann die Lernkultur durch schulinterne Fortbildung, durch die Arbeit der Schulleitung, durch das Schulleben unterstützt werden? Diese Aspekte spielen auch für die Schulinspektion eine Rolle, die die Einzelschule an Hand wichtiger Kriterien in den Blick nimmt und beurteilt. Es geht um die einzelne Schule: Der Rahmen lässt unterschiedliche, vielfältige Ausformungen und Ausgestaltungen von Schulgüte zu.

Der Referenzrahmen im Prozess

Erziehungswissenschaftliche Gutachten begleiten die Entwicklungsarbeit, die im Rahmen des Projekts „Weiterentwicklung des Hessischen Referenzrahmens Schulqualität“ seit November 2005 durchgeführt wird. Beiträge, Kommentare und Überarbeitungsvorschläge von Gruppen und Experten aus der Schule und der Bildungsverwaltung wurden in den Überarbeitungsprozess einbezogen, denn der HRS ist als ein entwicklungsoffenes Konzept angelegt, in das ständig der neueste Stand der wissenschaftlichen Forschung und die Erfahrungen aus der Praxis integriert werden. An einer weiteren Konkretisierung der Kriterien in aufschließende Fragen und Anhaltspunkte wird zurzeit gearbeitet.

Der Prozess ist also nicht abgeschlossen. Jetzt gilt es, weitere Erfahrungen mit dem HRS zu machen, seine Chancen wahrzunehmen und für jeden Einzelnen, für sich und seine Institution zu prüfen, welche der Qualitätsbereiche oder welche Kriterien eine besondere Bedeutung haben, und sich mit den einzelnen Kriterien näher zu beschäftigen. Welche Hinweise für die Entwicklungsarbeit geben sie uns? Treffen sie, wenn sie umgesetzt sind, das Bild einer „guten Schule“?

Bärbel Brömer

Weitere Informationen: www.iq.hessen.de; Anfragen per E-Mail an die Projektleitung (e.diel@iq.hessen.de). Unter Leitung von Ulrich Steffens arbeiten Ellen Benisch, Bärbel Brömer, Eva Diel, Dieter Höfer, Joachim Knab und Dr. Gabriele Schreder in der Redaktionsgruppe HRS. Bärbel Brömer schrieb den HLZ-Beitrag im Namen der Redaktionsgruppe.



Pädagogisches Paradies

Im Rahmen der *Lifelong Learning Programme* der EU habe ich Ende 2007 an einer Studienfahrt nach Lulea in Schweden teilgenommen. Veranstalter war das Europäische Zentrum für die Entwicklung von beruflicher Bildung (*European Centrum for the Development of Vocational Training*). Die 15 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus elf Ländern fanden in der Nähe des Polarkreises ein „pädagogisches Paradies“ mit einer Lehrer-Schüler-Relation von 1 zu 10.

Die *Lulea Upper Secondary School* bemüht sich um ein Gleichgewicht von Berufstraining und wissenschaftlichem Programm und um eine starke Unterstützung der Lernenden. Allgemeine, berufliche und akademische Bildung sind auf einem Campus zusammengeführt. Die Gebäude sind in einem außergewöhnlich guten baulichen Zustand ohne Innenraumluftbelastungen durch Gift- und Schadstoffe. Die Klassenräume sind hervorragend mit Medien und technischen Geräten ausgestattet. Die Schule beschäftigt Psychologen, Berufstherapeuten, Krankenschwestern, Sozialarbeiter und Lehrkräfte für besondere Lernhilfen. Das gute Verhältnis von Lehrerinnen, Lehrern, Schulleitung und Jugendlichen ist sehr auffällig. Ein solches Dachsystem, das den Zusammenschluss von drei separaten Schulen in der Berufs- und wissenschaftlichen Ausbildung vereint, sollte als Modell für eine europäische Bildungspolitik stehen.

Jürgen Jäger, Wiesbaden

Aus Dietzenbach nach Nicaragua

Eine Arbeitsgruppe der Heinrich-Mann-Schule pflegt seit 1987 schulpartner-schaftliche, entwicklungspolitische Beziehungen zum *Instituto José de la Cruz Mena* in Masaya in Nicaragua, die Oswald-von-Nell-Breuning-Schule seit 1998. In dieser Zeit hat es sechs Begegnungen gegeben, drei in Nicaragua, drei in Deutschland.

Seit vielen Jahren betreiben beide Schulen einen „Eine-Welt-Verkauf“ mit Produkten der *GEPA Fair Trade Company* (www.gepa.de) und Kunsthandwerk aus Lateinamerika, insbesondere aus Nicaragua, dessen Erlös in verschiedene schulische und vorschulische Bildungsprojekte geflossen ist. Von den Arbeitsgruppen der beiden Schulen wurden mehrere Anträge auf Bezuschussung von Projekten zum Bau von Klassenräumen und zur Anschaffung von Büchern beim Land Hessen gestellt, die auch bewilligt wurden. Es finden regelmäßig Informationsveranstaltungen über Nicaragua statt und in verschiedenen Jahrgängen und Fächern werden Themen über Nicaragua behandelt: Kinder und Jugendliche in Nicaragua, Wirtschaft, aktuelle Lage, soziale und gesellschaftliche Probleme, entwicklungspolitische Projekte, um die Schülerinnen und Schüler für Fragen und Probleme eines sogenannten Entwicklungslandes zu sensibilisieren.

2007 war es wieder soweit. Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte bereiteten sich auf eine Begegnungsreise vor und beschäftigten sich mit Geschichte, Literatur und Traditionen Nicaraguas,

mit der aktuellen politischen und wirtschaftlichen Lage und mit den unterschiedlichen schulischen Lernbedingungen. Bis zum Beginn der Reise im Juli war auch noch etwas Zeit, die Spanischkenntnisse zu verbessern.

In Masaya waren wir in Familien untergebracht und konnten so Alltag, Traditionen und Gewohnheiten kennenlernen und Freundschaften knüpfen. Wir waren alle zutiefst beeindruckt von dem Empfang mit Musik, Tänzen und den Ansprachen an der Partnerschule *José de la Cruz Mena*. Es gab interessante Gespräche über das deutsche und das nicaraguanische Schulsystem, die Schulpartnerschaft, über die Bibel und Politik, über Armut und Reichtum und die Situation benachteiligter Frauen.

Ebenso herzlich wurden wir mit einem bunten Kulturprogramm in verschiedenen Kindergärten und in einer Grundschule empfangen, die alle im Rahmen der Städtepartnerschaft mit Dietzenbach bezuchusst wurden, genauso wie eine Bambuswerkstatt für Behinderte, eine Frauennähwerkstatt der christlichen Basisgemeinde *Comunidad Cristiana de base* und die Schreinerwerkstatt *Tonio Pflaum*. Auch hier konnten die Jugendlichen nachvollziehen, wie wichtig die entwicklungspolitische Hilfe der Stadt Dietzenbach, des Landes Hessen und des Vereins *Monimbó* ist. Bei einer Arbeitslosenquote von 60 % stehen Bildung und neue Arbeitsplätze im Vordergrund.

Bei der Partnergewerkschaft ANDEN und im Erziehungsministerium des *De-*

partamento ging es um die Schulentwicklung nach dem Regierungswechsel im Januar 2007. Derzeit findet eine Bestandsaufnahme aller Mängel in den Schulen statt, in großen Schulen sind Erweiterungsbauten geplant. Schließlich werden die 3.000 Schülerinnen und Schüler seit Jahrzehnten in drei Schichten unterrichtet. Zum Glück konnten mit der finanziellen Hilfe aus Hessen, auch aus den beiden Partnerschulen, einige Klassenräume gebaut und Bücher angeschafft werden.

Obwohl seit dem Regierungswechsel wieder mehr Kinder in die Schule gehen, Schulgeld und Uniformzwang aufgehoben wurden, haben wir auch den traurigen Alltag von Straßenkindern hautnah miterlebt. Sie gehen nicht in die Schule und wollen auch nicht in ihre Familien zurückkehren, da sie dort Gewalt erfahren haben und nun an gesundheitsgefährdenden Klebstoffflaschen unter dem T-Shirt schnüffeln. Derzeit hat die Stadt Masaya keine finanziellen Mittel zur Verfügung, um diese Kinder zu betreuen. Wir trafen sie auf einem öffentlichen Sportgelände, wo deutsche und nicaraguanische Jugendliche ein Freundschaftsbasketballspiel austrugen. Allen wurde die Notwendigkeit klar, dass auf der individuellen aber auch der politischen Ebene Armutsbekämpfung durch nachhaltige Projekte vorangetrieben werden muss.

Die Schülerinnen und Schüler haben eine Broschüre und eine Ausstellung über ihre Erfahrungen angefertigt und Informationsveranstaltungen in verschiedenen Klassen und auch für Interessierte in den Gemeinden Dietzenbach und Rödermark durchgeführt. Die Gruppe bereitet jetzt den Gegenbesuch einer nicaraguanischen Schüler-Lehrergruppe in Rödermark und Dietzenbach im August/September 2008 vor. Zuschüsse erhielten wir vom Evangelischen Entwicklungsdienst (EED), von der Stadt Dietzenbach, der GEW und aus EU-Mitteln. Wir konnten der Partnerschule Geldspenden von Einzelpersonen, einer Klasse, von Kolleginnen und Kollegen der GEW überreichen, mit denen Bücher angeschafft, Sanierungsarbeiten und der Bau eines weiteren Klassenraumes durchgeführt werden sollen.

Brigitte Fischer



Gudrun Pausewang wird 80



Als ich in den siebziger Jahren Lehrerin wurde, war *Und dann kommt Emilio* von Gudrun Pausewang meine erste Klassenlektüre. In dem Jugendbuch entwickelt sich eine Freundschaft zwischen Martin, der in einer Baracke wohnt, und spanischen „Gastarbeitern“, die seine Katzen aufnehmen, als sein alter Freund ins Krankenhaus kommt. Armut und Ausgrenzung, aber auch Beispiele für die gelungene soziale Integration von Schwachen ziehen sich wie ein roter Faden durch Gudrun Pausewangs Gesamtwerk. Als Leserinnen und Leser, als Lehrer und Gewerkschafter erkennen wir viele Aspekte, die bis heute für unsere Gesellschaft kennzeichnend sind.

1999 erhielt die mit zahlreichen Literaturpreisen ausgezeichnete Autorin für ihr Buch *Hörst du den Fluss, Elin?* den „Heinrich-Wolgast-Preis für Kinder- und Jugendliteratur zur Arbeitswelt“ der GEW. Aber auch in diesem Buch über Arbeitslosigkeit und ihre psychischen Auswirkungen auf eine Familie entlässt Pausewang Schülerinnen und Schüler nicht mutlos: Ohne plattes Happyend bahnt sich ein Ausweg an.

Gudrun Pausewang kam als junges Mädchen aus Wichstadt im ostböhmisches Adlergebirge in der heutigen Tschechischen Republik nach Hessen. Das alternative Leben ihrer Familie und die Angst und Schrecken der Flucht beschrieb sie sehr authentisch in der Rosinkawiesen-Serie. Sie machte Abitur in Wiesbaden und schloss am Pädagogischen Institut Weilburg ihr Lehrerstudium ab. 1956 ging sie an die deutsche Schule in Temuco (Chile) und veröffentlichte 1959 ihren ersten Roman für Erwachsene. Nach weiteren Stationen in Venezuela und Kolumbien kehrte Gudrun Pausewang endgültig nach Deutschland zurück und unterrichtete bis zu ihrer Pensionierung in Hessen. Heute lebt sie in Schlitz. Die sozialen Gegensätze in Südamerika verarbeitete sie in Romanen für Erwachsene und Kinder.

Ein anderer wichtiger Erzählstrang wurzelt in ihrem Engagement gegen Umweltzerstörung (*Es ist doch alles grün*) und Krieg (*Friedensgeschichten*). Damit wurde sie zu einer wichtigen Vertreterin der gesellschaftskritischen

und problemorientierten Kinder- und Jugendliteratur. Mit ihren warnenden Zukunftsvisionen *Die letzten Kinder von Schewenborn*, *Die Wolke* und *Der Schlund* erlangte sie große Beachtung. Sie konfrontiert jugendliche Leser mit den Gefahren einer atomaren Katastrophe und politischer Repression. Ihre Bücher wurden als Schullektüre verbreitet, ausgezeichnet, aber auch öffentlich angegriffen. Zu einem Eklat kam es, als *Die Wolke* mit dem Deutschen Jugendliteraturpreis ausgezeichnet wurde und das Familienministerium „wegen der einseitigen Darstellung“ die Verleihung verweigerte. Erst nach vielen Diskussionen und Protesten wurde der Preis überreicht. Inzwischen wurde das Buch über einen Störfall in einem Kernkraftwerk in der Nähe von Frankfurt in viele Sprachen übersetzt und 2006 verfilmt.

In ihren Büchern *Reise im August*, *Die Verräterin*, *Du darfst nicht schreien* und *Adi – Jugend eines Diktators* setzt sie sich mit dem Nationalsozialismus auseinander. Grundlagen sind ihre eigenen Erinnerungen und die authentischen Verarbeitungen von Zeitzeugen: „Ich kann nur über das schreiben, was mich persönlich bewegt“. Sie schont ihre Leserinnen und Leser nicht, sondern nimmt sie ernst. Sie zwingt sie, ihre Umgebung genau zu betrachten, sich zu entscheiden, eigene Positionen zu entwickeln und dafür einzutreten. Manchmal wird Gudrun Pausewang vorgeworfen, sie betreibe Schwarz-Weiß-Malerei und liefere Gräuelszenarien, um zu beeinflussen. Gerade eines ihrer jüngsten Bücher *Die Meute* belegt, dass dieser Vorwurf nicht haltbar ist. Einfühlsam beschreibt sie aus der Ich-Perspektive den 14-jährigen Paul, der seinen Großvater verehrt, sich von ihm zu schönen Abenteuern verführen lässt, bevor er dessen alt-nationalsozialistische Gesinnung erkennt und im letzten Moment die Anstiftung zu Hass und Gewalt gegen Ausländer beendet. Die innere Zerrissenheit Pauls wird offen dargelegt.

Bei Lesungen und Gesprächen mit Jugendlichen begegnet sie ihren Leserinnen und Lesern auf Augenhöhe, strahlt dabei Ruhe, Sympathie und große Lebenserfahrung aus. In *Die Prinzessin springt ins Heu*, *Der Spinatvampir*, *Auf-*

müpfige Geschichten oder den Geschichten vom Räuber Grapsch beweist sie großen Humor und Fantasie-reichtum. Pausewangs Bücher sind Klassiker der modernen Kinderliteratur geworden und heute multimedial verfügbar.

Der Abschied aus dem hessischen Schuldienst und ihre Pensionierung waren keineswegs der Beginn eines Ruhestands. Sie promovierte über die Kinder- und Jugendschriftsteller der Generation Erich Kästners, besuchte erneut Chile und trat bei Gedenkveranstaltungen in ehemaligen Konzentrationslagern und zum 60. Jahrestag des Kriegsendes auf. Zusammen mit Käthe Recheis, die ebenfalls in diesem Frühjahr ihren 80. Geburtstag feiert, nahm sie an der internationalen Fachtagung der Universität Frankfurt zum Thema „(Kinder)Literatur als Erinnerungsträger“ teil.

Über ihre nächsten Pläne wollte mir Gudrun Pausewang nichts verraten: „Ich kann nur Themen nennen, die ich im Hinblick auf unsere politisch-gesellschaftlichen Zielsetzungen für wichtig halte: Nie wieder Krieg, Warnung vor rechtsradikalen Tendenzen und Erderwärmung. Und im Hinblick auf den Tod: Heiterkeit!“ Der Deutsche Jugendliteraturpreis für ihr Lebenswerk stünde ihr allemal zu.

Für die Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AJuM) der GEW Hessen wünsche ich Gudrun Pausewang ein sehr langes Leben und weitere Erzählungen und Romane zu den genannten Themen und alles Gute für die ganze Familie einschließlich der vier Enkelkinder. Liebe Geburtstagsgrüße sendet Hanne Verloh, AJuM der GEW Hessen

Geistige Herausforderungen für Hochbegabte

Eine Entgegnung auf Dr. Volkmar Baulig (HLZ 1-2/2008)

In dem Beitrag „Hauptsache, die Leistung stimmt“ von Dr. Volkmar Baulig (HLZ 1-2/2008) konnte man den Untertitel „Hochbegabung aus der Sicht eines Sonderpädagogen“ leicht überlesen. Auf mich wirkte der Beitrag – nicht nur auf den ersten Blick – eindimensional, nicht mit dem offenen Blick eines Pädagogen verfasst, der sich allen Kindern zuwendet. Vielmehr will Baulig Begabtenförderung als verlängerten Arm hochmotivierter Eislaufmütter entlarven.

Die aus den USA stammenden Informationen des Autors über vor und während der Geburt traumatisierte Kinder muss ich nicht nachvollziehen; Daten

lernfreudigen Kindern arbeiten. Der Autor kritisiert vorrangig die Mütter, aber es sind die Lehrerinnen und Lehrer, die die Kinder unterrichten. Natürlich sollten wir dabei im Interesse der schwächeren, aber auch der stärkeren Kinder noch intensiver differenzieren, und natürlich sollten wir auf Helfersysteme hinarbeiten und diese intensiv nutzen. Was allerdings dafür spricht, besonders begabte und hochbegabte Kinder auf die Helferrolle festzulegen und ihnen keine kognitiven Anreize mehr zu gönnen, erschließt sich mir nicht. Möglicherweise ist Volkmar Baulig in eine ziemlich alte Falle getappt: Besonders begabte

und hochbegabte Kinder seien soziale Versager, emotional gestört und nicht beziehungs-fähig. Diese Vorurteile wurden durch die Hochbegabtenforschung widerlegt: Hochbegabte verfügen genauso häufig wie alle anderen Kinder über alle sozialen Kompetenzen. Manche sind ihren gleichaltrigen Mitschülerinnen und Mitschülern sogar überlegen, weil sie häufig früher über die Fähigkeit zur Abstraktion, zum Wechsel der Perspektive, zur Empathie verfügen und somit über die Fähigkeit, „sich in andere hineinzusetzen“. Und außerdem: Sollen schwächere Kinder nicht auch Helfer sein dürfen? Wertet das nicht auch deren Selbstbewusstsein auf? Und umgekehrt: Dürfen kognitiv reifere Kinder neben den Aufgaben, die sie ja sowieso im Gleichschritt mit allen anderen Kinder erledigen, keine geistigen Herausforderungen erleben?

Ich denke, dass wir uns doch in einem einig sind: Kinder, die sich wohl fühlen, lernen gerne, freudig und viel. Und das ist doch unser eigentliches Ziel in der Schule. Zu diesem „Sichwohlfühlen“ gehört aber doch gerade auch das Gefühl, etwas ganz Besonderes zu sein. Und wenn der

eine ein ganz besonders toller Helfer ist und der andere ein ganz besonders toller Sportler und die dritte eine ganz besonders tolle Denkerin, dann schließt das ja nicht aus, dass schnell denkende Kinder schnell rennen können und anderen gerne auch mal helfen. Aber die tolle Denkerin in der Schule auf das Helfen festzulegen, wird ihr nicht gerecht. Und den hervorragenden Sportler nicht mehr laufen zu lassen, hemmt ihn möglicherweise in vielerlei Hinsicht – vor allem, was sein Selbstbewusstsein angeht.

Nicht nur per Erlass hat jedes Kind Förderung verdient. Gerade von besonders begabten und hochbegabten Kindern weiß man, dass sie geistige Herausforderungen geradezu verlangen.

Die Weiterbildung von Lehrkräften in Sachen Hochbegabung ist unerlässlich: zur Erkennung Hochbegabter, zu deren Förderung und Unterstützung und zur kompetenten Elternberatung. An dieser Stelle frage ich mich, ob die von Dr. Baulig beschriebenen Kinder mit Erziehungshilfebedarf gezielt beobachtet oder getestet wurden und ob nicht doch vielleicht schulische Unterforderung der Auslöser der Probleme war. Kann man Eltern nicht auch besser unterstützen oder entlasten, wenn man kompetent über Begabungen urteilen kann? Könnte sich das nicht entlastend auf die Kinder auswirken? Und wie geht es Erwachsenen, wenn sie Tag für Tag, Woche für Woche und Jahr für Jahr gelangweilt sind, weil niemand ihre Kompetenzen ernst nimmt und ihre Ressourcen nutzt?

Dass Leistung, im beschriebenen Zusammenhang die schulische Leistung, keine Frage der messbaren Intelligenz alleine ist, weiß man in der Hochbegabtenforschung bereits. Und ob es überhaupt eine „emotionale Intelligenz“ gibt und wie sie messbar gemacht werden kann, wird in der Fachliteratur weiterhin ganz unterschiedlich diskutiert. In Hessen geht man bei der Hochbegabungsdiagnostik aber derzeit nicht davon aus und beschränkt sich auf die messbaren Daten.

Martina Knipp, Studienseminar Friedberg, Leiterin eines DFB-Moduls (Diagnostizieren, Fördern, Beurteilen)



aus Deutschland wären in der hiesigen Diskussion notwendig, um über die Problematik zu ambitionierter Mütter zu diskutieren. Zudem erschließt sich mir der Zusammenhang von Geburtstraumata und Erwartungshaltung der Mütter an die erwarteten Kinder nicht. Außerdem frage ich mich, was es beweist, wenn eine ehrgeizige Mutter alle ihre bisherigen Betätigungsfelder zugunsten einer Hochbegabtenförderung fallen lässt. Ist nicht an solcher Stelle im Interesse der Kinder über eine intensivere Elternarbeit (oder Mütterarbeit) in allen Bereichen außerschulischer Aktivitäten und Förderung nachzudenken? In den Ausführungen von Dr. Volkmar Baulig fehlt nämlich die basale Grundannahme, dass wir (wenigstens in der Grundschule) noch immer davon ausgehen, dass wir mit neugierigen, wissbegierigen und

Mediation in der Schule

Seniorinnen und Senioren sind Helfer mit Lebenserfahrung



Zwei Jungen stehen vor der Bibliothekstür der Grundschule. Etwas vorsichtig klopfen sie an und werden freundlich hereingebeten. Auf dem Schild an der Türe steht: „Wir sind für euch da, wenn ihr Streit habt, wenn es euch nicht gut geht und ihr etwas ändern möchtet.“ Gut geht es diesen beiden kleinen Burschen aus der 2a tatsächlich nicht. Vorige Woche und auch gestern wieder waren sie miteinander in eine ziemliche Remperei geraten. Der Klassenlehrer hat Strafarbeiten verordnet und wollte schon die Eltern in die Schule bestellen, als ihm die älteren Damen einfielen, die jeden Montag in der Bücherei der Schule Mediation anbieten. Also empfahl er seinen beiden „Problem“-Schülern, sich einen Termin geben zu lassen. Deshalb sind sie jetzt gekommen.

In einer gemütlich eingerichteten Ecke nehmen sie auf einem weichen Sofa Platz. Die Mediatorinnen stellen sich vor und auch die Schüler werden um ihre Namen gebeten. Eine der beiden Seniorinnen erklärt ihnen, wie das Gespräch weiter gehen sollte und was dabei herauskommen könnte. Danach haben die Mediatorinnen die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass jeder zu Wort kommt und dass keiner verurteilt wird. Das Ziel ist es, gemeinsam eine Lösung zu finden, wie die beiden miteinander zukünftig klar kommen können, ohne immer wieder aggressiv aneinander zu geraten. Die Grundregeln dabei lauten:

- Jeder darf ausreden, alle hören zu.
- Keiner wird beschimpft, beleidigt oder gar angegriffen.
- Die Mediatorinnen bewahren Stillschweigen über alles, was hier gesprochen wird, auch gegenüber dem Klassenlehrer.
- Die Mediatorinnen greifen mit ihrer „Stopp-Taste“ ein, wenn es nötig ist. Als Sven erzählt, wie es gestern zu dieser Remperei gekommen ist, muss Hajo stillhalten. Das fällt ihm sichtlich schwer. Dann darf er erzählen, wie sich die Sache aus seiner Sicht abgespielt hat. Die beiden Beraterinnen geben den Sachverhalt wieder und vergewissern sich, ob sie alles richtig verstanden haben. Dann fasst eine der Mediatorinnen zusammen und „schnürt ein Pa-

ket“: Sie formuliert, was sie als gemeinsames Anliegen herausgehört hat. Im weiteren Verlauf werden die Gefühle und schließlich die Bedürfnisse der beiden bezüglich ihrer Beziehung herausgearbeitet. Erst dann können Lösungen gesucht und mögliche weitere Schritte erarbeitet werden. Das Ergebnis wird schriftlich festgehalten, und bei einem neuen Termin in zwei bis drei Wochen wird überprüft, inwieweit das Vereinbarte umgesetzt werden konnte.

Bei manchen Kindern reicht es, wenn der eine nur mal endlich in Ruhe zuhört, was der andere sich von ihm wünscht und was er dafür auch seinerseits zu tun bereit wäre. Bei anderen Streitfällen wird zäher und länger gerungen, muss noch ein weiterer Termin vereinbart werden, weil eine stabile Lösung in der ersten Sitzung noch nicht gefunden werden konnte. *Hildegund Faecks* ist Mitglied des Vereins *Seniorpartner in School (SIS)*, der es sich zum Ziel gesetzt hat, eine Brücke zwischen Alt und Jung zu schlagen. Seniorinnen und Senioren werden mit Hilfe von Geldern der EU und des Sozialministeriums in vier dreitägigen Kompaktseminaren zu Schulmediatoren ausgebildet, um sich dann – immer mindestens zu zweit – den Schulen als Vermittler und Unterstützer anzubieten.

Ursa Krauß-Ide, eine der Vorsitzenden des Marburger Vereins, GEW-Mitglied und ehemalige Lehrerin, sieht es als Ziel der Arbeit an, „den jungen Alten“ zu ermöglichen, einen Teil ihrer Zeit und ihrer Kompetenz für die Gesellschaft einzusetzen und ihrerseits Freude und Kraft aus dem Umgang mit den Kindern zu ziehen“. Dabei gehe es nicht darum, den verschiedenen Konfliktbewältigungsstrategien und Mediationsausbildungen, die die Schulen schon entwickelt haben, eine weitere

Alternative hinzuzufügen. Die Seniorinnen und Senioren verstehen sich eher als zusätzliche Helfer, als Menschen der älteren Generation, die von außen kommen und nicht in das Schulgesehen involviert sind. Auch in der Familie gehen Kinder mit Problemen manchmal lieber zu den Großeltern, weil die den alltäglichen Familienstress gelassener von außen sehen können.

Viele Schulen sind noch misstrauisch, wenn es darum geht, Fremde in den Schulalltag hereinzunehmen. Externe Vertretungslehrkräfte für die „Unterrichtsgarantie plus“ oder „Arbeits-



coaches“ für die Betreuung von Betriebspraktika („Erfahrung hat Zukunft“) machen den Kollegien schon genug Mühe. Die Schulen, in denen die ersten Senior-Schulmediatoren ihre Arbeit aufgenommen haben, konnten sehr bald spüren, dass diese völlig selbstständig arbeiten und deshalb keine zusätzliche Belastung bedeuten, sondern Hilfe beim Umgang mit Schülerinnen und Schülern mit Schwierigkeiten bringen können. Bei den derzeitigen Klassengrößen bleibt um den Unterricht herum für so etwas kaum Zeit. Und auch Hildegund Faecks, die seit einem Jahr als Mediatorin wirkt, freut sich sehr auf diese Montagsstunden, auch wenn manche Probleme sehr traurig stimmen. Den Umgang mit den Grundschulkindern empfindet sie als befriedigend und aufbauend.

Heike Winkler



Urteilsfähige Selbstdenker

Die Evolutionsbiologie aus wissenschaftstheoretischer Sicht

Der Artikel „Bibel im Religionsunterricht“ (HLZ 12/2007) erinnert in seiner Diktion an die Kulturkampfzeit des 19. Jahrhunderts oder an den Monistenbund des frühen 20. Jahrhunderts, von dem sich *Ernst Haeckel* einst zum Gegenpapst ausrufen ließ. Insofern kann man *Wolf-Rüdiger Schmidt* nur beipflichten, wenn er in seiner sehr moderaten Entgegnung „Keine falschen Fronten“ (HLZ 1-2/2008) feststellt, die Ausführungen *Sven Bades* stünden „nicht auf der Höhe des möglichen Wissens“. Allerdings geht es keineswegs nur um Wissen. Als Oberstufenpädagoge kommt man nicht umhin, in folgender Grundsatfrage Stellung zu beziehen: Ist es unser Lehr- und Erziehungsauftrag, den Jugendlichen beizubringen, wie es *wirklich* ist, oder ist es vielmehr unsere Aufgabe, ihnen zu vermitteln, dass noch keineswegs alle Probleme gelöst sind und dass wir auf ihre Mithilfe beim Erkennen und Bearbeiten ungelöster Probleme dringend angewiesen sind?

Bestenfalls Naturphilosophie

Wer sich, wie wohl die meisten Kolleginnen und Kollegen, für die letztere Position entscheidet, der wird gerne zu kontroversen Unterrichtsmaterialien greifen. Und dazu eignen sich diese beiden Artikel, ganz unabhängig von ihrem aktuellen Auslöser, vorzüglich.

Zunächst ist im Anschluss an Schmidt noch eine kleine Vorüberlegung nötig. Mit Recht fordert er die berufenen „Vertreter der Religionen“ dazu auf, sich intensiver noch als bisher darüber Gedanken zu machen, „wie sie ihr traditionelles Menschen- und Gottesbild im Kontext eines evolutionären Weltbildes (...) neu formulieren“ können. Als Biologe muss ich einen entsprechenden Appell allerdings auch an meine eigene Zunft richten: „Liebe Fachkollegen, machen wir uns klar, dass wir in der Evolutionsbiologie, ohne es zu bemerken, über weite Strecken den Boden der Naturwissenschaft verlassen, um - ohne die entsprechenden Voraussetzungen - in der *Naturphilosophie* zu dilettieren.“

Dies einzusehen ist gar nicht so schwer, wenn wir uns die folgenden

wissenschaftstheoretischen Grundeinsichten vergegenwärtigen:

- Nicht der Forschungsgegenstand macht die Naturwissenschaft zur Wissenschaft, sondern die Methode, das heißt die systematische, zielgerichtete und im Rahmen der Voraussetzungen nachvollziehbare Vorgehensweise bei der Gewinnung von Erkenntnissen. Das aber gilt für alle Wissenschaften, auch für die Theologie.

- Die Naturwissenschaften nehmen diesbezüglich allerdings insofern eine Sonderstellung ein, als sie ihre Erkenntnisse durch Beobachtung und nachprüfbar Experimente verifizieren oder falsifizieren können. Das hat ihnen den Ruf der *exakten Wissenschaften* eingetragen, ein Attribut, das sie jedoch fälschlich oft auch für ihre Randbereiche beanspruchen, wo weder Beobachtungen noch Experimente möglich sind.

- Ein solcher Randbereich ist die Evolutionsforschung, da sie Aussagen über Zustände und Geschehnisse macht, die auf Grund ihrer Historizität und Einmaligkeit nur mit Hilfe von Indizien (z. B. Fossilien) erschlossen werden können. Ob diese Schlussfolgerungen aber stimmen oder nicht, kann nicht überprüft werden, da sich Geschichte nicht im Experiment wiederholen lässt.

Konkret: Fossilien werden gedeutet nach ihrer Ähnlichkeit mit heute lebenden Organismen, ihr Alter geschätzt oder aus der heute beobachteten Bildung von Sedimenten oder der heutigen Zerfallsgeschwindigkeit (Halbwertszeit) radioaktiver Isotope errechnet. Grundlage für diese Extrapolationen bildet das „aktualistische Prinzip“, das von *Georges de Buffon* 1749 folgendermaßen formuliert wurde: „Um das zu beurteilen, was war und was sein wird, brauchen wir nur das zu untersuchen, was derzeit geschieht.“ Durch diese Ad-hoc-Annahme, deren Gültigkeit immer unwahrscheinlicher wird, je weiter wir uns von der Gegenwart entfernen, eröffnet man seither den Naturwissenschaften einen scheinbaren Zugang zu zeitlich oder räumlich unzugänglichen Forschungsgegenständen.

Die Evolutionstheorie ist somit ein Konstrukt aus einer großen Anzahl

aktualistischer Ad-hoc-Hypothesen. Da eine experimentelle Falsifizierung oder Verifizierung dieser Hypothesen nicht möglich ist, entscheiden einzig ihre Plausibilität, ihr Erklärungswert und ihre Vereinbarkeit mit den bereits zum Bestand der Evolutionstheorie gehörenden Hypothesen darüber, ob eine neue Hypothese akzeptiert wird oder nicht. So ist in den letzten 150 Jahren, ausgehend von *Charles Darwins* „*Origin of Species*“, ein beeindruckend homogenes Theoriegebäude zusammengetragen worden, das auf den erkenntnistheoretisch ungeschulten Zeitgenossen den Eindruck eines naturwissenschaftlich fundierten Lehrgebäudes macht.

Spekulieren ist kein Negativum

Um Missverständnissen vorzubeugen: Evolutionsbiologie ist selbstverständlich eine Wissenschaft. Sie ist es in demselben Sinne wie Philosophie, Geschichte oder Linguistik. Sie ist aber keine „harte Wissenschaft“, um es mit den Worten von *Wolf-Rüdiger Schmidt* zu sagen. Das kann sie weder sein noch jemals werden, weil Evolution eben ein einmaliger historischer Vorgang ist, bei dem sich unsere Zeugenschaft auf einen so marginalen Endabschnitt beschränkt, dass wir über die Genese von Welt, Leben und Lebensformen nur spekulieren können. Dabei ist wieder zu betonen, dass Spekulieren (lat. Beschauen, Betrachten) kein Negativum sein muss, jedenfalls nicht, wenn es bewusst und in wissenschaftlichen Bahnen erfolgt. Die dafür zuständige Wissenschaft ist die Philosophie, mit der sich Biologen (im Unterschied zu Physikern) allerdings zum eigenen Nachteil nur höchst ungern befassen. Und seit das früher für Lehramtsstudiengänge vorgeschriebene *Philosophicum* der zunehmenden Fächerspezialisierung zum Opfer gefallen ist, sind Reflexionen über die Bedeutung des Denkens in der Forschung noch seltener geworden. Wie aber soll ein nur fachlich ausgebildeter Lehrer der Lehrplanvorgabe für Biologie (12 II) gerecht werden, die naturwissenschaftliche Diskussion durch „Auseinandersetzung mit philosophischen und re-



ligiösen Aussagen“ zu ergänzen und zu erweitern? Mehr als eine wohlfeile Alibifunktion kann dieser richtige und wichtige Satz folglich kaum haben, zumal man als Biologielehrer auch von den Schulbüchern in dieser Hinsicht keine nennenswerte Hilfe erwarten darf. Wenn überhaupt, bringen sie allenfalls im klein gedruckten Anhang einige „erkenntnistheoretische Betrachtungen“, zu denen ein durchschnittlicher Biologieunterricht aber schon wegen der Stofffülle nie kommt.

So kann es dann geschehen, dass ausgewiesene Akademiker dem Glauben anhängen, die evolutionsbiologischen Vorstellungen seien schon des-

halb naturwissenschaftliche Erkenntnisse, weil sie die göttliche Allmacht durch die Allmacht des Zufalls ersetzen und der Materie die Eigenschaft der Selbstorganisation zusprechen. Wer so schlicht denkt, macht aus der Evolutionstheorie ein Glaubensbekenntnis und begibt sich auf das Niveau des Kreationismus, wenn auch mit entgegengesetztem Vorzeichen. Wer dagegen realisiert, dass die Evolutionsforschung die Grenzen der klassischen Naturwissenschaft notwendigerweise überschreitet, der wird ganz bescheiden den Dialog mit den geisteswissenschaftlichen Fachkollegen suchen, um von ihnen Methoden zu lernen, die

auch da zu nachvollziehbaren Erkenntnissen führen, wo Experimente nicht möglich sind. Und den Evolutions-Kurs kann man dann hervorragend dafür verwenden, seinen Bildungsauftrag zu erfüllen, indem man seine Schülerinnen und Schüler nicht einfach zu stromlinienförmigen Neodarwinisten indoktriniert, sondern mit ihnen zusammen daran arbeitet, sich im Sinne *Schopenhauers* zu problembewussten urteilsfähigen Selbstdenkern zu entwickeln. Hilfreich können dabei auch gemeinsame Unterrichtsprojekte mit den geisteswissenschaftlichen Fachkollegen sein: mit einer Linguistin über die Evolution der Sprache, mit einem Historiker über Methoden der Geschichtsforschung in vorschriftlicher Zeit, mit einem Philosophen über unreflektierte Denkgewohnheiten in den Naturwissenschaften und natürlich mit einer Theologin über Schöpfungsmythen und Entwicklungsdenken.

Dr. Michael Brestowsky

Michael Brestowsky hat Geologie, Biologie, Chemie und Philosophie in Freiburg und Tübingen studiert und in Biologie mit Nebenfach Philosophie promoviert. Nach verschiedenen Forschungs- und Lehraufträgen unterrichtete er 21 Jahre als Oberstufenpädagoge.

Soziales Hilfswerk der GEW Nordhessen

Jedem GEW-Mitglied im Bezirksverband Nordhessen werden zusätzlich zum Gewerkschaftsbeitrag einmal pro Jahr 12 Euro vom Konto abgebucht. Beitragsfrei sind Arbeitslose, Studierende und Lehrerinnen und Lehrer im Vorbereitungsdienst. Vielen Mitgliedern mag dieser Betrag als unnötiger „Zwangsbeitrag“ erscheinen.

Wofür wird das Geld verwendet? Warum ist unbürokratische und solidarische Hilfe auch heute noch wichtig? Das Hilfswerk wurde vor über 100 Jahren gegründet, um damals vor allem Witwen und Waisen in Not zu helfen. Bis Ende 2007 konnten Leistungen in Höhe von 3,7 Millionen Euro erbracht werden. Nach einer Erhöhung der Sätze zum 1. Januar 2008 können jetzt folgende Leistungen erbracht werden:

- **Beihilfen** bis 1.500 Euro als Hilfen in besonders schweren Notlagen brauchen nicht zurückgezahlt werden. Vor

allem Lehrerinnen und Lehrer im Vorbereitungsdienst, arbeitslose Mitglieder und Honorarkräfte geraten schnell in unverschuldete Notsituationen.

- **Darlehen** bis 4.000 Euro sollten möglichst innerhalb eines Jahres zurückerstattet werden; allerdings ohne Zinsen. Viele Mitglieder kommen durch Scheidung, beruflich nötigen Wohnungswechsel oder Krankheit in unvorhersehbare finanzielle Schwierigkeiten. Viele Lehrerinnen und Lehrer im Vorbereitungsdienst, die nach dem Vorbereitungsdienst eine Stelle in einem anderen Bundesland antraten, erhielten eine Starthilfe für die Wohnungssuche, für Kautions- und Umzug.

- **Begräbnishilfen** betragen 800 Euro. Für Mitglieder, die vor der Besoldungsanpassung vom 1. 8. 1969 in die GEW eingetreten sind, wird die Begräbnishilfe gegen Vorlage einer Sterbeurkunde ohne gesonderten Antrag gezahlt.

Mitglieder, deren Eintrittsdatum nach diesem Stichtag liegt, erhalten diese Hilfe, wenn in einem gesonderten formlosen Antrag eine besondere soziale Notlage nachgewiesen wird.

Anträge für Beihilfen oder Darlehen liegen bei den Kreisverbänden oder in der Bezirksgeschäftsstelle bereit. Ausgefüllte Anträge müssen an die Kreisvorsitzenden zurückgeschickt werden, weil der jeweilige Kreisverband vor der Weiterleitung an den Wirtschaftsausschuss eine Stellungnahme zu dem Antrag abgeben muss. Der Wirtschaftsausschuss besteht aus elf Personen, die von der Bezirksdelegiertenversammlung gewählt sind. Sie verwalten das Soziale Hilfswerk, beraten und entscheiden unbürokratisch und schnell.

Birgit Koch
Soziales Hilfswerk, Geschäftsführerin



Rechtsextremismus in Hessen

Ein unvollständiges Lagebild

Benno Hafenecker, Professor für außerschulische Jugendbildung an der Philipps-Universität Marburg, beobachtet und analysiert seit vielen Jahren die rechtsextreme Szene in Hessen. Die HLZ veröffentlicht seine aktuelle Analyse in zwei Teilen in dieser und der folgenden Ausgabe. Im ersten Teil resümiert Hafenecker den aktuellen Wissensstand über den organisierten Rechtsextremismus.

Über den Rechtsextremismus wird phasenweise und anlassbezogen öffentlich diskutiert. Aus unterschiedlichen Gründen gehört er seit einiger Zeit erneut zu den politischen, pädagogischen und auch wissenschaftlichen Dauerthemen der Republik; das gilt auch für Hessen. Einerseits haben wir ein erkleckliches und detailliertes Wissen über ein überschaubares politisches und kulturelles Phänomen, andererseits haben wir erhebliche Wissens- und Forschungslücken.

Eine landesbezogene, kontinuierliche Rechtsextremismusforschung gibt es nicht oder nur rudimentär. Von Bedeutung sind vor allem die behördlichen Berichte, dauerhafte Beobachtungen der Szene und journalistische Recherchen. Aus diesen Blicken lässt sich das folgende Bild zusammenstellen.

Auch in Hessen gibt es eine ausdifferenzierte und vernetzte Szene mit den beiden Wahlparteien NPD und REP, aktiven Kleingruppen und Aktivisten. Wir haben es mit einer überschaubaren und zugleich vitalen Szene sowie lokalen Strukturen zu tun, mit Vernetzungen und Verbindungen innerhalb des organisierten Lagers und darüber hinaus. Ob man von einer sozialen Bewegung sprechen kann – wie das einige Autoren tun – bleibt offen und wäre zu klären.

Organisierter Rechtsextremismus

Das organisierte Lager hat einen leichten, aber kontinuierlichen Mitgliederzuwachs zu verzeichnen und ist vor allem lokal und regional präsent. Die NPD hat 350 bis 400 Mitglieder, das rechtsextreme Lager umfasst insgesamt etwa 3.500 organisierte Personen. Die

NPD ist die dominierende Kraft im organisierten rechtsextremen Lager. Die REP sind mit derzeit etwa 800 Mitgliedern „auf dem absteigenden Ast“. Die DVU spielt mit ihren knapp 800 Mitgliedern keine Rolle. Die Zahl der gewaltbereiten Personen wird auf 750 geschätzt, die meisten aus der Skinheadszene, rund 250 sind Neonazis.

Die Zahl der rechtsextrem motivierten Gewalttaten liegt in Hessen weit unter dem Bundesdurchschnitt. 2006 kamen auf 100.000 Einwohner 0,5 rechtsextrem motivierte Gewalttaten. Etwa 70 % der registrierten Taten mit rechtsextremem, rassistischem Hintergrund sind Propaganda- und Kommunikationsdelikte. Neben den rechtsextremen Parteien und deren Jugendorganisationen beobachtete der Verfassungsschutz 2006 unter anderem die folgenden Organisationen:

Aktion Freies Deutschland, Aktionsbündnis Mittelhessen, Aktionsbüro Rhein-Neckar, Artgemeinschaft – Germanische Glaubensgemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung e. V., Burschenschaft Dresdensia-Rugia (DR Gießen), Freie Nationalisten Rhein-Main/Revolutionärer Block, Gesellschaft für Freie Publizistik e. V., Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V., Kampfband Deutscher Sozialisten, Ku-Klux-Klan-Gruppen in Deutschland, Motor Sport Club 28, Nibelungensturm Odenwald (NSO), Schutzband für das deutsche Volk e. V., Thule-Seminar e. V.

Vereinheitlichung, Verjüngung, Radikalisierung

Die aktuelle Entwicklung ist durch sechs verschiedene Dynamiken geprägt:

- **Vereinheitlichung:** Die NPD ist in Hessen zum Sammelbecken und Zentrum des organisierten Rechtsextremismus geworden. Mit der Metapher „Volksfront von Rechts“ ist es der NPD gelungen, Einzelpersonen sowie Akteure und Gruppen aus dem Lager der sogenannten Freien Kameradschaften einzubinden. Einerseits ist die Szene in ideologischen und strategischen Fragen zerstritten und personell konkurrierend, andererseits geht es um den wiederkehrenden Versuch, das „nationale Lager“ zu vereinheitlichen. Die Jungen Nationaldemokraten Hessen (JN)

propagieren entsprechend folgende Ziele:

1. Kampf um die Dörfer mittels Verteilaktionen, Stützpunktgründungen und Ähnliches
2. Kampf um die Schulen, z. B. durch das Stellen von Klassen- und Schulsprechern
3. Zusammenarbeit mit den Kameradschaften und
4. Intellektualisierung der Jugend mittels Schulungslagern und Gründung eines nationalen Bildungswerks

- **Verjüngung:** Es ist der Szene und vor allem der NPD gelungen, sich im Generationenwechsel zu verjüngen. Sie ist mittlerweile eine Partei von jungen und auch besser geschulten Kadern mit dem zugehörigen Aktivismus. Von den etwa 7.000 Mitgliedern in Deutschland sind etwa 1.000 unter 25 Jahren. Die Verjüngung geht unter anderem auf die Rekrutierung aus der Kameradschaftsszene zurück. In Hessen sind – bei allen Fluktuationen und Veränderungen – in den letzten Jahren mehrere Kameradschaften bekannt geworden und öffentlich aufgetreten. Viele existieren nur kurzzeitig, lösen sich auf oder die Aktivisten gehen in andere Organisationen. Zu diesen gehören:

Berserker Kirtorf, Nationale Kameradschaft Frankfurt (in den Freien Nationalisten Rhein-Main), Kameradschaft Bergstraße, Kameradschaft Schwarze Division Germania (Sektion Taunus) und Sturmfront Odenwald (SO)

Im Internet sind oder waren folgende Kameradschaften mit einer eigenen Homepage aktiv:

Kameradschaft Schwalm, Kameradschaft Bergstraße, Nibelungensturm Odenwald, Kameradschaft Germania Rheingau, Kameradschaft Hessen, Kevin Russel, Kameradschaft Kurpfalz, Heimatklub-Dill, Aktionsbüro Mittelhessen, Skinheads Nordhessen, Kameradschaft Skulls-Hessen, Nationale Kameradschaft, Sturmfront Odenwald

- **Themen-Mix:** Wir haben es mit einem rechtsextremen Themen-Mix zu tun, der „alte“ und „neue“ Themen mischt. Neben die ideologischen Muster von Ausländer- und Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Rassismus, Nationalismus, Verharmlosung des NS-Staates und Leugnung des Holocausts traten die Ethnisierung der sozialen Frage und die aktuellen materiellen

Sorgen, Nöte und Abstiegsängste der „kleinen deutschen Frauen und Männer“. Dazu gehören Arbeitsmarkt und Hartz IV genauso wie Bürgerinitiativen und Aktivitäten zum Erhalt von Arbeitsplätzen oder Schulen. Inzwischen gehören auch die Folgen der Globalisierung, der Antiamerikanismus und Fragen der kulturellen Identität zum Themenhaushalt rechtsextremer Gruppen. Dafür stehen Begriffe wie „Überfremdung“ und das Szenario eines aussterbenden deutschen Volkes. Der Programmparteitag der NPD im Oktober 2007 stand unter dem Motto „Sozial geht nur national“. In der „Deutschen Stimme“ oder im Internet gilt die „Volksgemeinschaft“ als „einzige Schutz- und Solidargemeinschaft im Zeitalter des global entfesselnden Kapitalismus“. Die Mehrheit der Deutschen habe sich dem „System“ entfremdet, und man sei auf dem Weg „in die Mitte der Gesellschaft“. Ostdeutschland gilt dabei als „Treibhaus“ einer Entwicklung, die „mit einer gewissen Verspätung auch den Westen erreichen“ werde.

Vor dem Hintergrund von „Terrorwarnungen“ und geplanten Moscheebauten wird auch der Anti-Islamismus zu einem weiteren aktuellen Themenzentrum der extremen Rechten. Auch in Hessen versuchten die NPD und die REP mit antiislamischen Parolen, Kundgebungen und Demonstrationen im Landtagswahlkampf Stimmung zu machen: „Ja zum Minarettverbot“, „Stoppt die Islamisierung Deutschlands – Keine Großmoschee in Frankfurt-Hausen“, „Hessen und Europa gegen Islamisierung“.

Erfolgreicher als die von der NPD betriebene NS-Nostalgie und der aktuelle Versuch, nun auch eine antiislamische Stimmung zu erzeugen, dürfte ein antiislamisches Programm sein, wie es *Pim Fortuyn* in den Niederlanden vorgebracht hat und wie es von *Jörg Haider* in Kärnten und *Christoph Blocher* in der Schweiz praktiziert wird. Eine solche populistische Figur, die Massen mobilisieren und wahlpolitisch binden kann, ist in Deutschland derzeit nicht in Sicht.

• **Normalisierung und Radikalisierung:** Das rechtsextreme Lager und hier vor allem die NPD praktizieren den Spagat zwischen bürgerlicher Anpasstheit, für die der brave und hilfsbereite braune Nachbar steht, und aggressiver Radikalität und Rhetorik in der Öffentlichkeit und in den Parlamenten, martialischem, provozierendem und gewaltgeneigtem Auftreten bei Treffen,



Aufmärschen und Demonstrationen. Damit sollen das Lager gebunden, Radikalisierungsbedürfnisse befriedigt und neue Sympathisanten angesprochen und geworben werden.

• **Vernetzung:** Es ist der NPD bisher nicht gelungen, große Netzwerke aufzubauen oder sich sozial zu verankern bzw. zu verwurzeln. Aber die Netzwerkentwicklung geht voran. Es gibt kiezbezogene Aktivitäten, dichte Kontakt- und Treffstrukturen, Immobilien, Läden und Versandhandel vor allem in ländlichen Räumen. Die NPD verfügt in Deutschland über 26 Immobilien, die als Treffpunkte für Schulungs- und Veranstaltungszwecke, für „Geburtstagsfeiern“ und private Partys dienen. In der lokalen Kommunikation gibt man sich nachbarschaftlich-freundlich, hilft beispielsweise bei der Suche nach Lehrstellen, ist in Bürgerinitiativen aktiv und macht in Vereinen mit. Die Szene hat eine hohe Mobilität entwickelt und regional vielfältige Begegnungs- und Erlebniswelten geschaffen. In Hessen sind folgende Versandhäuser oder Vertriebe bekannt:

Football Fanworld (Versandhaus für Szenefanclub, Fans, Ultras, Hessen Groundhopper und „Freunde der 3. Halbzeit“), White Noise Records, Blitzversand, Sleipnir-Shop, Excesor Christianorum Records, Warfront Productions, Undercover Records, Hatecoretk, Pitbull Germany, Sleipnir-Shop, Grünberg, White Noise Versand, „Zutt's Patriotentreff für Volkserhaltungen und Wahrheit durch geistiges Rüstzeug“

Neue jugendkulturelle Aktivitäten

Es gibt im rechtsextremen Lager Ansätze für neue Formen der sozialen Arbeit und Jugendarbeit. Dazu gehört vor allem die Musikszene mit CD-Verteilaktionen vor Schulen, Konzerten und Liederabenden. Auch in Hessen gibt es Fußballturniere, Websites, Kulturreisen, Natur- und Lagerfeuerromantik, Wikingerveranstaltungen und Sonnenwendfeiern als Events mit Unterhaltungswert. Als einschlägige Musikgruppen gelten:

Blutschuld/Ahnenerbe, Böhse Onkelz, Centaurus, Chaoskrieger, Donnerhall, Faust, Gegenschlag, Hauptkampflinie (HKL), Morigan, Nordglanz, Rachezug, Rassenstolz, Rheinstolz, Rohstoff, Royal Hatred, Rykers, Sturmabteilung, Violent Solution und Wilde Jungs.

Professor Dr. Benno Hafeneeger

Der zweite Teil des Beitrags erscheint in der April-Ausgabe der HLZ. Dort betrachtet Hafeneeger die Präsenz der Rechtsextremen in der Öffentlichkeit und den Medien, ihre Wahlerfolge, ihr Verhalten in Parlamenten und ihren Einfluss auf die Jugendkultur. Für die Forschung sieht Hafeneeger erheblichen Klärungsbedarf, wenn man wissen will, „mit welchem Lager und welchen Entwicklungen wir es zu tun haben“. Auch mit Blick auf die politische, zivilgesellschaftliche und pädagogische Auseinandersetzung könnte weiteres seriöses Wissen für die Klärung von Gegenstrategien hilfreiche Beiträge liefern.

Tariffenster Wissenschaft

Im Vorfeld eines künftigen Beamtengesetzes des Landes scheint es möglich, dass alle Verbände, die Beamtinnen und Beamte organisieren, die Leistungszulage für Wissenschaftler allgemein ablehnen. Es gibt sowohl methodische Einwände und als auch Einwände bezüglich der Folgen. Das Geld für die Zulagen sollte in die Grundgehälter fließen. Die Besoldungsordnung Wissenschaft, die der Bund eingeführt hat, führt derzeit zu erheblichen Einbußen für Professorinnen und Professoren.

Im Entgeltkonzept des GEW-Hauptvorstands sind hingegen Funktionszulagen für herausgehobene Tätigkeiten vorgesehen und Zielzulagen für Aufgaben mit einem vorab festgelegten Ziel. Naheliegender wäre auch eine Fristzulage für befristete Beschäftigte wegen ihres Beschäftigungsrisikos; es sei denn, sie werden anschließend auf Dauer übernommen.

Der Tarifvertrag Länder (TV-L), den die in der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) zusammengeschlossenen Bundesländer (ohne Hessen und Berlin) mit den Gewerkschaften abgeschlossen haben, geht stärker als der Tarifvertrag öffentlicher Dienst für Bund und Kommunen (TVöD) auf einige Besonderheiten des Wissenschaftsbetriebes ein. § 40 spiegelt die sachlichen Unterschiede und die Kräfteverhältnisse der Länder und der Gewerkschaften wider. Ein Beispiel ist der Korridor für die Wochenarbeitszeit von bis zu 48 statt 45 Stunden.

Bei der Eingruppierung gilt es den in der Wissenschaft häufigen Wechsel zwischen verschiedenen Wissenschaftseinrichtungen, durch Auslandsaufenthalte und wechselnde Arbeitsorte anzuerkennen. Der beruflichen Freizügigkeit dienlich wäre es, auch Zeiten bei anderen Arbeitgebern anzuerkennen.

Von den benachteiligten Gruppen sind seit 2006 Lektoren auf der Grundlage des TV-L zu beschäftigen. Hingegen bleiben künstlerische Lehrkräfte, Lehrbeauftragte mit hoher Stundenzahl und wissenschaftliche Hilfskräfte noch außen vor. Künftig sollte der personelle Geltungsbereich auf das gesamte wissenschaftliche und Verwaltungs- und Technikpersonal ausgedehnt werden. Die Lehr- und forschungsnahen Aufgaben bei Teilen des Verwaltungs- und des Technikpersonals sollten bei der Eingruppierung berücksichtigt werden.

Dem Fristunwesen tarifvertraglich zu begegnen, ist eine knifflige Angelegenheit, weil der Bund die Wünsche der öffentlichen Arbeitgeber im Wissenschaftszeitvertragsgesetz umgesetzt hat. Drückend sind die Fragen der Mindestfristen, der Vertragszahl und des Überganges in unbefristete Beschäftigung. Für Beschäftigung, die der Qualifizierung, zum Beispiel einer Promotion dient, sollte über hochschuleigene Vorgaben hinaus ein überwiegender Anteil für die zügige Qualifizierung gesichert werden.

Ein harter Brocken ist auch die tarifvertragliche Regelung der Art und des Umfangs der Lehrpflicht. Der hessische Wissenschaftsminister *Udo Corts* (CDU) hatte 2006 im Gleichklang mit einer Vorgabe der Kultusministerkonferenz (KMK) aus dem Jahr 2004 die Lehrpflicht wissenschaftlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die nicht der 38,5 Stunden-Woche angepasst worden war, durch Verordnung um etwa ein Sechstel erhöht. Das Ziel war es, trotz hoher Studentenzahlen Stellen zu sparen.

Die Universität Frankfurt am Main, der das Land im Vorjahr die Befugnis zu einem eigenen Tarifvertrag und zu Abweichungen von der Lehrpflichtverordnung bewilligt hat, ist der gewerkschaftlichen Forderung, den TV-L voll zu übernehmen, nicht gefolgt. Ihre abweichenden Vorstellungen hatte sie bei Redaktionsschluss noch nicht vorgelegt. Mehrkosten für ihre angestrebte Exzellenz sind aus dem Landeshaushalt, der beim laufenden Zuschuss die Hochschulen in gleicher Weise versorgen soll, kaum zu bestreiten.

Ulrich Heinz, Landesfachgruppe Hochschule und Forschung der GEW Hessen

Weitere Informationen in den GEW-Broschüren „Leistungsbezahlung in pädagogischen Einrichtungen“ und „Was sind Forschung und Lehre wert?“ vom März und Oktober 2007: als Download unter anderem unter www.gew-berlin.de/11456.htm



„Zwei Cheeseburger, ein Abitur“

Junge Briten können ihre Hochschulreife künftig bei McDonalds erwerben. Ebenso wie der Billigflieger *Flybe* und das Bahnunternehmen *Network Rail* kann die Fastfood-Kette ihren Beschäftigten jetzt eine Ausbildung zum Filialleiter angedeihen lassen, die vom britischen Staat als Abiturersatz anerkannt wird und zur Aufnahme eines Studiums berechtigt. „Wir glauben nicht, dass höhere Bildungseinrichtungen sich um Leute mit einem ‘McAbitur’ reißen“, erklärte die Generalsekretärin der Gewerkschaft für Universitäten und Hochschulen *Sally Hunt* nach einer dpa-Meldung, „so ein Abitur wäre schmalspurig und zu spezi-

fisch auf das Unternehmen zugeschnitten.“ Das Bildungsministerium will dagegen „die Lücken zwischen schulischer und betrieblicher Hinführung zum Studium schließen“.

Und aus Deutschland kommt das folgende Sonderangebot: Ab dem 9. November bietet Tchibo das Fernstudium mit dem Abschluss „Diplom-Betriebswirt/in (FH)“ der Privaten Fachhochschule Göttingen (PFH) an: „Mit diesem Angebot können Tchibo-Kunden bis zu 3.378 Euro sparen.“ Besonders vorteilhaft seien „kurze Studiendauer, Vereinbarkeit mit Beruf und Familie, ein staatlich anerkannter Abschluss und besonders niedrige Studiengebühren“.

Stiftungsuniversität Frankfurt

„Welches werden die ersten Schritte des Präsidenten sein?“, fragten sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der frisch gekürten Frankfurter Stiftungsuniversität. Der Einstieg in die neue Ära wurde bereits im alten Jahr vorbereitet. Laut § 100f der 4. Novelle zum Hessischen Hochschulgesetz (HHG) wählt der Senat fünf der elf Mitglieder des Hochschulrates. Diesem Gremium kommt in der neuen Struktur der Stiftungsuniversität eine besondere Bedeutung zu, da es in seinen aufsichtsrechtlichen Möglichkeiten an die Stelle des Ministeriums tritt. Der Hochschulrat, der bisher ausschließlich beratende Funktionen hatte, erfährt an der Stiftungsuniversität per Gesetz eine bis dato nicht gekannte Aufwertung. Er muss Wirtschafts- und Investitionsplänen, Ausgründungen und Tarifverträgen zustimmen. Insofern war es verständlich, dass die Mitarbeitervertreter im Senat unterstützt durch den Personalrat einen der fünf vom Senat zu wählenden Vertreter aus ihren Reihen bestimmen wollten. Dies war Gegenstand der Vereinbarungen des Präsidenten mit dem Personalrat zur Sicherung der Interessen der Mitarbeiter vom 14. 2. und 18. 7. 2007.

Antigewerkschaftliche Aversionen

In der Sitzung des Senats am 20. 12. 2007 kam es zum Eklat. Während die Vertreter der technisch-administrativen und der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dem von den Professoren vorgeschlagenen Kandidaten für den Hochschulrat zustimmten, verweigerte die Professorenmehrheit *Walter Lochmann* (ver.di), dem Kandidaten der Mitarbeiter, die Zustimmung. Dieser Affront gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Hochschule zeigte, wie wenig die Interessen des Personals an der neuen Stiftungsuniversität zählen. Interessant ist auch die Haltung des Universitätspräsidenten *Rudolf Steinberg*: Als ihn die Gewerkschaftsvertreter öffentlich aufforderten, sich vereinbarungsgemäß für die Wahl des von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern demokratisch nominierten Kandidaten einzusetzen, antwortete er via FAZ, der Senat sei ein autonomes Gremium und treffe seine

Entscheidungen selbst. Damit verweigerter der Universitätspräsident erneut ein Signal, dass er in der Stiftungsuniversität auch die Interessen ihrer Beschäftigten gewahrt sehen möchte.

Für einen erneuten Wahlgang nominierten die Vertreterinnen und Vertreter der Arbeitnehmer *Gerd Köhler*, der von 1980 bis 2006 im GEW-Hauptvorstand für Hochschule und Forschung zuständig war. Überraschenderweise erhielt Gerd Köhler am 13. Februar die Stimmen aller Mitglieder des Senats. Dass die antigewerkschaftlichen Aversionen plötzlich „Schnee von gestern“ waren, ist sicher nicht nur der Person des Kandidaten geschuldet, sondern auch dem Ausgang der Hessenwahl: Bei veränderten Machtverhältnissen im Lande könnte auch der professionalen Mehrheit ein Gewerkschafter im Hochschulrat als „vorteilhaft“ erscheinen.

Fachhochschulreife reicht nicht

Als Start in die falsche Richtung muss auch die Entscheidung des Senats gewertet werden, Studienbewerberinnen und -bewerber mit Fachhochschulreife den Zugang zur Stiftungsuniversität zu verwehren. Damit nutzte der Senat auf Wunsch des Präsidenten eine Möglichkeit des novellierten HHG, von gesetzlichen Regelungen abzuweichen.

Studiengebühren an Software-Konzern

Die GEW Hessen und der AStA der Fachhochschule Frankfurt kritisieren die Verwendung von Studiengebühren für einen „Digitalen Campus“, der Prüfungsverwaltung, E-Learning, Veranstaltungsplanung und Deputatsabrechnung in einer Software zusammenfassen soll. Für 2008 und 2009 sind dafür jeweils 300.000 Euro vorgesehen. *Sören Steffe* vom AStA rechnet jedoch mit „einem Mehrfachen der Kosten“. Der „Digitale Campus“ werde „massiv Gelder verschlingen und die Probleme nicht lösen.“

Carmen Ludwig, stellvertretende GEW-Landesvorsitzende, kritisiert den teuren Vertrag mit einem privaten



Protestaktion
2007

Dies ist ein eindeutiges Signal in Richtung „Eliteuniversität“, denn in allen seit 1995 vom Landtag verabschiedeten Hochschulgesetzen ist Bewerberinnen und Bewerbern mit Fachhochschulreife dieses Recht zugestanden worden, sofern es sich um einen gegliederten Studiengang handelt. Die Umstellung der Studienstrukturen auf Bachelor- und Masterstudiengänge eröffnet den Bewerbern mit Fachhochschulreife die Möglichkeit, einen Bachelorstudiengang auch an der Universität studieren zu können. Dies passt Herrn Steinberg auf dem Weg zu „einer der 50 besten Hochschulen der Welt“ nicht ins Konzept. Was seit 1995 durch den Landtag für gut befunden wurde, ohne dass jemand eine „Entwertung des Abiturs“ befürchtete, soll jetzt an der Stiftungsuniversität einem selbst gesetzten vermeintlichen Qualitätsurteil zum Opfer fallen. Der Protest der GEW, der Studierenden, von SPD und Grünen im Landtag ließ nicht lange auf sich warten. Es ist zu hoffen, dass bei einem Wechsel der Landesregierung den Worten dann auch die entsprechenden Taten folgen.

Wolfgang Richter-Girard

Anbieter, obwohl dieselben Leistungen „vom Hochschulinformationssystem (HIS) in Hannover nahezu unentgeltlich angeboten wurden.“ Zugleich werde die Zusage gebrochen, die Studiengebühren „zur Verbesserung der Studienbedingungen“ einzusetzen. Der Präsident der Fachhochschule habe bisher „nicht einmal im Ansatz begründet, welchen Beitrag das Vorhaben zu Verbesserung der Studienbedingungen leisten soll.“ Selbstständigkeit der Hochschulen dürfe nicht bedeuten, „dass es keine Kontrolle über die Sinnhaftigkeit der Mittelverwendung mehr gibt.“

Schuldspruch im Hartz-Tribunal

„Schuldig im Sinne der Anklage“ befand die Jury des Hartz IV-Tribunals, das Anfang Januar im Frankfurter Gewerkschaftshaus stattfand. Hessische Erwerbsloseninitiativen und Gewerkschaften hatten Bundesregierung und Landesregierung angeklagt, mit dem Sozialgesetzbuch II (Hartz IV) das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes und der Hessischen Verfassung zu verletzen.

Betroffene und ihre Vertreterinnen und Vertreter trugen sieben Einzelfälle vor und beschuldigten die Behörden, ihnen Rechte und würdige Behandlung zu versagen. Die Generalanklage, vertreten durch *Helmut Angelbeck* von der ver.di-Erwerbsloseninitiative in Darmstadt, richtete sich gegen die frühere rot-grüne und die jetzige Bundesregierung und betonte die Mittäterschaft des hessischen Ministerpräsidenten *Roland Koch*. Er sei nicht nur Geburtshelfer von Hartz IV, sondern wolle mit seinem „Hessen-Modell“ beweisen, dass die Gesellschaft auch ohne das Soziale machbar sei. Der Ministerpräsident verstoße gegen die Norm der Hessischen Verfassung, dass „die menschliche Arbeitskraft unter dem besonderen Schutz des Staates“ steht (Artikel 27) und Arbeitslose einen Anspruch auf wirtschaftliche Unterstützung haben, ohne dafür eine Gegenleistung erbringen zu müssen.

Die geladenen wissenschaftlichen Gutachter stellten fest, dass die Arbeitsmarktformen ihre Ziele verfehlt und

das Gegenteil bewirkt hätten, nämlich „ein höheres Armutsrisiko, den sozialen Ausschluss eines Teils der Bevölkerung, die politische Entrechtung der Arbeitslosen und eine Entsicherung in der Arbeit“. Die verantwortlichen Politiker würden die oberste Pflicht des Sozialstaates, die Würde der Bürger zu schützen, eklatant missachten. „Zwischenrufer“ *Thomas von Freyberg* sprach über politische Schuld und verwies auf eine „lange Verantwortungskette“, zu der auch ARGEN, Optionskommunen und Beschäftigungsträger gehörten.

Professor em. Friedhelm Hengsbach SJ vom Nell-Breuning-Institut konstatierte in seinem Gutachten: „Die politische Klasse hat sich nicht nur die wirtschaftliche und mediale Propaganda zu eigen gemacht, sie hat auch vorsätzlich oder zumindest fahrlässig mit ihren sozial- und arbeitsmarktpolitischen Gesetzen einer Deformation der Solidarität zugestimmt.“ Die Agenda-Parteien stünden „am Rand oder jenseits der Verfassung“. Hengsbach forderte, den öffentlichen politischen Druck zu verstärken für Korrekturen, die sich in eine Perspektive guter und gerechter Arbeit einbinden ließen. Er machte dafür positive Signale wie die Wiederbelebung der Verteilungsdebatte, eine auffällige Selbstbehauptung der Gewerkschaften und die anhaltende Anti-Hartz-Bewegung aus.

Brigitte Stolz-Willig, Professorin an der FH Frankfurt, nahm zu den ökonomischen

Folgen Stellung. Sie kritisierte die fragwürdige Logik, das soziokulturelle Existenzminimum aus dem faktischen Ausgabeverhalten armer Menschen abzuleiten. Stolz-Willig machte zudem auf die Diskriminierung von Frauen aufmerksam. „Die Konstruktion der Bedarfsgemeinschaft und die Anrechnung von Partnereinkommen verweisen vor allem Frauen auf die private Versorgung durch den Partner. Frauen werden so nicht nur aus dem Leistungsbezug ausgeschlossen, sondern auch aus der aktiven Wiedereingliederung, da sie als ‚versorgt‘ gelten.“

Michael Wolf, Professor für Sozialrecht an der Fachhochschule Koblenz, nahm zu der institutionell-organisatorischen Umsetzung der Maxime „Fördern und Fordern“ Stellung. Er kam zu dem Schluss, dass sich hinter dem Konzept des aktivierenden Sozialstaats eine „Hungerpeitsche zur Arbeit“ verberge. Er hält es für „durchaus statthaft, die für Hartz-IV Verantwortlichen in Politik und Verwaltung zwar nicht unbedingt im verfassungsrechtlichen, aber doch im politischen Sinne als Verfassungsfeinde zu bezeichnen, gegen die Widerstand nicht nur legitim, sondern auch geboten ist.“

Die Jury verurteilte die verantwortlichen Politiker dazu, sechs Monate von Hartz IV zu leben, „da ihre Lebenswelt Lichtjahre entfernt“ sei von der Alltagswirklichkeit jener Bevölkerungsgruppen, denen ihre Entscheidungen eigentlich dienen sollten. Die Jury erteilte der Bundesregierung und der hessischen Landesregierung politische Auflagen im Sinne eines Kurswechsels in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Gefordert wurde eine sofortige Erhöhung des Regelsatzes auf 420 Euro und die Umwandlung des Arbeitslosengelds II in eine bedarfsgerechte Grundsicherung. Das Pendant dazu müsse ein garantierter Mindestlohn nicht unter 7,50 Euro sein. Statt Ein-Euro-Jobs seien reguläre sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Arbeitslose dürften nicht in „bad jobs“ gezwungen werden, deren Verdienst nicht zum Leben reiche. Sollten die politisch Verantwortlichen nicht bereit sein, diese Auflagen zu erfüllen, sollten sie ihre Regierungsgäster abgeben.



Foto: Klaus-Peter Schmidt, verdi-Erwerbslosenausschuss Südhessen, im Hintergrund „Beisitzer“ Dr. Hajo Dröll (GEW)

Rainer Roth in Rente

Ein Studentenchor überrascht ihn mit dem Gesang der Internationale. Der scheidende Professor steht im Publikum, singt mit und hebt die Faust. Ein Teil des Publikums ist pikiert, ein weiterer irritiert, ein anderer amüsiert, ein vierter begeistert und singt aus voller Kehle mit.

Rainer Roth, Professor für Sozialwissenschaften an der Fachhochschule Frankfurt, geht in Rente, feiert mit Studierenden und Ex-Studierenden, Kolleginnen und Kollegen, Freundinnen, Freunden und Familie. Sogar aus seinem ersten Semester im Winter 1972 sind einige gekommen. Die Abschiedsfeier wird zu einer Art „Klasstreffen“. Der Saal ist voll, über 350 Menschen, ein reichhaltiges Programm, Musik und Tanz bis vier Uhr morgens, eine Abschiedsfeier, die die Fachhochschule so wohl noch nicht gesehen hat.

Dias aus den Siebzigern: Der Küchentisch in der WG, der bunte Hippie-VW, die langen Haare, Seminar im Gras des Naturfreundehauses, zwischendurch ein Fußballspiel, barfuß, natürlich spielen die Frauen mit. Erinnerungen kommen hoch. So war das – damals. Und man hat dabei unendlich viel mehr gelernt, als der heutige gängige akademische Betrieb je zu leisten im Stande wäre.

Ehemalige Studierende sprechen und Leute, denen Rainer Roth in materieller Not ganz konkret geholfen hat. Die „AG Tu Was“ besteht seit 1976, eine Arbeitsgemeinschaft von Studierenden unter der Leitung ihres Professors, die sich beratend um Sozialhilfe- und ALG-II-Empfänger kümmert, berühmte Leitfäden herausgebracht hat und der Obrigkeit ein Dorn im Auge ist, weil sie sich konsequent parteilich für die Rechte der Armen einsetzt.

Frank Jäger und Harald Thomé, die den Leitfaden weiterschreiben werden, stellen sich vor, ebenso wie Nanna Hamfler und Andreas Ender, die die AG TuWas weiterführen werden, solange der auslaufende Diplomstudiengang es noch erlaubt.

Auf politischer Ebene kämpft Rainer Roth im Rhein-Main-Bündnis gegen Sozialabbau und mit dem Verein „Klartext“. Auf vielen Demonstrationen und Veranstaltungen hat er ge-

sprochen – mit einer Klarheit, die ihm nicht nur Freunde eingebracht hat, ihn aber in der außerparlamentarischen sozialen Bewegung zu einer Instanz hat werden lassen. Ein exilierter kurdischer Student spricht bewegt, schenkt dem angehenden Rentner Wollstrümpfe, die seine Mutter in der fernen Heimat gestrickt hat, und nennt ihn „einen wahren Internationalisten.“

Neben Veröffentlichungen zur Sozialhilfe hat Rainer Roth zwei wichtige marxistische Bücher geschrieben: „Das Kartenhaus – Staatsverschuldung in Deutschland“, in dem er sich sehr konkret mit der staatlichen Profitratensubventionierung mittels aktueller Steuer- und Abgabepolitik beschäftigt, die dem Fall der Profitrate entgegenwirken soll, und „Nebensache Mensch“, ein Buch, das sich mit der Arbeitslosigkeit und den offiziellen Wegen ihrer Bekämpfung auseinandersetzt, die doch nur immer neue Arbeitslosigkeit produzieren, weil sie der Logik der Kapitalverwertung folgen.

Den Kampf in den Siebzigern gegen das drohende Berufsverbot hat Rainer Roth gewonnen, und die Drohung hat ihn nicht klein gekriegt: Voraussetzung dafür, dass er seine so wichtige Arbeit leisten konnte. Für seine GEW hat Rainer Roth die Kampagne „Ein Hartz für Kinder“ inspiriert (HLZ 10-11/07). Von 2,28 Euro für Essen und Trinken täglich kann kein Kind menschenwürdig leben. Mit seinen wissenschaftlichen Möglichkeiten hilft er, den herrschenden Verhältnissen den Spiegel vorzuhalten, nicht „wertfrei“, sondern mit großer Parteilichkeit für die vom Kapital abgestoßenen Menschen. Den Unruhestand – „endlich Zeit haben, in Ruhe zu arbeiten!“ – wird er nutzen für ein neues, wichtiges Buch.

Auch der eher private Rainer Roth kommt an diesem Abend zum Vorschein: der Tenniscrack in der Turngemeinde Bornheim, der rheinische Karnevalist mit der Lust am Verkleiden, die (natürlich politischen) Zugnummern beim Fastnachtsumzug in Klau Paris mit den Kolleginnen und Kollegen von Klartext.

Eine Studentin trägt Brechts „Lob des Revolutionärs“ vor: „Viele sind zuviel. Aber wenn er fort ist, fehlt er. Er

organisiert seinen Kampf um den Lohnroschen, um das Teewasser und um die Macht im Staat. Er fragt das Eigentum: Woher kommst du? Er fragt die Ansichten: Wem nützt ihr? Wo immer geschwiegen wird, dort wird er sprechen. Und wo Unterdrückung herrscht und vom Schicksal die Rede ist, wird er die Namen nennen. ...“



Rainer Roth will im Ruhestand endlich Zeit haben, „in Ruhe zu arbeiten“.

Über die „AG Tu Was“ (agtuwas@web.de) kann man Bücher von Rainer Roth zum „Abschiedspreis“ beziehen: Nebensache Mensch - Arbeitslosigkeit in Deutschland (2003, 10 Euro), Sind Arbeitslose faul? (2004, 1 Euro), Sozialhilfemissbrauch - Wer missbraucht hier wen? (2004, 5 Euro), Über den Monat am Ende des Geldes (1992, 3 Euro), Über den Lohn am Ende des Monats (1997, 5 Euro), Ein Hartz für Kinder (2007, 1 Euro), Zur Kritik des bedingungslosen Grundeinkommens (2006, 2,50 Euro), Leitfaden ALG II/Sozialhilfe von A-Z (2006, 7 Euro), Flugblätter und Vorträge von Rainer Roth findet man unter www.klartext-info.de, www.rhein-main-buendnis.de und www.agtuwas.de.

Hajo Dröll

Neoliberale Offensive

Lehrerinnen und Lehrer aller Schulstufen bemerken den zunehmenden Druck ökonomischen Denkens und effizienzorientierten Schulmanagements. Test, Inspektionen, Zielvereinbarungen und vieles mehr müssen zum Unterricht, also der kommunikativen Organisation von Lehr- und Lernprozessen, zusätzlich geschultert werden. Die oft wirr und unlogisch erscheinenden Schritte und Maßnahmen „der Politiker“ und insbesondere der Kultusbürokratie werden von den Kolleginnen und Kollegen vor Ort vor allem als zusätzliche Belastung wahrgenommen, die das Arbeiten zunehmend erschwert und Subjekte nicht mehr kennt.

Tatsächlich liegt all dem ein gemeinsames Denken zugrunde, das Schule auf den falschen, nämlich einen betriebswirtschaftlichen Kurs bringen soll oder schon gebracht hat.

In dieser Diskussion kommt das Buch von *Jochen Krautz* gerade recht, denn es sorgt für Klarheit. Der Wuppertaler Kunstpädagoge leuchtet die wachsende Unterwerfung von Schule und Universität unter ökonomische Kriterien differenziert und pointiert aus. Die flüssig zu lesende und allgemein verständliche Streitschrift bezieht klar Position für Bildung, die Unabhängigkeit, Kritikfähigkeit, Menschlichkeit und Verantwortung stärkt.

Nach einer fundierten Entfaltung eines personal begründeten Bildungsbegriffs deckt Krautz das Diktat der Ökonomie und die marktwirtschaftliche Profitlogik auf. Sie hat bereits schleichend die Schulen erreicht und zielt auf eine weitere Indienstnahme für die Zwecke der Ökonomie. Zweckfreie (nicht zwecklose!) Humanität, Bildung, Kunst und Kultur werden zu Aushängeschildern von in Konkurrenz geagten Schulen degradiert. Konkurrenz nach Innen, zentrale Prüfungen, ohne die Lernbedingungen überhaupt in den Blick zu nehmen, Konkurrenz nach Außen, und das alles auf der Matrize der chronischen Unterfinanzierung: So hält man Lehrerinnen und Lehrer in Atem und lässt ihnen keine Zeit, genauer über das nachzudenken, was vor sich geht.

Daher fordert Krautz zu Recht nach 30 Jahren permanenter Bildungsreform: „Schluss mit Reformen!“ Statt die

Lehrkräfte von ihrer eigentlichen Arbeit abzuhalten, plädiert er für die Konzentration auf den Kern des pädagogischen Geschehens. Dann seziert Krautz mit scharfer Feder die „Schlagworte und Blindgänger der Bildungsökonomie“: Der PISA-Wahn wird auf den Boden gebracht, und in der Pädagogik kursierende Schlagworte, vom *lebenslangen Lernen*, über *Kompetenzen*, *Bildungsstandards* und *Qualitätsentwicklung* bis zu *Humankapital*, *Output-Orientierung* und *Autonomie* werden als Instrumente eines ökonomistisch verengten Bildungsbegriffs analysiert.

Anhand vieler anschaulicher Beispiele aus der Praxis macht Krautz klar, dass eine Ökonomisierung des Geistes droht: Bildung wird nicht nur materiell zur Handelsware, zur „Dienstleistung“, sondern Denken und Fühlen werden auf Effizienz, Konkurrenz und ein unhinterfragtes Mitschwimmen flexibler, „kompetenter“ und natürlich auch ein bisschen „kreativer“ Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in globalisierten Konzernen zugerichtet.

Aus der systematischen Zusammenschau der Phänomene und ihrer Hintergründe ergibt sich ein Gesamtbild, das mehr als stützig macht: Dass und wie internationale Wirtschaftsorganisationen und Konzerne von WTO bis Bertelsmann letztlich unsere Bildungsdebatte bestimmen, ist höchst aufschlussreich.

Im Ausblick zeigt Jochen Krautz Wege auf, die Verbetriebswirtschaftlichung zu stoppen: Schülerinnen und Schüler, Eltern und Lehrerinnen und Lehrer sollten ihre Handlungsmöglichkeiten wahrnehmen. Krautz zeigt ermutigende Beispiele auf. Auch in internationalen Organisationen gebe es Widerstand, wie das 2005 in Paris von der UNESCO verabschiedete Übereinkommen über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen zeigt.

Doch scheint das zu kurz gegriffen: Eltern denken irrigerweise, dass sich ihre Kinder in der Konkurrenz schon durchsetzen werden, oder sind vom härter werdenden Existenzkampf überbeansprucht. Teile der Gewerkschaften (GEW) und berufsständische Verbände wollen immer noch nicht wahrhaben, dass die Verbetriebswirtschaftlichung

Jochen Krautz



voranschreitet und dass dies bis auf wenige Ausnahmen politisch gewollt ist. Einzelne GEW-Landesverbände und Aktive in den Berufsverbänden leisten Widerstand, aber die geringen Erfolge der Abwehrkämpfe können müde machen. Andere diskutieren auf dem untergehenden Schiff die Farbe des Casinos.

Die GEW wäre gut beraten, die Fakten dieses Buches für eine selbstkritische Analyse ihres, also unseres Tuns, zu nutzen. Bloße Forderungen nach Chancengleichheit und Ganztagschulen greifen zu kurz. Damit ist die neoliberale Offensive, die weiter vorangeschritten ist, als uns lieb sein kann, nicht zu stoppen. Auch Forderungen an „die Politiker“ bringen nicht weiter, verwalten die doch oftmals bloß unkritisch die Unterfinanzierung und das Elend.

Auf Grundlage einer realistischen Bestandsaufnahme, die die derzeitigen Möglichkeiten der GEW realistisch einschätzt, müsste sich eine Bewegung gemeinsam mit Eltern und Schülerinnen und Schülern organisieren lassen, um der weiteren Verbreitung der marktwirtschaftlichen Logik etwas entgegenzusetzen, sie zumindest zu verlangsamen oder gar zu stoppen. In Hessen gibt es dazu viel versprechende Ansätze ...

Stephan Schimmelpfennig-Könen

Jochen Krautz: *Ware Bildung. Schule und Universität unter dem Diktat der Ökonomie*. Kreuzlingen/München 2007, Verlag Hugendubel/Diederich 255 S., 19,95 Euro, ISBN 978-3-7205-3015-6

Steuererklärung 2007: Häusliches Arbeitszimmer und Pendlerpauschale

Wer sich demnächst mit der Steuererklärung für das Jahr 2007 beschäftigt, wird erneut darauf gestoßen, dass nach dem Einkommensteuergesetz 2007 die für Lehrkräfte geltenden Regelungen zur steuerlichen Absetzbarkeit des häuslichen Arbeitszimmers entfallen sollen und die Pendlerpauschale für die Fahrten zum Arbeitsplatz drastisch zusammengestrichen worden ist.

Die GEW hat wiederholt, vor allem in der E&W, darüber berichtet, dass wir die steuerlichen Änderungen zur Absetzbarkeit der Aufwendungen für das häusliche Arbeitszimmer sowie zur Pendlerpauschale für rechtswidrig bzw. für verfassungswidrig halten. Zur Pendlerpauschale gibt es einen Artikel zum aktuellen Stand der Dinge nach der jüngsten Entscheidung des Bundesfinanzhofs und der Vorlage an das Bundesverfassungsgericht in der März-Ausgabe der E&W. Zur Frage des häuslichen Arbeitszimmers ist die juristische Klärung noch nicht soweit fortgeschrit-

ten. Auch hierzu wird die GEW jedoch alles Erforderliche tun, damit eine Klärung durch das Bundesverfassungsgericht erfolgen kann.

Um sich mögliche Rechte auf Steuererstattungen zu erhalten, empfehlen wir in der Steuererklärung für 2007 die Kosten für das häusliche Arbeitszimmer wie bisher und die Fahrtkosten zum Arbeitsplatz ab dem ersten Kilometer geltend zu machen. Werden diese Kosten - dies wird zunächst so sein - im Steuerbescheid nicht oder nicht in der beantragten Höhe anerkannt, muss Einspruch gegen den Steuerbescheid eingelegt werden. Entsprechende Musterschreiben sind auf der Homepage des GEW-Hauptvorstands eingestellt (www.gew-de).

Welche weiteren Schritte dann erforderlich werden können, wird davon abhängen, wie die Finanzämter mit den Einsprüchen umgehen. Wir werden hierüber in den GEW-Zeitungen und über die Homepage informieren.

Dr. Hartwig Schröder

Elternzeit und Beurlaubung Rückkehr zum Schuljahr 2008/2009

Nach dem Hessischen Schulgesetz beginnt das Schuljahr immer am 1. August eines Jahres. Im Schuljahr 2008/2009 beginnt die Unterrichtszeit bereits am 4. August. Für Lehrkräfte, die sich bis zum Ende des Schuljahres in der Elternzeit oder in einer unbezahlten Beurlaubung befinden, blieben nur drei bezahlte Tage (einschließlich Samstag und Sonntag), um das neue Schuljahr vorzubereiten. Zudem reichen die unterrichtsfreien Tage in den Herbst- und Weihnachtsferien nicht aus, um den anteiligen Jahresurlaub abzudecken.

Betroffene Lehrkräfte sollten sich daher mit ihrem Staatlichen Schulamt in Verbindung setzen, um eine frühere Rückkehr aus der Elternzeit oder der Beurlaubung zu vereinbaren. Aufgrund der Gestaltung der Lehrerarbeitszeit ist es nicht einfach, einen konkreten Termin zu empfehlen. Hier sind verschiedene „Rechengrundlagen“ denkbar, zum Beispiel der Jahresurlaub oder die jährlichen Ferientage. Wir gehen davon aus, dass es regelmäßig eine interessengerechte Lösung darstellt, wenn die Freistellung Mitte Juli beendet wird.

Altersteilzeit und begrenzte Dienstfähigkeit

Wird während der Altersteilzeit eine begrenzte Dienstfähigkeit (Teildienstfähigkeit) festgestellt, kann die Arbeitszeit während der Arbeitsphase der Altersteilzeit im Blockmodell in der ursprünglich festgelegten Form nicht mehr erbracht werden. Dies kann zwei Folgen haben: Zum einen könnte das Altersteilzeitmodell widerrufen werden. Dies wird aber in der Regel nicht im Interesse der Beamtin oder des Beamten sein. Regelmäßig wird vielmehr der ursprüngliche Bewilligungsbescheid an die nunmehr mögliche Arbeitszeit angepasst werden. Arbeitszeit und Besoldung werden dann entsprechend dem Umfang der begrenzten Dienstfähigkeit reduziert. Die zuviel geleistete Vorarbeit soll nach Auskunft des Hessischen Innenministeriums besoldungsrechtlich ausgeglichen werden, indem zu Beginn der Freistellungsphase vorübergehend erhöhte Altersteilzeitbezüge gewährt werden.

Es ist nicht bekannt, ob die Dienstherren bisher so verfahren sind. Betroffene sollten sich gegebenenfalls an ihren Dienstherren wenden.

Arbeitslosengeld nach befristetem Vertrag

Wer einen Anspruch auf Arbeitslosengeld I hat und dieses im Anschluss an das Arbeitsverhältnis auch beziehen möchte, sollte die Fristen zur frühzeitigen Meldung beachten. Nach § 37b SGB III müssen sich Personen, deren Arbeitsverhältnis endet, spätestens drei Monate vor dessen Beendigung bei der Agentur für Arbeit arbeitssuchend melden. Dauert das Beschäftigungsverhältnis weniger als drei Monate, so muss die Meldung innerhalb von drei Tagen nach Kenntnis des Beendigungszeitraums (Zugang einer Kündigung, Abschluss eines befristeten Vertrages von weniger als drei Monaten) erfolgen.

Meldung bis 25. März 2008

Lehrkräfte, die für dieses Schuljahr einen Vertretungsvertrag bis zum Ende der Unterrichtszeit abgeschlossen haben, sind ab dem 22. 6. 2008 arbeitslos. Die Meldung müsste daher spätestens am 25. 3. erfolgen, besser noch einige Tage früher. Wer sich nicht rechtzeitig arbeitssuchend meldet, erhält eine Sperrzeit von einer Woche, erhält also in der ersten Woche der Arbeitslosigkeit kein Geld.

Seit dem 1. 5. 2007 kann die Meldung auch zunächst telefonisch erfolgen, wenn die persönliche Meldung nach terminlicher Vereinbarung nachgeholt wird. Da aber ein Telefonat im Zweifel schwer zu beweisen ist, sollte die Meldung möglichst gleich persönlich erfolgen.

Darüber hinaus wird Arbeitslosengeld frühestens ab dem Tag gezahlt, an dem man sich persönlich arbeitslos gemeldet hat.

Einen Anspruch auf Arbeitslosengeld I hat, wer innerhalb der letzten zwei Jahre vor Eintritt der Arbeitslosigkeit mindestens 360 Kalendertage sozialversicherungspflichtig beschäftigt war. Wer bereits innerhalb der letzten vier Jahre vor Eintritt der Arbeitslosigkeit Arbeitslosengeld bezogen und den Anspruch nicht aufgebraucht hat, kann dieses Arbeitslosengeld bei erneuter Arbeitslosigkeit weiter erhalten.

Annette Loycke



gemeinnützige
Bildungsgesellschaft mbH
der GEW Hessen

lea bildet...

Druckkunst: Verlorene Form | 13-03-08, Frankfurt | **Rhetorik für**

Frauen | 14-03-08, Frankfurt | **Industriekultur in Frankfurt und der**

Rhein-Main-Region | 18-03-08, Frankfurt | **Bildungsurlaub in der**

Provence – Auf den Spuren von Ernest Jouhy | 28-03-08 – 04-04-08,

La Bégude de Mazenc | **Bärlauchwanderung** | 06-04-08, Bad Sooden-

Allendorf | **Bau von Solarfunktionsmodellen** | 14-04-08, Buseck |

Deutsch-jüdische Literatur der Gegenwart | 15-04-08, Frankfurt |

Jahresmitarbeitergespräche und Zielvereinbarungen | 16-04-08, Kassel |

Elternarbeit und systemische Beratung in der Schule | 17-04 und

24-04-08, Darmstadt | **Häusliche Gewalt – Prävention – Schule**

| 17-04-08, Frankfurt | **Lieber lenken als verrenken – Leitungsaufgaben**

gemeinsam meistern | ab 17-04-08, Groß Gerau | **Internet, freies**

Wissen und Netzwerkökonomien – Urheberrecht in der digitalen Welt

| 17-04-08, Frankfurt | **Generation Handy** | 21-04-08, Frankfurt |

Mathematikprogramme für den PC-Einsatz in der Grundschule

| 22-04-08, Frankfurt | **Bildung ist keine Ware** | 22-04-08, Gießen |

Lyrik-Parodien und Lyrik parodieren im Deutschunterricht | 24-04-08,

Darmstadt | **Natur und Technik treffen sich in der Medien-Infothek**

| 24-04-08, Frankfurt | **Schaff ich die Schule oder schafft sie mich?**

| 24-04-08, Marburg |

Das vollständige Programm unter www.lea-bildung.de

www.lea-bildung.de

fon 069 | 97 12 93 27 / 28

fax 069 | 97 12 93 97

Zimmerweg 12

60325 Frankfurt/Main

Schule in Finnland

Das hessische DGB-Bildungswerk führt vom 18. bis 25. 5. 2008 eine Studienreise nach Finnland durch. Während der Seminarwoche gibt es neben Besuchen in Schulen und Kindergärten auch Diskussionen mit Fachleuten über das pädagogische Grundverständnis in der finnischen Gesellschaft. Der Teilnahmebeitrag beträgt 650 Euro für Übernachtung und Halbpension (ohne Flugkosten).

- *Anmeldungen und Anfragen: DGB-Bildungswerk Hessen, Tel. 069-273005-61, Fax: -66, www.dgb-bildungswerk-hessen.de, E-Mail: info@dgb-bildungswerk-hessen.de*

Reise in die Bukovina

Bernd Vogeler bietet in den Herbstferien 2008 für GEW-Mitglieder eine Bildungsreise in die Bukovina mit der ehemaligen Hauptstadt Czernowitz, die heute zur Ukraine gehört, an. Die Reise führt nach Bukarest, in die Bukovina, nach Czernowitz und zu den einzigartigen Monasterien der Region, die von der UNESCO als Weltkulturerbe anerkannt sind.

- *Weitere Infos: B-Vogeler@t-online.de*

Frauen des Widerstands

Mit der wichtigen Rolle der Frauen in der italienischen Resistenza in der Zeit der deutschen Besetzung von September 1943 bis zum Kriegsende beschäftigt sich ein Seminar des DGB-Bildungswerks vom 21. bis 25. April 2008 in Reggio Emilia. Auf dem Programm stehen Begegnungen mit Frauen wie Anita Malavasi und Giacomina Castagnetti, die beide mit 17 Jahren ihre geheime Unterstützungsarbeit für die Resistenza begannen und monatelang Botengänge zwischen den Partisanengruppen im Appenin unternahmen. Mit ihrem Eintritt in die Widerstandsgruppen stellen sie zugleich die traditionellen patriarchalen Strukturen der lokalen Gemeinschaften in Frage und stellen so die Weichen für den Weg zu Emanzipation, politischer Teilhabe und aktiver Mitwirkung an der Gestaltung der italienischen Zivilgesellschaft in der Nachkriegszeit. Die Seminarkosten betragen 410 Euro (ohne Fahrt).

- *Infos und Anmeldung: DGB-Bildungswerk Hessen, Tel. 069-273005-64, Fax: -66, www.dgb-bildungswerk-hessen.de*



Frieder Dobler verabschiedet

GEW dankt dem Experten für das Personalvertretungsrecht

Friedrich Dobler, landes- und bundesweit bekannter Experte und Kommentator des Hessischen Personalvertretungsgesetzes, wurde am Ende des Schulhalbjahres als Direktor der Friedrich-Magnus-Gesamtschule in Laubach (Kreis Gießen) mit einer großen Feier in den Vorruhestand verabschiedet. Schüler-, Eltern- und Lehrerschaft seiner Schule, Stadt, Kreis und Schulamt zollten ihm umfassendes Lob für seine pädagogische Arbeit und seine anerkannte Leitungstätigkeit. Klaus Tümmeler, ehemaliger Leiter der Schulabteilungen im RP Gießen und später auch im RP Darmstadt, würdigte Frieder Doblens Tätigkeit als Vorsitzender des Bezirkspersonalrats, später als Moderator für Schulentwicklung, Innenminister Volker Bouffier, direkt gewählter Abgeordneter im Kreis Gießen, überreichte Frieder Dobler für seine ehren-

amtlichen Tätigkeiten in der Kommunalpolitik, als Oberfeuerwehrmann und ehrenamtlicher Richter den Landesehrenbrief. Jochen Nagel dankte ihm für sein langjähriges Engagement in der GEW Hessen, in Personalräten, als Leiter der Landesrechtsstelle, im Referat Gewerkschaftliche Bildungsarbeit sowie als Schatzmeister, Geschäftsführer und Vorsitzender im GEW-Bezirksverband Mittelhessen: „Niemand, der sich mit dem Hessischen Personalvertretungsgesetz beschäftigt, kommt an seinem akribischen und zuverlässigen Gesetzeskommentar vorbei.“ Jochen Nagel beendete seinen Dank mit der hoffnungsvollen Erwartung, dass Frieder Dobler nach dem Ausscheiden aus dem aktiven Schuldienst sein aktives Engagement zum Nutzen der GEW Hessen fortsetzen wird.

Volrad Döhner

Klimawandel

Der Hamburger GEW-Kollege Harald Vieth ist kein fundamentalistischer Öko-Eiferer, er schreibt vergnüglich! Beim Durchblättern seines 162 Seiten umfassenden Buches zum Thema Klimawandel landet man immer wieder bei den vielen Karikaturen, den Fotos und Grafiken. Man mag das Buch nicht wieder aus der Hand legen. Freilich, das Lachen bleibt einem schon im Halse stecken: Sagt ein Häuslebesitzer zu seiner Nachbarin: »Wir heizen praktisch nur noch mit regenerativen Energieträgern: Subventionsgetreide, Sojabohnen, Brot vom Vortag...“ Mächtige werden geschildert, Staaten, Konzerne, Interessenverbände. Positive Ansätze werden erläutert, weltweit – und für die eigenen vier Wände: Anregungen für den Verbraucher, ob im Auto, in der Wohnung beim Heizen und Warmwasserverbrauch, bei der Ernährung. Die Klimagerechtigkeit wird genauso diskutiert wie die Biodiversität. Es lohnt sich. Es ist mal anders. Es ist nämlich allgemeinverständlich.

• Harald Vieth: *Klimawandel mal anders. Was tun? Hamburg, 2007. 162 Seiten, 16,80 Euro. Bezug bei Harald Vieth, Hallerstraße 8, 20146 Hamburg, Tel. 040-452109, www.viethverlag.de*

Wie guter Unterricht gelingt

Sechs Monate reisten Paul und Gerlinde Schwarz im Auftrag der OECD mit einem Kamerateam rund um die Welt. Der PISA-Blick richtete sich auf die Länder Finnland, Japan, Kanada, Mexiko und Deutschland. Daraus entstand ein 105-minütiger Film „Wissen der Zukunft“ über gelungene Bildungsarbeit. Die deutsche Fassung kann mit einer Begleitbroschüre über den Beltz-Verlag und im Buchhandel zum Preis von 19,95 Euro bezogen werden.

Wir gratulieren im März ...

... zur 40-jährigen Mitgliedschaft:

Eva Albrecht, Runkel
Günther Fütz, Weilburg
Eckhard Gaude, Dornburg
Karl-Hermann Homann,
Weimar-Wolfshausen
Kurt Immelt, Gießen
Rainer Maschke, Bensheim
Wilfried Bernd Meissner, Pohlheim
Barbara Norwig, Weilburg
Traudel Obee, Hofheim
Reiner Ondraczek, Schlüchtern
Oskar Pauschardt, Friedberg
Jutta Sporer, Petersberg
Hermann Tilp, Gründau

... zur 50-jährigen Mitgliedschaft:

Jürgen Hein, Rödermark
Heinz Kunzendorf, Egenhausen
Emilie Röder, Bad Orb

... zur 55-jährigen Mitgliedschaft:

Hans Schulz, Schwalmstadt

... zum 75. Geburtstag:

Karl Müller, Dieburg
Dietrich Sperling, Potsdam
Elisabeth Uhr, Langen

... zum 80. Geburtstag:

Manfred Grabe, Kassel

... zum 85. Geburtstag:

Kurt Fischer, Stadtallendorf
Eva-Maria Krauskopf, Kassel
Marija Vukic, Frankfurt

... zum 91. Geburtstag:

Marianne Elias, Viernheim

... zum 95. Geburtstag:

Richard Wagner, Bad Nauheim

Nachruf für Traudel Seitz

Unter großer Anteilnahme früherer Kolleginnen und Kollegen, ehemaliger Schülerinnen und Schüler, von Bekannten und vielen GEW-Mitgliedern fand in Groß-Umstadt die Urnenbeisetzung von Traudel Seitz statt, die am 4. Januar 2008 im Alter von 80 Jahren gestorben war. GEW-Kreisvorsitzender Arno Grieger würdigte bei der Trauerfeier die angesehene Lehrerin, Schulleiterin der Stefan-Gruber-Schule Eppertshausen und verdiente Gewerkschaftskollegin.

Die Förderung junger Menschen, der Abbau von Bildungsschranken, gleiche Zugangsmöglichkeiten für alle

Kinder waren ihre wesentlichen Zielpunkte. Geschmerzt hat sie, dass bewährte Errungenschaften wie die Förderstufe durch politische Entscheidungen wieder zurückgeschraubt wurden.

Traudel Seitz war zehn Jahre lang GEW-Kreisvorsitzende in Dieburg und gehörte den Personalvertretungen auf Kreis-, Bezirks- und Landesebene an, zeitweise als Vorsitzende des Gesamtpersonalrats und des Bezirkspersonalrats. Aufgrund ihrer vielen gewerkschaftlichen Verdienste und hohen Wertschätzung wurde sie zur Ehren-Kreisvorsitzenden ernannt.

Wissenswert in hr2-kultur

Radiosendungen für die Schule im März und April 2008
Montag bis Freitag
von 8.30 bis 8.45 Uhr in hr2

Der Hessische Rundfunk bringt in seinem Bildungsprogramm unter dem Titel „Wissenswert“ in hr2-kultur regelmäßig Radiosendungen, die sich für die Verwendung im Unterricht eignen. Die Wissenswert-Sendungen bieten vielseitige Rechercheergebnisse, Originaltöne, interessant aufbereitete Informationen und lassen sich in voller Länge oder auch in Ausschnitten in den Unterricht integrieren.

Politik

- Migration als Prinzip des Lebens: Produkte (10. 3.), Ideen (11. 3.)
- Taugt das Theater heute zur politischen Bildung? (7. 4.)
- Die europäische Idee – vom 17. Jahrhundert bis heute (8. 4.)
- Die europäische Gemeinschaft – wirtschaftlich oder politisch inspiriert? (9. 4.)
- Die Grenzen Europas? (10. 4.)

Literatur und Sprache

- Kinder- und Jugendbuchautoren im Porträt: Sams-Erfinder Paul Maar (25. 3.), Krokodilbändiger Klaus Kordon (26. 3.), Lindgren-Nachfolgerin Kirsten Boie (27. 3.)

Geschichte

- Unter dem Protektorat Napoleons: Der Rheinbund von 1806 (18. 3.)
- König Lustig in Kassel: Napoleons Modellstaat Westfalen (19. 3.)

Bildung

- Langsam genießen lernen: Die „Slow food“-Universität in Norditalien (13. 3.)
- „Zurück zur Natur“- Lebensreform-Bewegung in Heppenheim (28. 3.)

Naturwissenschaften

- Tierporträt: Nachtfalter (12. 3.)
- New Orleans – schutzlos (14. 3.)
- Pflanzenporträt: Spargel (17. 3.)
- Die Weihrauchstraße (20. 3.)
- Tierporträt: Hummeln (1. 4.)
- Ein Streifzug durch den Harz (2. 4.)
- Warum glüht Eisen rot? Wie Max Planck unser Denken veränderte (3. 4.)
- Käferfrühstück im Museum: Begegnungen mit der Mathematik und den Naturwissenschaften (4. 4.)

Alle Wissenswert-Sendungen zum Nachhören im Internet, weitere Informationen, die aktuelle Wochenübersicht und Manuskripte unter www.wissen.hr-online.de; Podcast-Angebote „Wissenswert“ und „hr2 Domino – Radio für Kinder“ unter www.hr2.de

Bildung im hr-fernsehen: Wissen und mehr Montag bis Freitag von 12.00 Uhr bis 12.45 Uhr

Montag: Deutsch, Literatur, Theater

- Deutsch Klasse (12-12.30 Uhr). 13-teilige fiktionale Serie zur Förderung des Spracherwerbs für Migranten und zur interkulturellen Verständigung (3. 3., 10. 3., 17. 3., 31. 3., 7. 4., 14. 4.)

Dienstag: Naturwissenschaft/Technik

- Meilensteine der Naturwissenschaft und Technik (12-12.15 Uhr): Alfred Nobel (11. 3.), James Watt (18. 3.)
- Natur und Technik (12-12.15 Uhr): Magnetismus (25. 3.), Mineralien und Fossilien (1. 4.), Ordnungssysteme in der Biologie (8. 4.)
- Wissen macht Ah! jeden Dienstag von 12.20 bis 12.45 Uhr

Mittwoch: Gesellschaft und Politik

- Geschichte (12-12.30 Uhr): Brot und Spiele (12. 3.), Die Ostgoten (19. 3.), Die

Westgoten (26. 3.) Der Sieger von Lepanto (2. 4.), Die Bayern in Russland (9. 4.)

Donnerstag: Philosophie, Religion, Ethik

- Konsum-Striptease: Eine Familie testet ethisch korrektes Leben (12-12.30 Uhr): 13. 3., 20. 3., 27. 3.
- Der Traum des Martin Luther King (12-12.30 Uhr): 3. 4.
- Jugend und Gewalt: vierteilige Serie (hr 1994) am 3. 4., 10. 4., 17. 4., 24. 4. von 12.30 bis 12.45 Uhr

Freitag: Kunst, Musik, Neue Medien

- Willi will's wissen: jeden Freitag 12.20-12.45 Uhr

Das vollständige und aktualisierte Programm und Begleitmaterialien für den Unterricht findet man im hr-Wissensportal www.wissen.hr-online.de.

Das Neue Funkkolleg in hr2-kultur

Die Welt der Geschichten

samstags 9.25 bis 9.55 Uhr

- Ich ist ein Anderer – Erzählen in der Psychologie (15. 3.)
- Erzählen für ein Massenpublikum – Werbeclips, Popsongs und andere Mikrostories (5. 4.)
- Wenn Bilder sprechen – Erzählen im Kino und Fernsehen (12. 4.)

HEIMAT FREMDE HEIMAT

Jugendliche Migrantinnen und Migranten haben unter der Regie von *Max Augenthal* und *Nadja Soukup* gemeinsam mit Seniorinnen und Senioren, der Autorin *Luise Rist*, der Akademie 55+ und der Mornewegschule im Theaterlabor Darmstadt das Theaterprojekt „Heimat Fremde Heimat“ produziert. Die in vielen Gesprächen entstandenen Dialoge und Figuren sind erfunden, und doch hat jeder etwas von sich beigetragen. Premiere im Kammerspiel des Darmstädter Staatstheaters ist am Samstag, dem 15. März, um 20 Uhr.

- Weitere Vorstellungen am Sonntag, dem 16. 3., um 16 Uhr und vom 17. bis 19. 3. jeweils um 11 und 20 Uhr, Kartenbestellungen unter 06151-2811600, Infos unter www.theaterlabor-darmstadt.de

Weiterbildung Freinet-Zertifikat

Die Freinet-Kooperative bietet unter der Schirmherrschaft von *Enja Riegel* eine zweijährige berufsbegleitende Zertifikat-Weiterbildung zur Einführung in die Theorie und Praxis der Freinet-Pädagogik an, die im Oktober 2008 beginnt. Anmeldeschluss ist am 15. Mai 2008.

- Informationen und Anmeldung: Freinet-Kooperative e.V., Sielwall 45, 28203 Bremen, Tel. 0421-344-929, Homepage: www.freinet-kooperative.de; E-Mail: mail@freinet-kooperative.de



FRIEDE?

FREUDE?

EIERKUCHEN?

PERSONALRATSWAHLEN 2008
GEW WÄHLEN!

**KOMPETENT
DEMOKRATISCH
STREITBAR**

